

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 20 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Infiltrations-Gebühr

Besteht für die hochgehaltenen Kolonien
über deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Nationalsozialer Schwanengefang!

Die große Veranstaltung des Frankfurter Wohnungskongresses
ist in Spott und Gelächter versunken. Eine bedeutende organi-
satorische Arbeit ist umsonst verthan worden und die Unfähigkeit

Es hat eine Zeit gegeben und sie liegt noch nicht fern, wo man
selbst in unseren Reihen hier und da von dem großen Landsturm
der Sozialreformer eine Vertreibung des harten Klassenkampfes be-

Es hat eine Zeit gegeben und sie liegt noch nicht fern, wo man
selbst in unseren Reihen hier und da von dem großen Landsturm
der Sozialreformer eine Vertreibung des harten Klassenkampfes be-

Inzwischen sind ein paar Jahre ins Land gegangen. Der
Versuch, eine Partei auf die vorgeschrittene Sozialreform zu gründen,
ist gescheitert. Die Nationalsozialen konnten weder ein Blatt noch

In einer melancholischen Betrachtung, die in der Münchener
Zeitschrift „Freiheit“ erschienen ist, stellt der in der nationalsozialen
Plattenspolitik hervorragende tätige Professor Brentano den

„Dann ging ich in das Wohnzimmer meines Hotels und wurde
sogar wieder auf das gestochen, was den Mißerfolg der voraus-
gegangenen Tage verschuldet hatte. Da sah im eifrigen Gespräch

Was Brentano hier in seinen bitterbösen Betrachtungen darlegt,
das hat schon Karl Marx im kommunistischen Manifest in ewige
Sätze gemeißelt. Es gibt keine freie Wissenschaft in der kapital-

von Dividendengelehrten, den man in allen Fakultäten
der Wissenschaft findet, ist heute weit vollkommener aus-
gebildet, als vielleicht sogar Marx ihn ahnte. Ob über die Aus-

Gerade in Deutschland, wo vielleicht ein Rest von Idealismus
dank der klassischen Tradition hier und da noch nicht ganz aus-
gestorben ist, entbehrt die Situation unserer Gelehrten nicht einer

Der kapitalistische Staat, wie er in der reaktionären Ver-
schärfung von Preußen-Deutschland seine kulturfeindlichste Form
erhalten hat, verflümmelt die Wissenschaft und verurteilt die Träger

Der Frankfurter Wohnungskongress hat somit ein sehr nützliches
Werk getan. Er hat die Illusion zerstört, daß es eine Entwicklung
ohne Klassenkampf geben kann, er hat den Klassenkampf des Idealis-

Der Krieg.

London, 31. Oktober. Die Möglichkeit, daß die russische
Ostseeflotte das Gelbe Meer erreichen wird, kann selbstredend nicht
versehen, auf die Belagerer von Port Arthur einen Einfluß aus-

Der Vormarsch Nomas nach Mukden dürfte nicht mehr lange
auf sich warten lassen. Die Japaner haben alle Vorbereitungen
zum Winterfeldzug getroffen. Es wurden in Tokio setzlegbare

Der heute gemeldete Erfolg Nurois bei Wautschan ist
eine gute Probe auf die Ueberlegenheit der Japaner. Dieser
Hügel, der am südlichen Ufer des Schaho liegt, war von den

Das nächste größere Treffen wird wahrscheinlich einige Meilen
nördlich vom Schaho beim Hügel Kantaschen stattfinden.

Weiterfahrt der russischen Flotte.

Wie die englische Regierung gestern Abend amtlich mitgeteilt
hat, hat tatsächlich die russische Flotte in Vigo ihre Weiterreise
nach Ostasien angetreten. England hat keinerlei Einwendungen

Der jegliche Ausgang des Konflikts ist für England keineswegs
so rühmlich, wie es anfangs den Anschein hatte. Die russische
Flotte kann ruhig ihre Reise fortsetzen, nachdem sie einfach erklärt

Die Untersuchungskommission wird wahrscheinlich nach dem
Haag verlegt werden, wodurch die ganze Angelegenheit ganz
bedeutend verzögert werden dürfte. Da Rußland seine Schiffe hat

England hätte unter diesen Umständen trotz alles Säbelrasseln
ziemlich klein beigeben. Aber es hat doch wenigstens die Form
gewahrt, während Deutschland sich nicht einmal dazu aufzurufen

London, 2. November. (Telegramm unseres Londoner Kor-
respondenten.) Trotz offizieller Demütis herrscht hier der Eindruck
vor, daß die Krißis noch nicht beendet sei. Die Rüstungen werden

Konferenzen und ein großer Teil der liberalen Presse Londons sowie der Provinz äußert seine lebhafteste Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Regierung, von der man behauptet, daß sie von England gemaschert worden sei.

Japanische Erfolge vor Port Arthur.

Tokio, 1. November. Das kaiserliche Hauptquartier hat heute eine Reihe von Berichten veröffentlicht, die die Operationen gegen Port Arthur während des August, September und Oktober umfassen. Derselben vom 26. Oktober lauten: Um 8 Uhr 30 Minuten vor-mittags wurden Sungshufan, Erlungshan, Reekwanshan und ein Fort, nördlich von letzterem liegend, mit Belagerungs- und Marinegeschützen beschossen; 250 Granaten trafen; die Schiffsgehäuse, die gegen Sungshufan und Erlungshan feuerten, hatten guten Erfolg. In die Brustwehr des Forts Erlungshan wurde Breche geschossen, während verschiedene Teile der Dedung zerstört wurden; ebenso wurden die beiden hauptsächlichsten Dedungen des Sungshufan-Forts zerstört, ein 15 Zentimeter-Geschütz wurde demontiert und ein anderes beschädigt und ein Geschütz in dem Fort nördlich von Reekwanshan zerstört. Von 2 Uhr nachmittags an richteten andere Belagerungs-Geschütze ihre Feuer gegen die Laufgräben an den Abhängen von Sungshufan und Erlungshan und gegen die Laufgräben von Süd-Polishangshan; sie alle wurden schwer beschädigt. Um 5 Uhr nachmittags schickte eine Abteilung unserer rechten Flügels gegen die Laufgräben von Sungshufan, eine Abteilung unserer Zentrums gegen Erlungshan und den südlichen Teil von Polishangshan und nahm diese Stellungen ohne schweren Verlust. Zur selben Zeit, als diese Plätze besetzt wurden, errichtete der Feind in der Nachbarschaft derselben Verschanzungen, die ihrerseits mit den Forts westlich von Hsitaipangluo, Mantaoshan, dem Goldenen Hügel, Pajunshan und Laoshan in Verbindung stehen. Er konzentrierte sein Feuer auf die Punkte, wo die Angriffe der Japaner Fortschritte machten. Das feindliche Feuer war mangelhaft und tat nicht vielen Schaden. Eine große Mine am Abhänge von Erlungshan explodierte, aber es wurde dadurch kein einziger unserer Leute getötet. In derselben Nacht beschossen unsere Belagerungs- und Marinegeschütze mit der Absicht, Ausbesserungen zu verhindern, Erlungshan, Ost-Reekwanshan, Sungshufan und ein Fort nördlich von Reekwanshan. Auch die feindlichen Kriegsschiffe und die Maschinengebäude wurden beschossen. Der Feind, der Sungshufan und Erlungshan hielt, machte unter dem Schutz von Geschütz- und Gewehrfeuer verschiedene Nachtangriffe, die aber alle abge schlagen wurden. Am 27. wurde die Beschichtung mit den Belagerungs- und Marinegeschützen gegen Sungshufan, Etschan, Antsichan, Pajunshan, Erlungshan, die West- und die Kriegsschiffe fortgesetzt. Von den Erfolgen unserer Bombardements, die eine besondere Erwähnung verdienen, ist der gegen das Fort von Ost-Reekwanshan zu nennen, wo eine Geschützpatrone vollständig zerstört wurde, ferner die Zerstörung eines Panzertanks bei Erlungshan, die Zerschmetterung der Dedung dieses Forts, die Vernichtung zweier kleiner Geschütze und die Demolierung eines anderen an der Ostfront desselben Forts.

Tokio, 1. November. In dem amtlichen Bericht über den am 26. d. M. begonnenen großen Angriff auf Port Arthur wird ferner mitgeteilt: Am 28. Oktober war die Beschichtung sehr heftig. 285 Granaten trafen die Forts von Antsichan, Etschan und den 208 Meter hohen Pajunshan-Hügel. Mehrere Geschütze wurden schwer beschädigt. Die gedeckten Verschanzungen und Stacheldrahtwehren am Pajunshan haben arg gelitten, ebenso die Werke auf der linken Seite des Forts Etschan. Zwei Brände wurden wahrgenommen, einer in der äußeren Stadt, der andere in einer Fabrik gegenüber dem Goldenen Berg. Am 29. Oktober dauerte die Beschichtung fort und war noch heftiger als zuvor. Bei Tagesanbruch machte eine etwa hundert Mann starke russische Abteilung einen Angriff auf die Minen, die unweit von den Erlungshan-Forts gelegt sind, sie wurde aber mit schweren Verlusten zurückgeschlagen. In eine Matratte am Ost-Ende eines nördlich von Reekwanshan gelegenen Forts wurde durch eine Dynamitpatrone eine zweite Breche gerissen, dabei fanden mehrere Russen, die sich dort aufhielten, den Tod. Die Beschichtung wird immer wirksamer. Die Batterien von Etschan sind in die Luft gesprengt. Auch fünf mit dem Aufsuchen von Minen beschäftigte Schiffe wurden beschossen; drei von ihnen erlitten schwere Beschädigungen, die anderen zwei gerieten in Brand.

Neue japanische Anleihe.

London, 2. November. Reuters Bureau* erfährt aus Tokio, auf die neue Schatzbonds-Anleihe von 8 Millionen Pfund Sterling seien am 31. Oktober, dem ersten Tage, 6 Millionen gezeichnet worden. Da die Listen bis zum 7. d. M. ausliegen, werde die Anleihe ohne Zweifel mehrfach gezeichnet werden. Der Vizepräsident der Bank von Japan Takahashi erklärte dem Vertreter des Reuters Bureau, die Schatzbonds-Anleihe werde vom Volke enthusiastisch aufgenommen. Trotz des Krieges sei die Finanzlage Japans sehr befriedigend. Der Krieg habe bisher keine nachteilige Wirkung auf die Produktionskraft des Landes ausgeübt. Die Ausfuhr und die Einfuhr weise eine beträchtliche Zunahme auf. Als Japaner, vom Kaiser bis zu den untersten Klassen, legten sich Einschränkungen auf. Das Volk arbeite härter und produziere nicht nur mehr, sondern vermeide den Kauf von Luxusartikeln, welche somit für die Ausfuhr verfügbar seien, darunter namentlich Seide. Der Ertrag der Ernte, welche in diesem Jahre besonders gut sei, werde auf 10 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Im nächsten Finanzjahr dürften 77 Millionen zu Kriegszwecken gebraucht werden. Für die erhöhten Ausgaben, die zur Entsendung von bedeutend vermehrten Streitkräften nach der Mandchurie sowie zum Bau von Kriegsschiffen erforderlich seien, werde Japan alle hierfür erforderlichen Mittel im Lande anspringen können. Es bestehe vorläufig nicht die Absicht, sich an fremde Märkte zu wenden. Ein großer Teil des Erfolges aus der Londoner und New Yorker Anleihe vom Mai d. J. liege noch in London.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November.

Mitschuldigen-Kraechel.

Am Mittwoch wurde in der Fortsetzung der Zentrums-Interpellation Saarabien endgültig vom Abgeordnetenhaus erledigt. Wie der Freiherr v. Mirbach vor acht Tagen chemisch gereinigt wurde, so wurde heute der Schreckens-Scheinrat von Saarabien Hilger mit dickem Bronze-Neberguß vergoldet. Vergebens bemühten sich die Zentrumsredner Buchs, Dabach, Marg „Scharf“ zu sein. Alle Versuche, den Minister zu einem Tadel Hilgers zu provozieren, scheiterten. Im Gegenteil: Herr Möller erhob sich lediglich, um in ein paar Worten das Mißverständnis aufzuklären, als ob seine vor acht Tagen erwähnten „scharfen Rescripte“ dem System der Wahlbeeinflussungen gegolten hätte; er hat vielmehr nur folgende Harmlosigkeit gegen den Vergessenen Voehmer nach Saarabien verhängt:

„Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich D. bei der Reichstagswahl 1908 Keuerungen hat zuschulden kommen lassen, durch welche Personen des katholischen Bekenntnisses sich in ihrem religiösen Empfinden schwer gekränkt fühlen mußten. Ich beauftrage die Igl. Direktion, dem D. zu eröffnen, daß ich sein Verhalten auf das schärfste mißbillige und daß er bei etwaigen Wiederholungen ähnlicher Vorkommnisse die Entlassung aus seinem Amt zu gewärtigen habe.“

Herr Möller hat sich also nicht für die Wahlfreiheit, sondern für das religiöse Empfinden ins Zeug gelegt!

Die Zentrumsanbahnende verpönte wirkungslos, so laut man schob, und obwohl man eifrig beklüßten war, die gute Sache der Dabachtruppe von der Sozialdemokratie zu trennen. Schließlich artete die Debatte in einen hässlichen Kraechel zwischen den zärtlichen Verwandten und Mitschuldigen aus, den Nationalliberalen und dem Zentrum.

Arbeiteten die Merkale mit saarabischer Schredensherrschaft, so antwortete der nationalliberale Professor Friedberg mit Ober-schleifen — der übrigens mit fast denunziatorischem Ungeßüm die liberale Legende von der Unfehlbarkeit der preussischen Richter und der unbefleckten Empfangnis preussischer Staatsanwälte verteidigte. Herr Friedberg wies nicht übel aus dem Buch des Dr. Stephan über den Deuthener Prozeß nach, daß geistlicher Wahlterrorismus geradezu ein Dogma des Merkaleismus sei.

An der wesenlosen Debatte beteiligte sich noch Herr Biemer mit ein paar freisinnigen Trivialitäten und Angriffen gegen die — Sozialdemokratie.

Das saarabische System hat vom preussischen Abgeordneten-hause nicht zu befürchten. Es wird alles beim alten bleiben, wenn nicht die mißhandelten Bergflaven sozialdemokratisch sich rufen. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch nach Erledigung der Zentrumsinterpellation betreffend die Wahlbeeinflussungen im Saarrevier noch in zweiter Lesung den Gesetzesentwurf betreffend die Kosten der Prüfung und Ueberwachung von elektrischen Anlagen zc. Gegen die grundlegende Bestimmung des Entwurfs, wonach die Kosten für die Ueberwachung und Prüfung den Unternehmern auferlegt werden können, ließen die Sachwalter der Großindustrie Sturm. Es war interessant zu hören, wie sogar ein früherer Fraktionsgenosse des Ministers Möller, der Abg. M a c c o, gegen diesen den Vorwurf des Verstoßens gegen den gesunden Menschenverstand erhob. Es kam wegen der paar Pfennige, die die Großindustrie für die Ueberweisung zahlen soll, zu heftigen Debatten, und es hätte nicht viel gefehlt, dann hätte dies Gesetz einen dauernden Bruch zwischen Herrn Möller und seinen Freunden herbeigeführt. Nachdem ein nationalliberaler Antrag auf Zurückweisung an die Kommission abgelehnt war, wurde schließlich der Entwurf gegen die Stimmen der gesamten Linken einschließlich der Nationalliberalen in der Kommissionsfassung angenommen. Ebenso gelangte eine von der Kommission beantragte Resolution zur Annahme, durch die die Regierung aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß die einheitlichen Vorschriften über die Prüfung der im vorliegenden Entwurf aufgeführten Anlagen für das Reichsgebiet erlassen werden. Vor Saarbrücken wurde das Servisgesetz in erster Lesung beraten.

Am Donnerstag stehen kleinere Vorlagen und Initiativ-anträge auf der Tagesordnung. —

Der deutsch-russische Zwischenfall

scheint sowohl für unsere Regierung als für unsere bürgerliche Presse überhaupt nicht zu existieren. Ueber die Ursachen, weshalb die deutsche Regierung gegenüber Rußland eine so würdelose nachgiebige Haltung einnimmt, macht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ einige nicht uninteressante Mitteilungen. Das rheinische Blatt erwähnt die vor einigen Tagen geschehene amfische Meldung, daß eine frühere langjährige Tradition, die seit einem Jahrzehnt unterbrochen gewesen sei, jetzt wieder aufgenommen worden sei, nämlich die Attachierung eines hohen preussischen Offiziers bei dem Zaren. Diese Attachierung, über die die „Arenz-Zeitung“ sich in ihrer Wochenschau sehr enthusiastisch geäußert habe, bedeute nur die Wiederaufnahme einer rein höfischen und hergich bedeutungslosen Tradition. Daß Professor Schiemann in der „Arenz-Zeitung“ diesen Akt als ein „höchst erfreuliches Ereignis“ dargestellt habe, sei nicht weiter verwunderlich. Zu gleicher Zeit nämlich, als die „Arenz-Zeitung“ diese Darstellung gegeben habe, habe der Postbericht gemeldet, daß Herr Schiemann kurz vorher bei dem Kaiser zur Abendtafel und gleich darauf beim Reichskanzler zum Frühstück geladen gewesen sei. Professor Schiemann habe offenbar aus den ihm hier gewordenen Mitteilungen die Ueberzeugung geschöpft, daß jenes höfische Ereignis bei der Leitung unserer auswärtigen Politik einen höchst erfreulichen Eindruck erweckt habe. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meint, der Vorgang beweise wieder einmal, mit welcher geringfügigen Erfolgen sich heute der politische Ehrgeiz unserer leitenden Personen genügen lasse. Seit einem Jahrzehnt höre man ja von Zeit zu Zeit, wie von Berlin aus dem Zaren allerlei kleine Aufmerksamkeiten erwiesen werden, wie ihm alle möglichen Photographien, Kamenszeichen, militärischen Embleme usw. gesandt würden. Trotzdem diese Sendungen einen durchaus einseitigen Charakter tragen, werde man nicht müde, Rußland immer von neuem mit derartigen Liebenswürdigkeiten zu bedenken. Auch gerade die gegenwärtige schlechte Lage Rußlands halte man für geeignet, dem Zaren Beweise der deutschen Liebenswürdigkeit zu geben.

In dies System des brünstigen Liebeswerbens paßt es natürlich nicht hinein, wegen der Beziehung des deutschen Fischerideompsers „Sonntag“ durch russische Schiffe ernsthafte Vorstellungen bei dem Zaren zu erheben. Der Effekt des Unterverbens könnte ja dadurch leicht zerstört werden. — Das deutsche Volk freilich, das mit Kopf-schütteln schon längst unsere Haltung gegenüber Rußland verfolgt hat, wird nicht begreifen können, wie es sich Deutschland immer wieder gefallen lassen kann, daß seine eifrigen Liebesdienste von Rußland immer wieder mit Brutalitäten und Provokationen schlimmster Art erwidert werden, ohne daß doch die deutsche Liebenswürdigkeit irgendwie erschüttert werden könnte. Auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gibt dieser Meinung Ausdruck. Sie meint, das deutsche Volk werde vorausichtlich allen Grund haben, diese langsame Politik zu bedauern. Durch einen Wettlauf mit Frankreich um die russische Gunst werde man schwerlich irgend welchen Dank oder irgend welche Anerkennung ernten. Diese Lehre sollte doch Deutschland bereits aus dem deutsch-französisch-russischen Zusammengehen in Schimonoski gezogen haben. Die übermäßige Liebenswürdigkeit Deutschlands entspreche nicht der Würde der Deutschen. —

Deutsches Reich.

Die Umtriebe gegen das Reichswahlrecht.

Züngst wurde wieder in der Zentrumspreffe die Diäten-frage aufgeworfen und sugs antwortete die „Post“ mit der Aufstellung der berüchtigten „Kompensationen“ zur Verschlechterung des Wahlrechtes. Einen weiteren Beitrag zur Frage liefert jetzt eine Keuerung des Freiherrn v. Jedlig, welche die „Allg. Allg. Bzg.“ veröffentlicht. Da Herr v. Jedlig hinter allen Kulissen der Regierung- und Parteimache haust, so sind seine Mitteilungen nicht unbeachtet zu lassen. Er führte nach jener Zeitung aus:

Die Diätenfrage dränge ernstlich zur Entscheidung. Allerdings habe es gegolten, an maßgebender Stelle ernstem Widerstand zu überwinden. Es sei ein offenes Geheimnis, daß der Kaiser ein Gegner der Diätenerteilung an den Reichstag sei, aber die Erwartungen, welche man seinerzeit an die Diätenlosigkeit geknüpft hatte, hätten sich nicht erfüllt. Natürlich müßten aber für die Verteilung der Diäten Kompensationen auf dem Gebiete des Wahlrechtes gefordert werden und das Zentrum, das bei uns nun einmal die maßgebende Partei sei, zeigt sich neuerdings geneigt, diese Kompensationen zu bewilligen. Es handle sich namentlich um zwei Kompensationen, erstens um die Aufstellung fester

Wahllisten, und zweitens um eine Vorschrift, wonach die Ausübung des Wahlrechts an das Erfordernis eines mindestens sechsmonatlichen Aufenthaltes am Wahlorte geknüpft sein soll. Durch die Aufstellung fester Wahllisten würde es ermöglicht, in Zukunft neue Wähler oder Ergänzungsstimmern in kürzester Zeit vornehmen zu können, wodurch die verheerende Agitation, welche bisher ein Kennzeichen unserer Wahlvorbereitungen ist, nach Möglichkeit beschränkt werde. Solche feste Wahllisten beständen bereits in England und Frankreich, warum sollten sie nicht auch bei uns durchführbar sein? Diese beiden Kompensationen bezeichnete Herr v. Jedlig als in das Gebiet der kleinen Mittel zur Verampfung der Sozialdemokratie fallend.

Die „Post“, für die Herr v. Jedlig Jellen liefert, hatte noch weitere von solchen „kleinen Mitteln“ gegen das Reichstagswahlrecht angereicht, wie die Heraushebung des Wahlalters usw. Es mag nun sein, daß sich in Regierungskreisen die Meinung gestaltet hat, gegen die zwei Jedlig'schen Kompensationen den Kaiser zur Zustimmung für die Diäten zu bewegen. Jedenfalls deuten manche Zeichen darauf hin, daß eine solche „Lösung“ der Diätenfrage verflucht werden könnte. Insbesondere stimmen die Keuerungen des Reichskanzlers Graf v. B a l o w, als er sich zuletzt im Reichstag über diese Frage aus-sprach, recht wohl zu den Jedlig'schen Andeutungen. Auch mag man sich wirklich in Regierungskreisen gerade von den Keuerungen des Wahlgesetzes, die Jedlig fordert, Vorteile versprechen. Es ist noch in der Erinnerung, daß in diesem Frühjahr alle Vorbereitungen zur plötzlich anzuberaumenden Neuwahl des Reichstages getroffen worden sind. Der Uebercumpelungsvorjahr beherrscht anscheinend die Kreise, die nach einem Mittel trachten, die Sozialdemokratie zu schwächen. Vielleicht findet sich bald Gelegenheit, im Reichstage die Regierung über diese Dinge ein wenig zu erschrecken.

Es bedarf keiner Ausführung, daß der Versuch, mit Diätenwahl-rechtsfächer zu treiben, von jedem ausländigen Vorkämpfer weit zurückgewiesen wird. Ein Reichstag, der Diäten gegen Verkürzung des Grundrechtes der Wähler, die ihn gewählt, zustimmt, würde sich Hochverrats an der Nation schuldig machen.

Die Erfordernis eines sechsmonatlichen Aufenthaltes am Wahlorte würde die Entrechtung zahlreicher Wähler, insbesondere aus der stark beweglichen Arbeiterklasse, bedeuten, eine Entrechtung, welche zugleich die tollste Verpöpfung der Reichseinheit durch deren vorgebliche Verherrlicher enthält.

Die Aufstellung fester Wählerlisten aber würde die notwendige Vorbereitung der wichtigsten staatsbürgerlichen Pflicht-erfüllung unmöglich machen. Es ist bezeichnend, daß die Gegner der Sozialdemokratie die Wahlvorbereitung zu verkürzen und fast völlig zu beseitigen streben, obgleich diese Zeit ihnen die beste Gelegenheit bieten sollte, die Bevölkerung gründlich über die Sozialdemokratie und ihre Irrelehren aufzuklären. Durch die Saecur vor der Wahlbewegung beweisen sie den völligen Mangel des Vertrauens in ihre eigene Sache. Eine andere Frage würde sein, ob dieser Vorschlag geeignet ist, das zu erreichen, was man von ihm erwartet. Wir sind überzeugt, daß die Feinde des Volkes wie so oft sich auch in dieser Hinsicht einer selbstmörderischen Täuschung überlassen. Gerade die jetzige Wahlbewegung in Italien müßte die Herrschenden zur Besinnung rufen; die bürgerlichen Parteien dort laufen in voller Verwirrung durcheinander und die Sozialdemokratie allein kämpft geschlossen und zieht aus der kurzen Frist den größten Gewinn. Die Herrschenden wollen die Wahlagitation vermindern, doch ihr Vorschlag würde dazu führen, daß infolge der andauernden Erwartung vor Ueber-cumpelungen die Agitation in Permanenz erklärt wird.

Doch es handelt sich zunächst weniger darum, diese reaktionären Vorschläge eingehender zu belämpfen, als vielmehr um die Frage, ob im Reichstag Reigung besteht, die Diätenfrage überhaupt mit Kompensationen zu belasten. Das wichtigste in den Keuerungen des Herrn v. Jedlig ist die Behauptung, „das Zentrum zeige sich neuerdings geneigt, diese Kompensationen zu bewilligen.“

Das Zentrum hat sich bisher stets gegen Diätenfächer erklärt. Die Presse dieser Partei hat noch jüngst sich entschieden vertahrt, daß sie sich auf solche Mahnen begeben könne. Aber die Persön-lichkeit des Herrn v. Jedlig und die Bestimmtheit seiner Behauptung wird das Zentrum nötigen, von neuem gegen derartige Unterstellungen das Wort zu nehmen. —

Das Lippe-Gericht. Nach neuerer Nachricht ist als Forum für den Prozeß betreffs der Thronfolge in Lippe-Deimold endgültig das Reichsgericht angenommen worden, und zwar werden zwei zu diesem Zweck vereinigte Senate des Reichsgerichts mit der Entscheidung über den Thronstreit betraut werden. Das so gebildete Gericht soll entscheiden, wer von den streitenden Linien und in welcher Reihenfolge die Anwärter zur Thronfolge in Lippe-Deimold künftig berufen sein soll. Die zwei Senate des Reichs-gerichts werden also die Ansprüche aller Prätendenten eingehend prüfen und im Namen des Reiches zu erkennen haben, wer künftig Herrscher von Lippe-Deimold sein soll, wenn der geisteschwache 74jährige Fürst Alexander zur Lippe einmal die Augen schließt. —

Verweigerte Lohnforderung. Nach der „Dressdener Zeitung“ sollte die neue Festsetzung der Zivilliste des Königs ursprünglich in der Weise erfolgen, daß die für König Georg vor zwei Jahren bewilligte Zivilliste gefordert und zu ihr die bisherige kron-prinzliche Apanage geschlagen werden sollte. Die Doppelforderung gedachte man mit der starken Familie des Königs zu begründen. Sie scheiterte aber bereits in ihrem Vorstadium an dem entschiedenen Einspruch eines maßgebenden, der Regierung sehr nahe stehenden Mitgliedes der Zweiten Kammer, indem betont wurde, daß in Anbetracht der Finanzlage und der Stimmung im Lande an eine Bewilligung der Forderung durch die Zweite Kammer nicht zu denken sei. Der Einspruch ist also auf die Einsicht zurückzuführen, daß es vollkommen unmöglich sein würde, eine derartige Forderung durchzuführen, ohne auf den energishesten Widerstand im Lande zu stoßen.

Die Begründung „mit der starken Familie“ seitens der sächsischen Regierung würde in Sachsen sicherlich ein Gefühl gemischt aus Bitterkeit und Heiterkeit erregt haben. Arbeiterfamilien erhalten nicht mehr Lohn, wenn sie stark sind; die sächsischen Staats-arbeiter und Unterbeamten sind auch im Falle starker Familien durch die Knauerpolitik des sächsischen Finanzministeriums schwer betroffen worden. — sollte da für den König die starke Familie Lohn erhöhend ins Gewicht fallen dürfen? Würde man in Sachsen bei Ver-dächtigungen der Familienstärke nicht eher zur Lohnkürzung sich berechtigt glauben, da ein kostspieliger Hofstaat der Königin aus-fällt? —

Der Rücktritt des bayerischen Finanzministers.

München, 1. November. (Eig. Ber.) Herr v. R i e d e l, der Chef des bayerischen Finanzwesens, ist nun endlich amtsmäßig geworden und hat sein Demissionsgesuch eingereicht. Er hat das vor wenigen Monaten, im Juni d. J., schon einmal getan, als die Reichsreits-lammer das Grundwertabgabe-Gesetz ablehnte; doch hat damals der Regent das Entlassungsgesuch abgelehnt. Jetzt haben sich aber die Verhältnisse geändert; R i e d e l kann seinem Nachfolger einen günstigen Budgetabschluss hinterlassen und damit ist der Moment für einen guten Abgang, den er sich gewünscht hat, wohl gegeben.

R i e d e l, der jetzt 72 Jahre alt ist, hat vor 27 Jahren die Leitung des Ministeriums in einer schwierigen Situation übernommen und man rühmt ihn nach, es sei seinem unlegbaren Geschick gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit die sehr dankeverdienenden bayerischen Finanzen in Ordnung zu bringen. Er selbst rechnet sich namentlich die Reorganisation des Wälzschlag-Gesetzes und das neue Brauntweinsteuer-Gesetz als besonderes Verdienst an. Nicht minder aber ist er stolz auf die in einzelnen Jahren ganz enormen Ueber-

schiffe, die er seit dem Beginn der achtziger Jahre erzielt hat. Es ist das der Punkt der niedrigen Finanzpolitik, der von unserer Seite immer mit großem Nachdruck kritisiert werden mußte. Nibel verstand es nämlich, fast in jeder Finanzperiode im Budget nicht vorgesehene Ueberschüsse herauszuwirtschaften, die dann zu einem nicht geringen Teile als agrarische Liebesgaben verwendet wurden. Im Laufe der Jahre hat sich ein förmliches Schacher-System entwickelt: die Agrarier ließen sich regelmäßig ihre Zustimmung zu Ausgaben für bestimmte kulturelle Zwecke vom Finanzminister einfach gegen Gewährung entsprechender Summen für agrarische Interessen (Vodenversicherungs-, Hagelversicherung und dergleichen) abkaufen. Und der Minister wußte es immer so einzurichten, daß für die Herren einige Millionen in Reserve lagen, mochten auch wichtige Kulturaufgaben deswegen unerfüllt bleiben. Obgleich keineswegs agrarisch gesinnt, hat es Nibel durch diese seine Schacherpolitik fertig gebracht, die agrarische Begehrtheit bis zur Unerfüllbarkeit zu steigern.

Was Nibel nicht fertig gebracht hat und wozu ihm jetzt erst recht die Kraft fehlte, das ist eine großzügige Reform der direkten Steuern. Im Jahre 1890 hat er ja mit einem Gesetzentwurf zur Einführung der allgemeinen Einkommensteuer einen Versuch gemacht, der aber an dem Widerstand des Landtages gescheitert ist, und seitdem hat man einfach so weitergearbeitet. Der neue Minister wird in erster Linie die Aufgabe haben, diese dringend notwendige Steuerreform energisch in die Hand zu nehmen.

Persönlich war Nibel, das müssen ihm auch seine politischen Gegner zugeben, ein liebenswürdiger und sympathischer Mensch. Er ist aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen und auch immer einfach geblieben. Im Parlament zeichnete er sich durch rhetorische Geschicklichkeit aus; er verstand es immer, die Mehrheit bei ihrer schwachen Seite zu packen, namentlich an die agrarischen Instinkte wußte er, wenn es ihm gerade so in den Kram paßte, in einer Weise zu appellieren, daß es manchmal schon wirklich „nicht mehr schön“ war. Ganz besonders aber besaß er die Gabe, sich äußerst wirksam zu entfalten, wenn die Zuverlässigkeit seiner Darstellungen angezweifelt wurde, was durch unsere Vertreter recht oft geschehen mußte. Denn im — sagen wir — geschickten Gruppieren von Tatsachen war er Meister, und wenn man dann hinter seine Schliche kam, dann stellte er sich, als wäre er furchtbar beleidigt worden. Dabei entwickelte er aber auch in der schärfsten Polemik einen so glücklichen Humor, daß ihm persönlich eigentlich niemand gram sein konnte. Mit Nibels Rücktritt geht dem bayerischen Landtag jedenfalls eine seiner originellsten und amüsantesten Persönlichkeiten verloren. Im allgemeinen aber ist es zu begrüßen, wenn namentlich wenigstens die Möglichkeit geschaffen ist, daß in die bayerische Finanzverwaltung ein frischerer Zug kommt.

Hungernde Fischer auf der Kurischen Nehrung.

Aus Ostpreußen wird geschrieben: In Ridden, einem Fischerdorf auf der Kurischen Nehrung, mit etwa 800 Einwohnern, haben sich in den letzten Monaten eigenartige Dinge abgespielt.

Schon seit einer Reihe von Jahren ist der Fischfang im Kurischen Haff immer minderwertiger geworden. Alte erfahrene Fischer behaupten, das liege an den eigenartigen ungünstigen Witterungsverhältnissen der letzten Jahre in Ostpreußen, während die Regierung annimmt, der Fischreichtum des Kurischen Haffes sei deswegen in stetigem Abnehmen begriffen, weil zu viel gefischt und zu viel minderwertige Fische gefangen werden. Die Fischerei-Aufsichtsbeamten gehen daher gegen Uebertretungen der Fischereivorschriften sehr streng vor. Es werden gegen die verarmten Fischer hohe Strafen verhängt. Das Beamtenpersonal ist verstärkt und schnellfahrende schwere Motorfahrzeuge sind angeschafft worden. Die Fischereiaufsicht kostet dem Fiskus schon jetzt angeblich 41 000 M. jährlich, während die Gesamtserträge aus der Fischerei des Haffes nur 23 000 M. betragen sollen.

In diesem Jahre waren die Erträge aus der Fischerei im Haff ganz besonders gering. Darunter hatten die Fischer auf der Kurischen Nehrung im allgemeinen, die von Ridden aber ganz besonders zu leiden. Als dann die Regierung die den Fischern vor etwa 6 Jahren erteilte Erlaubnis, mit dem 28 Millimeter-Garn zu fischen, jetzt wieder zurückzog, und nur mit dem engermaschigen 35 Millimeter-Garn zu fischen gestattete, brach die Katastrophe auf Ridden herein. Es machte sich im Sommer d. J. ein allgemeiner Notstand in Ridden bemerkbar. Sowohl den meisten selbständigen Fischern, als sämtlichen Poskenten und Anechten fehlte es an den notwendigen Lebensmitteln. Die Fischer führten die geringen Erträge ihrer Ränge auf die Maßnahme der Regierung zurück und fischten mit den 28 Millimeter-Netzen weiter. Dem gegenüber gingen die Aufsichtsbeamten immer schärfer gegen Uebertretungen vor. Sie konfiszierten nicht allein die verbotenen Netze, sondern beschlagnahmten auch die vorchriftsmäßigen Fanggeräte als Pfand für die den Fischern aufzuverlegenden Geldstrafen.

Dadurch wurde die notleidende Fischerbevölkerung aufs äußerste gereizt. Sie bombardierten in den letzten Tagen des August die Fenster des Amtsvorstehers und die Kohlenzüge der Fischer mit Steinen. Und als der Warrer nicht für die armen Leute Partei ergriff und auf eine Depesche an den Kaiser keine Antwort kam, beschwerten die sonst sehr religiösen und königstreuen Fischer nicht die Kirche.

Mitte September fand sich eine Untersuchungskommission auf der Nehrung ein, um den tatsächlich vorhandenen großen Notstand festzustellen. Daraus fühlte sich denn die Regierung veranlaßt, helfend einzugreifen. Aber wie?

Es wurden an die ärmsten Familien Lebensmittel verteilt, aber nicht geschenkt. Die Empfänger mußten über das Erhaltene quittieren und sich schriftlich verpflichten, den Betrag dafür später zurück zu zahlen, die Gesellen es sich von ihren Vätern vom Lohn abziehen zu lassen. Ein Familienvater, der Frau und 5 Kinder zu unterhalten hatte, erhielt einen Zentner Mehl, 2 Pfund Salmat und 2 Pfund Salz geliehen. Kartoffeln gab es nicht. Auch Darlehen wollte die Regierung den Fischern zur Verfügung stellen. Da aber die arme Gemeinde nicht die Garantie dafür übernehmen wollte, wurden keine Darlehen gegeben. Aber Notstandsarbeiten, der Bau einer Landstraße, wurden vorgenommen und da wurde den Leuten vor Tag 1,50 M. Lohn gezahlt. Jetzt seit kurzem, als die Leute nicht dafür arbeiten wollten, wurde pro Tag 50 Pf. zugelegt.

Der Notstand hat sich aber bis jetzt noch nicht um das geringste vermindert. Die Fischerei liegt noch immer daneben. Montag, den 24. d. M., hatte der Sturm eine große Menge Stinte in das Haff getrieben. Sofort stürzten sich die Fischer auf den Fang und hatten reiche Ausbeute. Aber der Ertrag war gleich Null. Am Dienstag, den 25. Oktober, kamen etwa 10 Röhre mit 100 Stinten nach Ridden zum Verkauf. Aber wer kauft auf einmal so viel von diesen kleinen minderwertigen Fischen! Am späten Nachmittag hatten die Fischer den größten Teil ihrer Waren noch nicht verkauft und mußten bei schlechtem Wind den 7 Meilen weiten Rückweg antreten. Es kommt jetzt vor, daß manche Fischer von ihrer tage- oder nachtlangen Fahrt aufs Haff zurückkehren, und nicht einen Fisch gefangen haben.

Die Regierung hat nun noch ein weiteres für den Notstand getan. Sie hat unter dem 17. Oktober eine Anweisung an die Fischereiaufsichtsbeamten erteilt betreffend das Verfahren bei der Beschlagnahme und Pfändung der zu Fischereivergehen und Uebertretungen benutzten Fanggeräte und Fahrzeuge. Auch ist von Seiten der Forstverwaltung jetzt den Fischern der bisher stark eingeschränkte Sträßenfang in größerem Umfang gestattet worden. Die gefangenen Sträßen fischen dienen den Fischern als Nahrungsmittel im Winter. Montag, den 24. Oktober, besuchten auch einige Regierungsdeputierte, Oberförstermeister und Fischereiaufsicher das notleidende Dorf. Sie wurden von den Honoratioren des Dorfes empfangen und begaben sich in das „Hotel Jander“ zu einer Beratung. Den wirklich notleidenden Fischern, Poskenten und Anechten fragt man niemals nach den bestehenden Verhältnissen und den Ursachen der Not. Deshalb erscheinen auch im „Remeler Kampfboot“ falsche, anscheinend offizielle, den Tatsachen nicht entsprechende Berichte, die den fortbestehenden Notstand sogar abzuleugnen versuchen. Ob davon die hungernden Fischer satt werden sollen? —

Neue Verlustliste aus Südwestafrika.

Berlin, 2. November. Amtliche Meldung. An Typhus gestorben: 1. Unteroffizier Ernst Pantrah, Signalabteilung, am 20. Oktober in Waterberg; 2. Reiter Johann Doyer, Maschinengewehr-Abteilung 2, am 20. Oktober in Otjondub; 3. Reiter Paul Raslowski, Stabswache, geboren am 13. März 1882, am 22. Oktober in Otjimbunde; 4. Unteroffizier Karl Langguth, geboren am 11. Dezember 1880, am 25. Oktober in Otjimbunde; 5. Reiter Ewald Krust, Maschinengewehr-Abteilung 2, am 20. Oktober in Otjondub; 6. Reiter Senes Lehmann, Kolonnen-Abteilung, am 25. Oktober in Otjondub. Auf Patrouille gefallen: Reiter Vincent Pilarski, am 23. Oktober bei Komtjas. —

Ueber die deutsche Strafexpedition auf Neuguinea

wird aus London gemeldet, daß bei der Strafexpedition, die wegen der Ermordung der deutschen Missionare unternommen worden sei, über 70 Eingeborene erschossen und gegen 12 Eingeborene gefangen genommen worden seien. Die Gefangenen seien ebenfalls zum Tode verurteilt worden. Es sei noch eine bewaffnete Abteilung zurückgelassen, um weitere Rüstungen der Eingeborenen vorzunehmen. Unter den Getöteten befanden sich auch To Maria, der Anführer der Niedernehmung der Missionare, und seine alte Mutter, die neben ihm so lange gekämpft habe, bis sie von zahlreichen Kugeln durchbohrt worden sei.

Sollte diese englische Nachricht zutreffen, so hätte die deutsche Strafexpedition wieder einmal ein sehr blutiges Gemetzel angerichtet, denn bei der Ermordung der Missionare sind schließlich 70 Eingeborene direkt beteiligt gewesen. Außerdem hätte man immerhin berücksichtigen müssen, daß die Ermordung der Missionare erst durch das ungeschickte Verhalten derselben provoziert worden war, daß speziell To Maria auf Befehl der Missionare durchgehört worden ist. Hoffentlich bestätigt sich vor allen Dingen auch nicht die Nachricht, daß eine Frau bei dem Kampfe getötet worden sei. Das Niedererschlagen von Weibern sollte man den Holländern überlassen, die ja im Kriege keinerlei Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Eingeborenen machten! —

Husland.

Die belohnten Königsmörder.

Aus Belgrad wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet:

An der Verschwörung gegen das Leben des letzten Osterreichers waren 67 Offiziere beteiligt, etwa 100 Offiziere wußten, daß ernste Dinge in Vorbereitung waren. Nach dem Königsmorde entstand in der serbischen Armee eine Agitation gegen die Verschwörergruppe, da die in der Verschwörung nicht eingeweihten Offiziere befürchteten, die Verschwörer würden die ganze Gewalt im Kriegsgebiet an sich reißen. Diese Agitation der Gegenverschwörer wurde im vorigen Jahre nach der Entdeckung des Komplotts in Rijka und der Verurteilung der Mordführer unterdrückt. Einige unter den Unzufriedenen wurden durch Beförderung befähigt, die ganz Unverlässlichen in Ruhe zu lassen. Es hatte schon den Anschein, als ob Ruhe und Ordnung in der Armee vollkommen wiederhergestellt sei, und die Ernennung des Generals Radomir Putnik zum Chef der Armee erweckte die Hoffnung, daß nun die letzten Spuren der Unzufriedenheit verschwinden würden. Es erwies sich aber bald, daß General Putnik den Erwartungen nicht entsprach. Er kannte weder die Offiziere noch die Verhältnisse in der Armee. Gelegentlich der Krönungsfeierlichkeiten beauftragte er beinahe sämtliche Verschwörer mit dem höchsten Orden (Karageorgs Stern) auszuzeichnen und so ist es gekommen, daß jetzt blutige Leinwand und Oberleutnants aus der Verschwörergruppe mit dieser höchsten Auszeichnung herausstrecken, die ihnen im Dienste ergrauten Vorgesetzten dieselbe nicht befehlen. Dies rief eine neue Wägung im Offizierskorps hervor, welche durch heftige Ausfälle der oppositionellen Presse gegen die Verschwörer noch genährt wurde. In dem Organ der Verschwörer „Bojka“ (Die Armee) wird nun die Stellung der Verschwörer klargestellt. Es wird konstatiert, daß noch fortwährend die Tat der Verschwörer als eine Ursache der Uneinigkeit in der Armee hervorgehoben werde. Man werte ihnen vor: 1. daß sie die benutzte Tat aus Eigenmut vollbrachten; 2. daß die Verschwörer auch nachher eine Koterie gebildet haben, welche überall ihren Einfluß zu betätigen trachtete. Infolgedessen erachteten die Verschwörer es für ihre Pflicht, festzustellen, daß sie nach vollbrachter Tat (Ermordung des Königs Alexander und der Königin Draga) keine besondere Gruppe mehr gebildet haben, daß sie keine Vorrechte erstritten und daß sie sich durch nichts von ihren übrigen Waffengefährten weder im Dienst, noch sonstwie unterscheiden wollen. Sie fordern alle ihre Kollegen auf, sich der Böhlerieien zu enthalten und gemeinsam die Verwirklichung der nationalen Ideale anzustreben. Diese Erklärung der Verschwörer ist von allen Regierungsblättern nachgedruckt und lobend erwähnt worden. Ob die Verschwörer aber durch diese Erklärung auch den erwünschten Zweck erreichen werden, bleibt abzuwarten.

Der neue Serbenkönig „von Gottes Gnaden“ denkt also gar nicht daran, die Armee von den Königsmördern zu säubern, er hat sie vielmehr mit den höchsten Ehrenbezeichnungen ausgezeichnet.

In Deutschland ist unlängst der Oberst Gädle seines Offiziersrangs für verlustig erklärt worden, weil er bei einer Erörterung des Belgrader Königsmordes die These verfochten hat, daß die Offiziere nicht unter allen Umständen moralisch verpflichtet seien, einem König, der dem Throne zur Unzweide gereicht, die Treue zu bewahren. Da nun in Serbien die Königsmörder die Wünsche des neuen Königs sind, wird es sich gar nicht selten ereignen, daß unser Gesandter in Belgrad bei Hofflichkeiten mit diesen Königsmördern an einer Tafel sitzt. Daran nimmt weder unsere Regierung noch unser Offizierskorps, das einen Gädle nicht länger unter sich dulden wollte, selbstverständlich teil. In der geringsten Anstöß! Man macht also einen feinen Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Dieser Unterschied ist historisch auch um so berechtigter, als es wenig Dynastien geben dürfte, die nicht durch ähnliche und noch schrecklichere Bluttaten aus Auser gelommen sind, wie Peter Karageorgewicz. —

Frankreich.

Ein sozialer Wählerfolg. — Klassenjustiz.

Paris, 1. November. (Fig. Ver.) In der Pariser Gemeinde-Wahl des 20. Bezirks wurde der revolutionäre sozialistische Kandidat Marchand gewählt. Die P. S. de F. gewinnt damit einen neuen Sitz.

Marchand erhielt 1119, der royalistische Gegner 937 Stimmen. Im ersten Wahlgang hatten sich die Stimmen wie folgt verteilt: Marchand 912, der Royalist 629, zwei Linkradikale zusammen 631, ein Allemanist 82 und zwei „unabhängige“ Sozialisten 48 Stimmen. In der Stichwahl hat der revolutionäre Sozialist nur 207 neue Stimmen gewonnen gegenüber einem Zuwachs von 308 Stimmen für den Royalisten. Dabei sind im zweiten Wahlgang um 60 Stimmen weniger abgegeben worden als im ersten. Es ist also klar, daß nur ein winziger Bruchteil der linkradikalen Wähler in der Stichwahl für Marchand gestimmt hat. Das Gros derselben blieb der Urne fern und ein Teil muß sogar für den Royalisten gestimmt haben, — um ja nur nicht dem revolutionären Sozialisten zum Siege zu verhelfen!

Das Schlichtungsgericht von Besançon hat ein ähnliches Klassenurteil gefällt. Auf der Anklagebank saß der Unternehmer Cattin, der am 18. Juli d. J. in Casamene auf eine Gruppe „feiner“ streikender Arbeiter geschossen hatte. Der Arbeiter Pierre Châtelat erhielt dabei eine schwere Wunde, infolge deren er ein Auge verlor. Wie seinerzeit berichtet, handelte der Unternehmer keineswegs in der Notwehr. Der Staatsanwalt wies übrigens dessen Schuld nach, wenn auch mit allem einem Mitglied der besitzenden Klasse schulden Respekt und unter Jubilation mildernder Umstände. Die bürgerlichen Geschwornen aber haben ihren Klaffenangenen ohne weiteres freigesprochen! — Angenommen, daß ein Arbeiter anlässlich eines Streiks aus unerschütterlichem Mutwillen, wie der Unternehmer Cattin, auf seinen „Brother“ geschossen hätte. Kein

Staatsanwalt würde da für mildernde Umstände plädieren und jede Jury würde den Proletarier rachsüchtig der Strafe ausliefern. Warten wir nun das Urteil über die kapitalistischen Mörder von Clujes ab, deren Kugeln mehrere Arbeiter erlegen sind. —

Italien.

Zu den Wahlen.

Neue bedauerliche Spaltungen zwischen den Sozialisten werden aus Como gemeldet. Im ersten Wahlbezirk dieser Stadt war bei den Wahlen von 1892, 1895 und 1897 der Professor Bonardi als Kandidat aufgestellt. Bei den Wahlen von 1900 trat der Genannte aus persönlichen Gründen von der Kandidatur zurück und an seine Stelle wurde der Advokat Rofeja aufgestellt. Jetzt verlangen nun die Reformisten von Como die Wiederaufstellung Bonardis, während der revolutionäre Flügel an der Kandidatur Rofejas festhält. Die Folge dieser Streitigkeiten ist die Gründung einer autonomen Gruppe und die Aufstellung zweier sozialistischer Kandidaten. —

Afrika.

Die chinesischen Kulis werden anständig

und scheinen zur Selbsthilfe übergehen zu wollen, nachdem sie herausgefunden haben, daß sie vielfach unter falschen Verträgen und Vorwägungen nach Südafrika gelockt worden sind. So wird dem „Labour Leader“ gemeldet, daß die in der Aurora-Westmine arbeitenden Kulis sich weigerten, Sonntagsarbeit zu leisten. Sie verlangten höhere Bezahlung und die Deckung der Tore, welche die Werke umschließen. Der Direktor weigerte sich und die Kulis sprengten die Umzäunung und entliefen; sie mußten durch bewaffnete Polizeisoldaten zurückgebracht werden. Auch in der „Geduldmine“ kam es zu Meibereien zwischen der Direktion und den Kulis; diese gingen hier mit Haden und Schaufeln vor und die Situation wurde teilweise sehr gefährlich. Die Polizei verwundete 5 der chinesischen Arbeiter. In einem anderen Bergwerk weigerten sich 700 Kulis, die Arbeit im Innern der Schächte aufzunehmen, da Lohnunterschiede vorlagen. —

Amerika.

Die letzten Tage vor der Wahl.

Alle Parteien sind geschäftig, die letzten Tage vor der Entscheidungsschlacht am nächsten Dienstag noch voll auszunützen. Der englisch-russische Zwischenfall hatte in der vorigen Woche die öffentliche Aufmerksamkeit so stark erregt, daß sogar das Interesse an der Wahlbewegung vollständig zurücktrat; die friedliche Beilegung des Streites brachte die Wahlbewegung schnell wieder in den Vordergrund. Die Republikaner benutzten die Angelegenheit, um Roosevelts Vorschlag wegen der zweiten Haager Friedenskonferenz eine erhöhte Wichtigkeit zu geben.

Republikaner wie Demokraten behaupten natürlich, daß der Sieg am 8. November ihnen sicher sei. Die Wahlmengen nehmen in den letzten Tagen vor einer Wahl immer einen großen Umfang an. In Wall Street wurden große Wetten gemacht zugunsten von Roosevelts Verhältnis von vier, fünf und manchmal sechs zu eins. Das Gesetz erklärt Wahlmengen für strafbar, wenn die Wetten den selbst an der Wahl beteiligt sind, aber darum kümmert sich niemand. Für die Staatswahl in New York stehen die Chancen zwischen den beiden alten Parteien ziemlich gleich; viele Wetten begünstigen die Demokraten. Für die letzte Woche hatten die Republikaner im Staate New York 400 Volksversammlungen angekündigt, und die Demokraten stehen nicht zurück, sie bringen ihre ersten Krößen ins Vorderreffen. Parler selbst muß Neben halten; der Expräsident Grover Cleveland hat in New York vor vielen Tausenden von Menschen eine große Rede für die Wahl Parlers gehalten; er nannte Roosevelts äußere Politik eine Förderung der „internationalen Immoralität“. W. J. Bryan, der heftigste Gegner Parlers vor der Konvention in St. Louis, bereitet den Staat Indiana, um Stimmung für Parler zu machen.

In Groß-New York werden die Demokraten beschuldigt, unter dem Schutze von Tammany Hall 10 000 falsche Registrierungen von Wählern vorgenommen zu haben. Daß viele Betrügereien vorkommen, ist eine bekannte Sache; zum Beispiel soll Eingewanderte, die noch nicht volle fünf Jahre im Lande waren, massenhaft ihre Bürgerpapiere erhalten haben gegen das Versprechen, für die Demokraten zu stimmen.

Als ein kurioses Beispiel, wie für jeden amerikanischen Bürger gelehrt wird, damit er sein Stimmrecht ausüben kann, streng den Wahlvorschriften gemäß, wird in der New Yorker „Sun“ berichtet, daß in einem weit entlegenen Distrikt von New York (Stadt) nur ein einziger Wähler wohnt, der Wächter eines großen Holzhauses. Die Wohnhäuser wurden in der Umgebung abgerissen, weil ein Park dort angelegt werden soll, aber die Wahlbehörde traf dieselben Vorkehrungen wie für einen bevölkerten Distrikt. Vier Wahlbeamte und ein Polizist wachen über die eine Wahlstimme, welche die Stadt 200 Dollar kostet, aber die Kosten kommen nicht in Betracht; auf solche Zeugnisse ihres Bürgerrechts sind die Amerikaner stolz.

Neben den großen sind auch die kleinen Parteien in eifriger Tätigkeit. Populisten und Prohibitionisten rechnen auf eine starke Zunahme ihrer Stimmen, und was die Sozialisten angeht, so sehen dieselben unermüdet ihre Agitation fort und erwarten mit Zuversicht ein gutes Resultat.

Eine Staatswahl in Georgia, im Süden der Vereinigten Staaten, fand kürzlich unter eigentümlichen Umständen statt. 30 000 Stimmen wurden abgegeben, während die Bevölkerung 2 300 000 Seelen umfaßt; darunter sollten wenigstens 300 000 Wähler sein. Es gab nur eine Kandidatenliste, die der Demokraten; die Wahl war nur eine Sache der Form und zeigte die unumschränkte Herrschaft einer Clique von demokratischen Politikern.

Gewerkchaftliches.

Die Herren im Hause der Arbeiter.

Die Arbeiter fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, um sich ihrer Familie mehr widmen zu können; sie verlangen einen auskömmlichen Lohn, um Nahrung und Kleidung ihrer Angehörigen verbessern zu können. Ihre Forderungen sind berechtigt; sie dienen der Kultur und dem Fortschritt.

Die Unternehmer haben sich organisiert, diese Forderungen niederschlagen oder schon im Keime zu ersticken. Im Interesse der Einzelkapitalisten halten sie jeden Kulturfortschritt, der der Gesamtheit zu gute kommen würde, kurzfristig auf.

Die „Augsburger Volkszeitung“ laßt die Satzungen veröffentlichen, welche sich der „Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber“ gegeben hat.

Da heißt es:

§ 1. Der Verband Süddeutscher Textilarbeitgeber verfolgt als Zweck den Zusammenschluß der Arbeitgeber der süddeutschen Textilindustrie behufs Aufrechterhaltung geregelter Beziehungen zur Arbeiterschaft sowie behufs einheitlicher Stellungnahme seiner Mitglieder in Fragen des Arbeitsvertrages.

Von den Aufgaben des Verbandes sind alle sonstigen Gegenstände, insbesondere die Stellungnahme zu wirtschaftlichen, sozialpolitischen und handelspolitischen Fragen ausgeschlossen.

Durch die Ausschließung der wirtschaftlichen, sozialpolitischen und handelspolitischen Fragen will man jedes Reibungsmoment unter den Unternehmern selbst beseitigen, um sich völlig unbeeinträchtigt und einzig der Bekämpfung der Arbeiterschaft widmen zu können.

Denn § 8 des Statutes sagt:

Der Verband wird die Erfüllung seiner im § 1 benannten Zwecke zu erreichen suchen:

1. Durch einheitliche Stellungnahme zu den Forderungen der Arbeiterschaft hinsichtlich der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages. Diese einheitliche Stellungnahme erstreckt sich insbesondere:

Abgeordnetenhaus.

95. Sitzung vom Mittwoch, den 2. November 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Hr. v. Rheinbaben, Müller. Als Schriftführer wird an Stelle des Abg. Eckert (ft.) Abg. Biered (ft.) gewählt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Entwurfs betreffend die Inkraftsetzung einer anderweitigen Klasseneinteilung für Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten. („Servisgesetz“).

Das Gesetz, das nur einen Paragraphen enthält, ist dazu bestimmt, den preussischen Staatsbeamten die Vergünstigung, die das am 6. Juni d. J. publizierte Reichsgesetz über den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte durch Erhöhung der Servislassen für eine größere Anzahl von Richtern gewährt, schon vom 1. April 1904 ab, ebenso wie den Reichsbeamten zuteil werden zu lassen.

In der ersten Beratung geht Abg. Kirsch (Z.) auf die Bestrebungen ein, in der Frage des Servistarifs gleichartige Verhältnisse im Reich und in Preußen herzustellen und läßt sich einen solchen Antrag für die zweite Lesung an, die er zu verschieben bittet.

Abg. Vichhoff (fr. Sp.) tritt diesem Wünsche bei. Der gegenwärtige Zustand, der durch diesen Entwurf nur für einen gerade vorliegenden Fall geändert werden soll, bevorzugt die Offiziere vor den Beamten, da Änderungen im Servistarif stets sofort, Änderungen im Wohnungsgeldzuschüsse dagegen erst mit dem Vierteljahr in Kraft treten, das der Veröffentlichung des betreffenden Entwurfs folgt.

Minister v. Rheinbaben glaubt, daß die Regierung, wenn das Haus eine Erweiterung des Entwurfs vornehme, darauf werde eingehen müssen.

Damit schließt die erste Beratung. Die zweite Beratung wird auf Antrag Kirsch (Z.) von der Tagesordnung abgesetzt.

Danach wird die Besprechung der Interpellation Marg (Z.) über die Wahlbeeinflussungen im Saarrevier fortgesetzt.

Wahlbeeinflussungen im Saarrevier

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Ich will auf die sozialen Verhältnisse im Saarrevier nicht eingehen; ich kann anerkennen, daß in dieser Beziehung die Verwaltung manches Gute im Saarrevier geleistet hat. Aber bei dieser Interpellation handelt es sich um die Frage des Wahlrechts. Die einzelnen bei den letzten Wahlen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten können die Wahlprüfungs-Kommissionen erörtern, wir haben uns hier nur zu fragen: Haben die Beamten der Verwaltung sich unzulässige Eingriffe in die Rechtssphäre der Arbeiter gestattet? Ich brauche nicht auf die Frage einzugehen, ob auch von Seiten des Zentrums gesündigt worden ist, ich setze das als selbstverständlich voraus. Aber die Sympathie für die eine oder andere Partei möge hier dahinter zurückstehen, das Recht und Gesetz gewahrt wird. Der Minister sagte, für unser Urteil dürfe nur das Gerichtsurteil maßgebend sein. Aber einmal ist das Erkenntnis im Krämmer-Prozess noch nicht rechtskräftig — das Beweisverhältnis des Prozesses war nach Zeit und Gegenstand beschränkt — andererseits liegen doch schon frühere Erkenntnisse vor.

In einem dieser früheren Gerichtsurteile gegen den Redakteur Lehnen vom 31. Oktober 1902 wird ausdrücklich anerkannt, daß einzelne Beamte ihren Arbeitern ungebührliche Vorhaltungen gemacht, unter mißbräuchlicher Verwertung ihrer Befugnisse diese an Lohn und Erwerb geschädigt haben. Das letzte Urteil hat eine mildere Auffassung, aber ob diese berechtigt ist, ist doch eine andere Sache. Es stützt sich darauf, daß der Nachweis eines „Systems“ nicht erbracht ist, sagt aber nicht, wie viel Fälle zu einem System erforderlich sind. Schließlich erhalten in einem Wahlkreise, wenn einzelne Fälle dieser Art bekannt werden, leicht alle Arbeiter den Eindruck, daß sie nicht frei wählen dürften. Schon darum sollte man auch gegen einzelne Fälle einschreiten. Ebenso steht es mit dem Koalitionsrecht der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Die Verwaltung bestritt nicht, den Besuch bestimmter Versammlungen verboten und Arbeiter, die sie trotzdem besuchten, gemahnt zu haben. Sie bestritt nicht, daß die Staatsarbeiter das Koalitionsrecht haben, aber der Vergart meint, es müsse sich ja nicht immer gegen die Arbeitgeber richten, er handle nur in gerechtester Abwehr gegen die Sozialdemokratie. Das ist Auffassungssache und einschuldigt Eingriffe in das Koalitionsrecht nicht. Wir sind prinzipielle Freunde der Koalitionsfreiheit und können nicht dazwischen wagen, daß sie mit oder ohne Vorwand beschränkt wird. (Sehr richtig! links.) Daß der Minister von tabulierten Verfügungen sprach, die er erlassen hätte, ist ja schon der Beweis dafür, daß Zabelstwertes vorgekommen ist. Auch im Krämmer-Prozess ist, was mir genügend erscheint, zugegeben worden, daß Steiger die Abstimmung der Vergarte überwaht haben, daß Arbeiter wegen ihrer unmutmaßlichen Abstimmung in die Rote verlegt worden sind usw. Wiederholt ist auf den Spruch verwiesen worden: „Woh! Brot ich esse, daß Bied ich singe!“ Man scheint sich dort gar nicht mehr bewußt zu sein, welche schweres Unrecht man mit der Anwendung dieses Wortes auf die politischen Wahlen begeht. (Sehr wahr! links.) Nun ziehen wir bei der Beurteilung allerdings in Betracht, daß dergleichen nicht nur im Saarrevier vorkommt. Wir haben manches Mal Beschwerde darüber zu führen, daß die Wahlfreiheit von Beamten gegenüber ihren Untergebenen nicht gewahrt wird. Auch in meinem Wahlkreise zum Beispiel ist bei der letzten Wahl die Keigung hervorgetreten, die Beamten zur Unterjochung der rechtsstehenden Parteien zu beeinflussen. Darum habe ich mich besonders darüber geäußert, daß auch der Abg. Nöbling für die national-liberale Partei energisch dagegen Einspruch erhoben hat, daß Beamten ihre Amtsgewalt zu Wahlbeeinflussungen mißbrauchen. Nun meinte der Staatsanwalt im Krämmer-Prozess, eine Beobachtung bei der Wahl durch die vorgelegten Beamten könne nicht als direkt unzulässige Handlung bezeichnet werden. (Hört! hört! links.) Die Vergarüberwachung möchte wie jeder Industrielle das Recht haben, sich über die politische Gesinnung ihrer Vergarte zu informieren. Graf Balow hat deutlich erklärt, in keinem Falle werde der Rechtsboden verlassen werden. Hoffentlich wird er auch hier dafür sorgen, daß das Wahlrecht und die Wahlfreiheit, wie sie verfassungsmäßig gewährleistet sind, nicht verflümmert werden. (Sehr gut! links.) Den besten Boden für die Sozialdemokratie bieten bestehende Unregelmäßigkeiten. Nun meinte ungefähr wie einige Redner bei unserer jüngsten Debatte über diesen Gegenstand ein sozialdemokratisches Blatt, dieser Prozess Krämmer müßte hier gründlich erörtert werden, um zu zeigen, wie die politischen Freiheiten im Gegenwartszustand beschaffen seien. Nun glaube ich ja, daß die Sozialdemokratie auch in ihren eigenen Kreisen Beispiele für Mangel an Wahlfreiheit hat. Aber ich bin auch überzeugt, daß ihrer Agitation mit diesen Zuständen nur dann entgegengekört werden kann, wenn sie rückhaltlos besprochen und wirklich gebessert werden. Ich schließe mit der Hoffnung, daß die Regierung aus Anlaß dieser Erörterungen Sorge dafür tragen wird, daß die gesetzlichen Bestimmungen auch im Saarrevier genau beachtet werden; ich hoffe, daß sie den ihr unterstellten Beamten überall klar machen wird, daß sie Respekt haben müssen vor den staatsbürgerlichen Rechten, den Ueberzeugungen anderer und daß der Grundlag der Verfassung: Gleiches Recht für alle auch für das Verhältnis von Arbeitern und Beamten gilt. (Lebhafter Beifall links.)

Handelsminister Müller:

Ich habe in meinen mündlichen Ausführungen davor gewarnt, sich ein Urteil über die ganzen Vorgänge durch Zeitungartikel oder auf

Grund der Stenogramme zu bilden. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Richter in den mündlichen Verhandlungen einen anderen Maßstab für die Beurteilung der Vorgänge gewinnen. Ich habe mich ausdrücklich bereit erklärt, gegen die Uebergriffe von Beamten jederzeit einzuschreiten. Ich habe die Vergarwerksdirektion beauftragt, das Verhalten solcher Beamten auf das ernstlichste zu mißbilligen und im Wiederholungsfalle weitere Schritte zu ergreifen. Der Abg. Marg hat deutlich gemeint, ein Steiger, welcher sich Wahlbeeinflussungen habe zuschulden kommen lassen, sei bestraft worden. Das ist nicht der Fall, der Betreffende ist von Saarbrücken fortgebracht worden, und zwar ausläßweise nach Dortmund. Die Schlußfolgerungen des Abg. Marg waren also falsch.

Abg. Fuchs (Z.):

Ich möchte vom Minister Aufklärung haben, ob er gegen die national-liberale Wahlagitation der Beamten im Saarrevier Protest eingelegt hat. Hat er das nicht getan, so stellt sich die Staatsregierung ohne Protest in den Dienst einer Partei. Das muß vor dem ganzen Lande festgenagelt werden. Es war die Aufgabe des Handelsministers dafür zu sorgen, daß derjenige, der gegen die National-Liberalen stimmt, nicht Gefahr läuft, sein Brot zu verlieren. Ich habe nicht gehört, daß der Minister dem Vergarwerksdirektor auch nur einen Verweis gegeben hat. Die Auffassung war bei den Vergararbeitern vorhanden, daß derjenige, welcher nicht national-liberal wählte, geschädigt werde, das geht aus der Äußerung hervor: Wer nicht mit tut, der fliegt! In diesem Auspruch eines Beamten liegt mindestens eine Forderung der Wahl. Es ist konstatiert, daß sich in Preußen ein Gericht gefunden hat, welches offen die Wahlbeeinflussung seitens der vorgelegten Behörde als zulässig erklärt hat, daß sich ein Staatsanwalt gefunden hat, der sich zum Anwalt einer Partei erniedrigt hat. (Große Unruhe bei den National-Liberalen. Rufe: Wo steht das? — Das ist unerhört!) Die Kontrolle bei den Wahlen wurde ganz schamlos ausgeübt. Nach der eidlichen Erklärung eines Bürgermeisters ist entsprechende Mitteilung darüber den Behörden gemacht worden.

Ich glaube, diese Feststellungen genügen. Es war bei den Wahlen für die Beamten und Vergararbeiter unmöglich, frei und nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen. Nichts muß eben mehr erbittern als das Gefühl der Unfreiheit, als das Gefühl, daß einem Unrecht geschieht. Und nichts wird dagegen unternommen. Der Hauptschuldige Hilger ist noch immer im Amt. Ich habe nicht gehört, daß ihm der Minister auch nur einen leisen Tadel erteilt hätte. Er scheint nach wie vor ihm sein Vertrauen zu schenken. Und doch sollte hier im eigenen Interesse des Staates mit eiserner Hand eingegriffen und Ordnung und Recht geschaffen werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dörsch (Z.):

In vielen Fällen sind in der Gerichtsverhandlung Beeinflussungen als amtliche Handlungen angesehen worden und Zeugenaussagen sind unterblieben, weil die Erlaubnis zur Aussage von der vorgelegten Behörde nicht vorlag. So ist in dem Prozess bei weitem nicht das gesamte Material über die Wahlbeeinflussungen beigebracht worden. Wirkliche Klarheit könnte nur eine parlamentarische Untersuchungskommission bringen, die sämtliche Zeugen vernahmen müßte. Ich begnüge mich mit dieser Anregung. — Redner sucht im weiteren nachzuweisen, daß nicht Parteiberührung, wie der Minister behauptet, sondern die tatsächlichen Verhältnisse die Unzulässigkeit im Saarrevier veranlassen, und daß im besonderen die sogenannte Dörsch-Äußerung, so lange es nur ging, zum Frieden gemahnt habe. Redner hat durch drei Neben seinerzeit einen Streit im Saarrevier verhindert. Aber gegen die schaulosen Wahlbeeinflussungen müßte Front gemacht werden. So ist es vorgekommen, daß an einem Wahltag die Wahlzettel drei-, vier-, fünfmal anders gefaltet wurden und daß dem Wahlvorsteher regelmäßig ein Wähler der neuen Faltung vorgelegt wurde. (Hört! hört!) Die Wahllisten waren 1903 von Steigern und Obersteigern gefüllt, die die Wähler bei der Stimmabgabe beobachteten. Sie kommt es, daß die Steiger und Obersteiger ihre Arbeit so in Stich lassen durften? Die Wähler hatten den Eindruck, daß sie ganz im Banne ihrer Vorgesetzten ständen. Redner verliest darüber mehrere Zeugenaussagen. Unter den Vergarte, die der Zentrums-partei angehören, hat eine gewisse Erbitterung Platz gegriffen, die durchaus nicht künstlich gemacht ist. Aber den 30 000 Anhängern der Zentrums-partei im Saarrevier hat Geheimrat Hilger „Mangel an nationalem Gefühl“ vorgeworfen. Das müßte erbittern. — Die Wahl des Abg. Fuchs ist laffert worden aus dem Grunde, weil im „Vergarwerks-freund“, dem amtlichen Blatt der Vergarwerksverwaltung, eine Empfehlung des Herrn Fuchs veröffentlicht worden war. Der Abg. Dr. Nöbling meinte deutlich, wir sollten den Streit unterlassen und lieber gemeinsam wirtschaftliche Arbeiten erledigen. Damit sind meine politischen Freunde einverstanden. Es wäre aber vor allem notwendig, eine Reform des Wahlverfahrens vorzunehmen. Im Wahllokal und vor demselben sollten überhaupt keine Wahlzettel verteilt werden. Ferner müßte der Wähler im Wahllokal seine Stimme vollständig verdeckt von einer Gardine abgeben. Dann sind solche Beeinflussungen, wie sie vorgekommen sind, unmöglich.

Oberbergshauptmann v. Belsen

bestreitet, daß sich die Vergarwerksdirektion Wahlbeeinflussungen habe zuschulden kommen lassen. Die Beamten seien ebenso Wähler wie die Arbeiter, und man könne es den Beamten nicht verbieten, wenn sie ihre dienstfreien Stunden im Wahllokal sind. Wegen die Vorwürfe, welche gegen die Beamten der Vergarwerksdirektion erhoben seien, legt er entschiedenen Protest ein.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Der Abg. Marg hatte ausdrücklich anerkannt, daß allen Beamten gestattet war, vor Gericht auszusagen, und die Abgg. Marg und Dörsch sind doch wohl kompetentere Beurteiler der Objektivität des Gerichtsverfahrens als der Abg. Dörsch. Wollen Sie, Herr Dörsch, daß sich nur katholische Geistliche im Wahllokal aufhalten und diejenigen, aus deren Chef Sie proklamieren sind? (Heiterkeit.) Der Wahrheitsbeweis des Abg. Dörsch ist mißglückt, und das wird man zugeben: ein unschuldsvoller Engel und ein leidenschaftloser Mensch ist Herr Dörsch nicht, das geht aus seinen Äußerungen in der Presse hervor, in der er lässlich gegen die Vergarwerksdirektion in Saarbrücken polemisiert hat, er hat dadurch zu einer starken konfessionellen Verheerung beigetragen. Redner verliest mehrere Ausschnitte aus der Dörsch-Äußerung, worin u. a. gesagt wird, die Dörsch-Äußerung sei im Saarrevier die einzige, welche für Recht und Gerechtigkeit eintrete und sich der gemächlichen Arbeiter annehme. Ich überlasse es Ihrer Beurteilung, ob der Abg. Dörsch moralisch das Recht hat, sich als einen Mann des Friedens hinzustellen, während er die schwerste Schuld daran trägt, daß die Verhältnisse im Saarrevier sich so zugelegt haben. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.) Der Abg. Dörsch hat wie der Abg. Marg ganz einseitig sich auf die Zeugen der einen Partei gestützt. Das Gericht kann nur aus der mündlichen Verhandlung den Eindruck gewinnen, ob jemand glaubwürdig ist oder nicht. Mit wem aber soll die Regierung im Saarrevier gehen? Mit der Sozialdemokratie? Das wird das Zentrum nicht wünschen. Oder mit der Zentrums-partei, welche der Regierung so angenehme Leute, wie die Herren Dörsch und Fuchs auf dem Präsentierteller darbietet? Nein, von bürgerlichen Parteien bleibt der Regierung dort nur die national-liberale, mit der sie gehen kann. (Widerpruch im Zentrum.) Ich frage die Zentrums-partei, ob sie eine solche Beleidigung, wie sie dem Sinne nach der Abgeordnete Fuchs gegen ein preussisches Gericht ausgesprochen hat, zulassen will? Zustimmung bei den National-Liberalen, Unruhe im Zentrum.) Herr Hilger ist ein braver patriotischer Mann, der für seine Arbeiter sorgt, und einen solchen Mann auf Wunsch des Herrn Fuchs und abzuhalten, so weit sind wir noch nicht. (Beifall bei den National-Liberalen.) Die politische Bedrückung ist zu verurteilen, aber noch schlimmer ist die geistige Bedrückung, denn da handelt es sich um das Seelenheil.

Was in Oberschlesien von katholischen Geistlichen in dieser Beziehung geschehen ist, übertrifft alle Grenzen. Der Geistliche Dr. Stephan spricht sich in seinem Bude: „Der Deutlicher Prozess im Lichte der Wahrheit“ mit föhlicher Raivität dahin aus, daß es erlaubt sei, von der Kanzel herab zu erklären, es sei Sünde, wenn jemand einen Konfessionen oder National-Liberalen wählt, denn das geschehe auch in anderen Diözesen als in den ober-schlesischen, das hätten die Bischöfe zum Teil vorgeschrieben und die Moralphilosophen für durchaus erlaubt bezeichnet. Man geht dort so weit, daß man einen Katholiken vom Sakrament ausschließen will, weil er im Hause eines radikalen Polen verkehrt. Nehren Sie (zum Zentrum) erst vor Ihrer eigenen Tür, werden Sie erst in Bezug auf die Wahlbeeinflussungen föhlicher, und dann erheben Sie Vorwürfe gegen uns. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Marg (Z.):

Auch diesmal bietet sich uns wieder dasselbe Bild, wie im Februar. Sprechen wir von den Wählern an der Saar, so antwortet uns Herr Dr. Friedberg: Oberschlesien. Behaupten wir, daß Staatsbeamte über die Grenzen ihrer Befugnisse hinausgegangen sind, so erwidert er, indem er von den Verfassungen einzelner Priester und den Fehlern der Dörsch-Äußerung spricht. Aber wir haben es hier im preussischen Parlament nicht mit einem Urteil über den Kollegen Dörsch und die ober-schlesischen Priester zu tun, sondern mit der Aufsicht über die preussischen Beamten. — Jedenfalls hat die Debatte manches Erseuliche gezeitigt. Vor allem, daß alle Parteien jede Wahlkontrolle und jede Wahlbeeinflussung auf tiefste verdammen. Ich hoffe, daß diese Grundzüge ebenso frisch und kräftig in ihrem Wahlkreise bei der nächsten Wahl vertreten werden. Ich spreche weiter meine Freude darüber aus, daß der Minister gegen dieses Ueberwachungs-system die schärfsten Verfügungen erlassen hat. Ich komme damit auf meine Ausführungen und die dagegen erhobenen Einwände zurück. Wir wollen hier nicht über den Inhalt der Krämmer'schen Flugblätter sprechen, nicht bestimmen, ob ein Recht vorlag, den Mann zu verurteilen; ich mag die Flugblätter hier gar nicht verteidigen, ich halte ihren Inhalt für durchaus unrichtig und verfehlt. Wir stügen uns nur auf die Zeugenaussagen, die ich hier durchaus objektiv wiedergegeben habe. Man hat hier einzelne Fälle vorgeführt, in denen sich die erhobenen Vorwürfe nicht als richtig erwiesen haben. Aber von all diesen Fällen habe ich keinen einzigen hier vorgelesen. Da Sie es aber wünschen, so werde ich Ihnen einige Fälle vortragen, die nicht widerlegt werden können. Redner schildert dann eine größere Anzahl von einzelnen Fällen. Den Fall Pauli habe das Gericht nur deshalb nicht erwähnt, weil er sich vor 1900 ereignet habe. Im Falle Conrad und einem Duzend anderer Fälle lassen sich den belastenden Aussagen überhaupt keine entlastenden entgegenstellen. Die Farrer-Dieder und Stephan sind nicht Vertreter der Zentrums-partei. Wenn sie zu weit gegangen sind, müssen wir sie verurteilen. Aber das eine möchte ich doch feststellen: daß Farrer-Dieder niemals wegen der politischen Abstimmung die Sterbesakramente, sondern nur die Beichte zu verweigern gedroht hat. Man wüßte uns vor, daß wir diese unangenehmen Erörterungen herbeiführen. Aber wenn gestohlen worden ist, so stört doch nicht bei der öffentlichen Ordnung, der: Haliet den Dieb! ruft. (Sehr gut! im Zentrum.)

Ein Schlußantrag v. Redlich wird gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Linken angenommen. Die Abgg. Dörsch (Z.) und Fuchs (Z.) legen sich mit dem Abg. Dr. Friedberg (natl.) über den Wortlaut ihrer Äußerungen auseinander. Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Kosten der Prüfung und Ueberwachung von elektrischen Anlagen, Dampfkesseln, Aufzügen und anderen gefährlichen Einrichtungen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Kleine Vorlagen, Initiativ-anträge, Petitionen.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Bestrafte Ehrenhaftigkeit.

Unserem Parteigenossen Bruno Schumann in Dielefeld, der dort Stadtverordneter ist, waren in dieser Eigenschaft Mitteilungen über einen Polizeikommissar gemacht worden, von denen er im Stadtverordneten-Kollegium Gebrauch machte. In einem daraufhin eingeleiteten Verfahren gegen Unbekannt soll Schumann gezwungen werden, Zeugnis abzulegen. Schumann erklärte dem Untersuchungsrichter, daß er es für unehrenhaft halte, in solchem Falle seine Gewährsmänner zu nennen. Trotzdem wurde er wegen Zeugnisverweigerung in eine Geldstrafe von 100 M. genommen.

Stehenden Fußes muß der Richterflatter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ im Stadtverordneten-Kollegium in Reutob (Reg.-B. Schleswig) seine Tätigkeit ausüben. Gesuche bei dem Kollegium wie beim Magistrat, ihm einen Stuhl zur Verfügung zu stellen, blieben unbeantwortet; es wird sogar föhentlich dafür gesorgt, daß nicht etwa mal ein überabhängiger Stuhl frei ist.

Wir rufen dem Betroffenen, sich für einige Groschen einen Feldstuhl zu kaufen und jedesmal zur Sitzung mitzubringen. Das wird die Herren wohl zur Veranlassung bringen.

Partei-Prese. Sein zehnjähriges Jubiläum feierte am 1. November das „Vollblatt für Harburg“.

Genannt Dr. A. Winter soll, wie bürgerliche Blätter melden, auf Veranlassung der Stadt Heuthen D. Schl. in der Provinzial-Irrenanstalt zu Rohnit untergebracht worden sein. Die gegen ihn noch schwebenden Strafverfahren sollen aus diesem Grunde bereits eingestellt worden sein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Furcht vor der Wahrheit.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat Minister Müller anerkant, daß die im Vorwärts-Verlage erschienene Broschüre „Saarabien vor Gericht“ eine zutreffende Darstellung des Prozesses Hilger gegen Krämmer gibt. Diese wahre Darstellung der Zustände im Saarrevier ist am Sonntag dort unter strengster Beobachtung der politischen Vorschriften unentgeltlich verbreitet worden. Die Polizei des Mediers, die seit Wochen auf das Ereignis wartete, war aber mit Feuerzifer dahinter her und konfiszirte die Wahrheit in zahlreichen Fällen. Nicht weniger als 27 Protokolle wurden aufgenommen.

Doch das hilft nun auch im Saarrevier nicht mehr. Die Wahrheit läßt sich auch dort durch kein Polizeiprotokoll mehr unterdrücken.

Aus der Frauenbewegung.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 6. November, abends 6 Uhr, in den Kaminhallen: Gesellschafts-Besammlungen mit Gesangs- und Rezitationsvortrügen und darauffolgendem Tanz. Wir ersuchen unsere Mitglieder und Gäste, recht zahlreich zu demselben zu erscheinen. Der Vorstand.

Für Tempelhof-Mariendof und Mariensfelde findet Donnerstag, den 3. November, abends 7 1/2 Uhr, eine Volksversammlung für Frauen und Männer im Tempelhofer Lido, Recknerstr. 50, statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter August Bebel einen Vortrag über „Die Frau im Staat und in der Gesellschaft“ halten wird. Die Vorstände von Vereinen und Gewerkschaften werden er-

Wahl, Versammlungen an diesem Tage nicht abzuhalten. Der eventuell eintretenden Polizeistunde wegen (10 Uhr) wird die Versammlung pünktlich eröffnet.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgegend hält umständehalber seine nächste Mitglieder-Versammlung nicht Montag, den 14. November, sondern Montag, den 7. November, in Weimanns Klubhaus, Hauptstr. 5/6, ab. Herr Dr. Alfred Bernstein wird einen Vortrag über „Die Kommune auf dem Gebiete der Gesundheitspflege“ halten. Herren und Damen als Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Die Wahlrechtsbewegung der schwedischen Frauen hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt. Nachdem im Juni 1902 der Verein für politische Frauenwahlrecht in Stockholm gegründet und dann eine große Anzahl von Vorträgen in verschiedenen Städten des Landes gehalten wurde, ist es nun soweit gekommen, daß in 30 Städten derartige Vereine bestehen, die mehr als 4000 Mitglieder umfassen. Selbst in Gellivare, im äußersten Norden Schwedens, besteht ein solcher Frauenwahlrechts-Verein. Die einzelnen Vereine haben sich im Jahre 1903 zu einer Landesvereinigung zusammengeschlossen, deren aus drei Mitgliedern bestehende Zentralleitung in Stockholm ihren Sitz hat.

Bemerkenswert ist es, wie der Gedanke, die Frauen als politisch mit den Männern gleichberechtigte Mitbürger anzusehen, im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte bei den Mitgliedern der Zweiten Kammer mehr und mehr Verankerung gefunden hat. Bereits im Jahre 1884 hatte ein Abgeordneter, Medaieur Borch, in der Zweiten Kammer eine Resolution für politisches Wahlrecht und Wahlbarkeit der Frauen eingebracht. 44 Mitglieder der Zweiten Kammer stimmten dem Vorschlage zu; in der Ersten Kammer wurde er ohne Vertretung abgelehnt. Der Gedanke kam damals weiten Kreisen der Bevölkerung lächerlich vor, bildete einen willkommenen Stoff für die Witblätter und fast die gesamte Presse behandelte die Frage als einen Scherz. Dann hörte man jahrelang nichts mehr von der Angelegenheit. Aber im Jahre 1902 brachte der Abgeordnete Carl Lindbagen (jetzt Bürgermeister von Stockholm) in der Zweiten Kammer den Antrag ein, an die Regierung ein Schreiben über das politische Wahlrecht der Frauen zu richten, und 66 Abgeordnete stimmten dafür. Wohl wurde der Antrag von der Ersten Kammer auch diesmal ohne Vertretung abgelehnt, die Wähler über die Angelegenheit hatten jedoch aufgehört. Im Reichstage von 1904 brachte Lindbagen von neuem einen Vorschlag ein, die Regierung aufzufordern, die Frage zu erwägen und eventuell Vorschläge zur Einführung des Frauenwahlrechts zu machen. Der Vorschlag wurde von 30 Mitgliedern der Zweiten Kammer unterstützt. Der Konstitutionsausschuß, der sich mit der Sache befaßte, erklärte, daß die Frage des Frauenwahlrechts ernstlich erwogen zu werden verdient, und nicht weniger als 93 Stimmen wurden für Lindbagens Vorschlag abgegeben, 115 dagegen. Die Debatte über diesen Vorschlag bildete einen Teil der großen, allgemeinen Wahlrechtsdebatten dieses Reichstags, und wenn man auch annehmen kann, daß ein Teil derer, die für Lindbagens Vorschlag stimmten, im Frauenwahlrecht vielleicht eine von den sogenannten „Garantien“ gegen die Wirkungen der Wahlrechtsreform erblickten, so ist doch der Fortschritt des Gedankens der politischen Gleichberechtigung der Frau unverkennbar.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten) hat am Sonntag nachmittags 1 Uhr eine Sonder-Vorstellung in der Urania, Willetsstr. noch bei dem Kassierer Franz Thielle, Pallisadenstraße 12, zu haben.

Johannisthal. Am Sonnabend findet bei Gobin, Moonstr. 2, die Versammlung des Wahlvereins statt. Gen. Wermuth spricht über: „Die französische Revolution“.

Lokales.

Ehrung des Schöpfers im Geschöpf.

Gestern sind die Jagdgruppen am Großen Stern in Gegenwart des Kaisers, seiner Familie und der Minister entführt worden. Die Gruppen bestehen aus dem Hubertusbrunnen von Prof. v. Ledebur und den Gruppen Germanische Wieseljagd von Frh. Schaper, Eberjagd aus der Zeit Joachims I. von Karl Vegas (Joachim I. war ein brandenburgischer Kurfürst), Hasenjagd aus der Kolonialzeit von Prof. Max Baumbach und moderne Fuchsjagd von Prof. Wilhelm Haberkamp.

Die Ausschmückung des Großen Sterns ist, wie seinerzeit unabweisbar berichtet wurde, von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft übernommen worden, und der Direktor dieser Gesellschaft, Herr Ministerialdirektor a. D. Dr. Rade war auch bei der gestrigen Feier zugegen. Wie die Kunstbegeisterung der Großen zustande kam, darüber gab eine Zeitungsmeldung Auskunft, die am 19. Februar vorigen Jahres durch die Berliner Blätter die Kunde machte.

Die Übernahme der Kosten für die Ausschmückung des Großen Sterns von Seiten der Großen Berliner Straßenbahn kann nicht als Beweis ihrer kunstfreundlichen Gesinnung aufgefaßt werden. Sie ist vielmehr als eine Gegenleistung zu betrachten gegenüber der nur unter dieser Bedingung erteilten Erlaubnis, Oberleitung über den Großen Stern ziehen zu dürfen. Bekanntlich sollte dort nach Verrückung des Akkumulatorenbetriebes Unterleitung durchgeführt werden. Dies hätte bei den vielen Kreuzungen und Weichen des Platzes außerordentliche technische Schwierigkeiten bereitet, und auch im späteren Betriebe würden Störungen nie zu vermeiden gewesen sein. Auch die Werkstätten kommen dabei in Betracht. Die Ausgaben für die Statuen wurden als das kleinere Übel gegen von der Straßenbahn übernommen, wodurch die jetzige Lösung, die von allen vorgeschlagenen entschieden die glücklichste ist, ermöglicht wurde.

Ueber die gestrige Feierlichkeit meldet das „Berliner Tageblatt“ unter anderem:

„Das Kaiserpaar wurde vom Minister v. Budge begrüßt; der Monarch schritt zunächst die Ehrenkompanie ab, dann begab er sich mit der Kaiserin und der ganzen Suite sofort zum Hubertusbrunnen, der hart an den Bellevuepark grenzt. Aus den Reihen der Oberförster und Jäger löste der Monarch ein kräftiges „Heil“ entgegen. Den Oberbürgermeister Kirchner begrüßte der Monarch sehr freundlich als den „Vater der Stadelaber“, die den Platz schmücken. Auch die Vertreter der Straßenbahn wurden durch eine Anrede ausgezeichnet. Auf einen Wink des Ministers v. Budge wurde dann die Enthüllung vollzogen. Das Kaiserpaar schritt hierauf zur Besichtigung der einzelnen Gruppen, überall von den Künstlern empfangen.“

Die Bildhauer, mit Ausnahme von Vegas, der in diesem Jahr schon einen Orden erhalten hat, wurden darauf mit Orden bedacht, ebenso wurden zwanzig der aus allen kaiserlichen Jagdrevieren in Preußen geladenen Oberförster mit dieser Auszeichnung erfreut.

Bei der Frühstückstafel im Schloß, die im Anschluß an die Enthüllung stattfand, hielt der Kaiser folgenden Trinkspruch:

„Mein Glas soll gelten dem edlen Weidwerk und allen ehrlichen deutschen Weidmännern und soll zugleich ein Wort des Dankes enthalten für die Tätigkeit der Forstmänner, die sich heute um mich verammelt haben. Ich spreche Ihnen meinen vollsten Dank und meine Anerkennung aus, daß sie meine Ideen und Wünsche in bezug auf Jagd, Wildpflege und Weidwerk mit Aufbietung aller Ihrer Kräfte zu entwickeln und zu fördern bemüht sind. Ich spreche vor allen Dingen den Herren meine besondere Anerkennung und meinen Dank aus, die mich auf meinen Fürsorgen begleiten und diese interessant und zugleich glücklich zu gestalten be-

strebt sind. Wir alle folgen dem einen schönen Grundsatz, unser Bild zu hegen und zu pflegen, es weidmännisch zu jagen und in ihm, dem Weidwerk, den Schöpfer zu ehren, wie es in dem alten guten deutschen Jagdspruch steht. Auf das edle Weidwerk, auf alle edlen deutschen Weidmänner leere ich mein Glas mit einem kräftigen Horridoh!“

Eines Kommentars bedarf diese Rede wohl nicht. Bemerkenswert ist noch, daß das „Berliner Tageblatt“ folgende Episode von der Denkmalsenthüllung erwähnt:

Bei der Gruppe von Professor Baumbach gefielen dem Kaiser sehr die in die Augen der Steppenhunde eingeleiteten Halbedelsteine, die sorgsam ausgewählt, geschliffen und in Silber gefaßt sind; sie verließen dem Bild der Tiere etwas Lebendiges. Der Kaiser war in bester Stimmung und äußerte vor der Fuchs- und Hasengruppe lachend:

„Nun können die Berliner ihre Biße machen!“

Ein unschuldiger Stadtrat.

Von den Mitteilungen des „Vortwärts“ (Nr. 256 vom 30. Oktober) über die im städtischen Arbeitshaus vorgekommene Benutzung eines Protowagens als Leichenwagen, von der unser Parteigenosse Stadtv. Hoffmann bei Gelegenheit einer Revision Kenntnis erhielt, hatten zunächst die meisten Berliner Blätter keine Notiz genommen. Kamentisch den mit Herrn Stadtrat Fischel befreundeten Zeitungen scheint es sehr unangenehm gewesen zu sein, daß aus der Verwaltung dieses Mannes schon wieder einmal ein Skandal an die Öffentlichkeit gelangt war und obenein wieder durch die Revisionstätigkeit des Stadtv. Hoffmann, dem doch Herr Fischel durch jenen bekannten Was die Vornahme von Revisionen so sehr viel weniger leicht gemacht hatte.

Nun hat sich das „Berl. Tagebl.“ von dem Herrn Stadtrat selber Auskunft erbeten. Herr Fischel hat die Sache nicht bestritten, aber er hat beteuert, er sei unschuldig an diesen und ähnlichen Vorkommnissen. Er sei zu der Zeit, wo die Protowagen-Geschichte passierte, verreist gewesen, und die Verwaltung könne überhaupt nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Es sei eben nicht so rasch möglich, die Mißstände zu beseitigen, die noch von früher her vorhanden seien. Diese Antwort ist interessant. Ja, wie ist und denn?! Pfliegte Herr Fischel sonst nicht rundweg zu bestritten, daß in seinem Reiche Mißstände herrschen? Heute gibt er das zu, aber er sucht sie auf seinen Amtsvorgänger abzuwälzen. Den Amtsvorgänger bloßzustellen, ist eine Manier, die der Herr Stadtrat nicht zum erstenmal übt. Sitte war sie im Rathause bisher nicht, und von anderen Mitgliedern des Magistrats wird sie auch heute noch verschmäht.

Das Mittel, dessen Herr Fischel sich da bedient, kann ihn nicht mal entlasten. Unseres Erachtens ist niemand so sehr wie er selber daran schuld, daß er der Mißstände in seiner Verwaltung nicht so rasch Herr zu werden vermag. Die Art, in der er im Rathause die von sozialdemokratischen Stadtverordneten an den Zuständen des Obdachs und des Arbeitshauses geübte Kritik zurückweist, ist nur zu sehr geeignet, bei unteren Verwaltungsorganen die Vorstellung zu wecken, daß da wirklich alles in Ordnung und nichts Verbesserungsbedürftig sei. Auch der häßlich wegwerfende Ton, in dem Herr Fischel von dem Menschenmaterial zu sprechen pflegt, für das er, nach des Oberbürgermeisters Ansicht, der richtige Mann ist, kann leicht zu der Empfindung führen, daß es hier nicht so genau genommen zu werden braucht.

„Wie der Herr, so's Geschehe“, sagt ein Sprichwort. Herr Fischel, der Unschuldige, sollte sich das ad notam nehmen.

Die Pflicht-Fortbildungsschule, die im nächsten Jahre, voraussichtlich am 1. April 1905 in Berlin errichtet wird, soll nach dem Plan des Magistrats folgende Einrichtung erhalten: Die Stadt Berlin wird in — zunächst vier — Bezirke geteilt, die eine annähernd gleiche Schülerzahl umfassen. Jeder dieser vier Bezirke bildet eine Fortbildungsschule, deren Leitung einem vom Magistrat einzusetzenden Direktor übertragen wird. Der Direktor hat die Schüler zunächst nach dem Verufe zu teilen und dann für die einzelnen Verufe besondere Klassen zu bilden. Entschieden Klassen unter 30 Schülern, so soll auf eine Zusammenlegung und Angleichung Bedacht genommen werden. Der Unterricht umfaßt drei Jahre, dementsprechend werden drei aufsteigende Jahresstufen gebildet, die als Unterstufe (U), Mittelstufe (M) und Oberstufe (O) bezeichnet werden. Der Zeichenunterricht ist in den Dienst des Berufes zu stellen. Die Deputation wird besondere Lehrpläne feststellen, welche die berufliche Ausbildung nach Möglichkeit fördern sollen, jedoch die Rücksicht auf die allgemeine Ausbildung nicht außer acht lassen werden. Der Unterricht wird soweit wie irgend möglich in den Tagesstunden erteilt; für einzelne Gewerbe, z. B. Kellner, Bäcker, Köche, Buchbinder, für die meisten Gewerbe ist die Zeit von 4—7 Uhr nachmittags anzusetzen, ungelernte Arbeiter, auch Maurer, Zimmerleute und andere werden von 6—8 Unterricht haben. Mit den einzelnen Gewerben werden Unterhandlungen über die zu wählende Unterrichtszeit einzuleiten sein, wobei höfentlich nicht allein der Selbstsücht der Unternehmer Rechnung getragen wird, sondern auch die Arbeiter zu Schutze kommen. Stehen besondere Häuser zur Verfügung, so wird so viel wie irgend möglich der Unterricht in diesen abgehalten sein. Zur Verfügung werden stehen: die Schulen Wassertorstraße 4, Wartenburgstraße 12, Blumenstraße 63a, später auch Friedrichstraße 126 und a, sonst muß der Unterricht in städtischen Schulen abgehalten werden, doch sollen mehr als bisher die Gebäude der Realschulen und Gymnasien benutzt werden, schon weil deren Substanz geeigneter sind. Das Lehrhonorar soll überall dasselbe sein, 3 M. für die gegebene Stunde. Es ist nicht zulässig, daß Lehrern, die an der Hauptschule, an der sie angestellt sind, aus besonderen Gründen eine Ernähigung der ihnen anerkennenden Pflichtstundenzahl genießen. Stunden an den Fortbildungsschulen oder Fachschulen übertragen werden oder bleiben.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die Straßenreinigung kam der Zustand der bei der Abfuhr des Hausmülls beteiligten Arbeiter zur Sprache. Von einer Seite wurde eine Intervention der Polizeibehörde dahingehend bestritten, daß aus sanitären Gründen ein Eingreifen der städtischen Behörden verlangt würde, vielleicht durch Unterführung der Abfuhrunternehmen durch das Arbeitspersonal der Verwaltung der Straßenreinigung. Allseitig wurde betont, daß jeder derartige Antrag strikte abzulehnen sei. Auch eine freiwillige Übernahme der Streikbrechearbeit durch Arbeiter der Verwaltung der Straßenreinigung sei unzulässig. Für die Hausbesitzer bleibe nur der Weg der Selbsthilfe offen, d. h. die Müllabfuhr durch Private. Regreßpflichtig ist in diesem Fall dem Hausbesitzer der Unternehmer, der ihm vertragsmäßig zur Müllabfuhr verpflichtet ist. Den Zuschlag für neun Kehrmaschinen erhielt die Berliner Firma Veermann, die mit 600 M. für das Stück Mindestfordernde blieb. Im Vorjahr war die Firma Edert, Friedrichsberg, mit 544 M. Mindestfordernde; die Firma Konkurrierte diesmal mit dem offerierten Preis von 638 M. Das läßt darauf schließen, daß die Firma bei der vorjährigen Lieferung Seide nicht gewonnen hat.

Für Spannung, Bedienung und Unterhaltung der Sprengwagen ist dem Unternehmer Woche als Mindestfordernden mit 9,20 M. pro Wagen und Tag der Zuschlag erteilt worden. Der Preis ergibt die Jahressumme von 582 764 M., die gegen das Vorjahr über 50 000 M. gestiegen ist. Trotzdem werden den Kutschern 2 ohne feither bezahlt, die sich zwischen 2,20 bis 2,70 M. pro Tag bewegen. Ein vor Monaten gemachter Versuch der Deputation, in die Submissionsbedingungen die Klausel aufzunehmen, daß den Kutschern ein Mindestlohn von 3 M. pro Tag gezahlt werden müsse, ist an dem Widerstand des Magistrats gescheitert, der unserer Meinung nach der irrtümlichen Auffassung gewesen ist, es sei der Deputation bei ihrem Versuch nur darum zu tun gewesen, tüchtige,

dem Dienst gewachsene Leute als Kutscher der Sprengwagen engagiert zu sehen. Diese Absicht konnte allein die Deputation schon um dem Willen nicht geleitet haben, weil sie diese auf Grund der derzeitigen gültigen Vertragsbestimmungen durchsetzen kann. Die erhebliche Preissteigerung gab der Deputation Veranlassung, die Verwaltung zu ersuchen, Unterlagen vorzubereiten, wie hoch die Kosten sich belaufen würden, wenn die Spannung, Bedienung und Unterhaltung der Sprengwagen in städtische Verwaltung übernommen wird. Dem Arbeitspersonal sind in der Zeit vom 1. Oktober v. J. bis 1. Oktober d. J. 216 Arbeitstage, für die von der Direktion Urlaub erteilt war, entschädigt worden. Der dafür aufgewendete Betrag beträgt 1072 M.

Die Berliner Turnhallensperre ist nun endlich perfekt. Auch die vierte Schülerabteilung des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“, die infolge der Unwissenheit des über diesen Verein ganz miserabel informierten Provinzial-Schulkollegiums bisher von der Sperre noch verschont geblieben war, hat jetzt die Ausweisung erhalten. Am Mittwoch wurde ihr verkündet, daß sie die Turnhalle nicht mehr benutzen dürfe. Das Ausweisungsdekret konnte noch nicht vorgelegt werden, weil der Rektor nicht anwesend war. Aber der Schaubdiener war von diesem bereits mit der nötigen Instruktion versehen worden. Zweifellos ist die Ausweisung nicht vom Magistrat verfügt worden, sondern vom Provinzial-Schulkollegium, das nun wohl endlich herausgelockt hat, wo die verfliegten Vengel turnten. Der Turnwart teilte den Schülern die Ausweisung in einer kurzen Ansprache mit. Um dem Ereignis die rechte Weiße zu geben, ließ er das Abschiedslied singen: „Deut noch sind wir hier zu Haus, morgen geht's zum Tor hinaus, und wir müssen wandern.“ — Der Fortbestand aller vier Schülerabteilungen des Turnvereins „Fichte“ ist selbstverständlich trotz der Ausweisung gesichert. Wir können sogar mitteilen, daß eine fünfte Abteilung seit längerer Zeit in Vorbereitung ist und nun bestimmt ins Leben treten wird. Es wird jetzt sogar geplant, noch eine sechste und siebente Abteilung zu gründen.

Gegen die Schmälerung des Gemeinbewahlrechts. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden dringlichen Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Wahlzeit für die dritte Abteilung in der alten Zeit von 9 bis 8 Uhr festzusetzen.“

Das Kaufmannsgericht. Im Rathause fand gestern mit den beteiligten Handlungsgehilfen wegen des Erlasses eines Ortsstatuts für das zu errichtende Kaufmannsgericht eine längere Besprechung unter dem Vorsitz des Stadtrats Bohm statt. Die hinzugezogenen Herren sprachen sich einstimmig für die Angliederung des Kaufmannsgerichts an das bestehende Gewerbegericht aus. Nach Beratungen, welche in der Sitzung seitens der Magistratsvertreter stießen, ist die Ansetzung des Wahltermins vor Ende Januar 1905 nicht zu erwarten. Die Wahl soll im Proportionalverfahren nach dem System der gebundenen und verbundenen Listen stattfinden.

Die neue Droschken-Zahrorordnung, welche für das gesamte Droschken-Fuhrwesen in Groß-Berlin einheitliche Grundätze anzubahnen bestimmt ist, wird, wie wir hören, demnächst den Magistraten der Nachbarstädte Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf zur Zustimmung zugehen. Die Gemeindebehörden dieser Orte haben sich zwar schon vor etwa Jahresfrist mit den Bestimmungen der neuen Droschkenordnung im Prinzip einverstanden erklärt, es haben sich aber inzwischen einige redaktionelle Abänderungen als notwendig erwiesen und außerdem soll den Nachbarstädten Gelegenheit gegeben werden, etwaige später aufgetretene Wünsche noch vor der definitiven Redaktion der neuen Sammelvorschrift zu äußern. Der Berliner Magistrat hat bekanntlich den Wunsch ausgesprochen, daß die Zahl der geschlossenen Droschken, die bei Wind und Regen besseren Schutz gewähren, als die offenen und halbgeschlossenen Wagen, nach Möglichkeit vermehrt werden.

Das Märchen von der Selbstverwaltung. Aus dem Rathause wird berichtet: In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtsyndikus Dr. Dierkorn wurde von einer Seite aus Anlaß eines besonderen vorliegenden Falles die Frage angeschnitten, ob in Zukunft die Benutzung der Aulen der städtischen Schulen infolge der Verfüzung des Provinzial-Schulkollegiums überhaupt in allen Fällen verweigert werden soll, ob einzelne Fälle auszuscheiden sind oder ob die Deputation auch fernherhin in neutralen Fällen die Benutzung der städtischen Aulen nach wie vor gestatten soll. Es wurde beschlossen, auch in Zukunft an der bisher befolgten bewährten Praxis festzuhalten und die Benutzung der Aulen im liberalen Sinne zu gestatten. Die Verfüzung des Provinzial-Schulkollegiums sei nicht geeignet, eine Änderung der Praxis herbeizuführen. Wir können dem nur beistimmen, denn andernfalls müßte auch die Frage ventiliert werden, ob die städtischen Aulen z. B. die jetzt oft und regelmäßig auch zu anderen Zwecken, z. B. zur Erteilung von Konfirmanden-Unterricht zc. benutzt werden, fernherhin zu diesen und ähnlichen Zwecken hergegeben werden sollen. Was würde wohl daraus werden, wenn die Deputation konsequent ihre Aulen auf Grund der Verfüzung des Provinzial-Schulkollegiums sperre? Dem Kollegium würde es sicher nicht angenehm sein und besonders die Kirchengemeinden in schwierige Lagen kommen.

Polizeiliche Bestimmungen für die Friseur- und Rasierstuben werden in kurzem vom Polizeipräsidenten erlassen werden. Wie der Regierungs- und Medizinalrat Neemann gestern abend in einer Versammlung der deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege mitteilte, beschäftigt sich die Polizei seit Jahren mit der Lösung von hygienischen Fragen des Barbier- und Friseurgewerbes, die den größtmöglichen Schutz des Publikums vor Ansteckungsgefahren garantieren. Diese Bestimmungen, die in jedem Barbier- und Friseurladen sichtbar auszuhängen sind, werden eine ganze Reihe von Polizeivorschriften über das Verhalten des Barbiers den Kunden gegenüber sowie besonders über die Desinfizierung der bei der Arbeit benötigten Werkzeuge und Stoffe enthalten. Auf strikte Befolgung dieser Bestimmungen sollen die namentlich die Gehülfen und Lehrlinge hingewiesen werden.

Die Deutsche Grundbesitzer-Bank. Eine umfangreiche Anklage wegen verschiedener Vergehen gegen das Handelsgesetzbuch und das Vorkaufsgesetz wird unter dem Rubrum „Steinberg und Genossen“ am 7. d. M. und folgende Tage vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung gelangen. Die Anklage richtet sich gegen 9 Personen, die beschuldigt werden, als Mitglieder des Vorstandes bzw. des Aufsichtsrates der „Deutschen Grundbesitzer-Bank Alltagsgesellschaft in Berlin“ zum Zwecke der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister bezw. einer Erhöhung des Grundkapitals falsche Angaben über das Grundkapital gemacht zu haben. Die Deutsche Grundbesitzer-Bank Alltagsgesellschaft wurde im Februar 1900 mit einem Grundkapital von 50 000 M. begründet. Ihr Zweck war der Betrieb von Bank-, Wechsel-, Grundstücks- und Hypotheken-Geschäften aller Art. Bei der Anmeldung zur Eintragung in das Handelsregister sollen die Angeklagten erklärt haben, daß sämtliche Aktien zum Nennwert von den Gründern übernommen und daß auf jede Aktie ein Viertel des Nennbetrages, im ganzen also 12 500 M. eingezahlt worden seien. Diese Angaben sollen tatsächlich unwahr sein. Der Hauptangeklagte Kaufmann Alfred Steinberg wird auch noch der verschiedenartigsten Schiebung um Schäden der Gesellschaft beschuldigt, er hat sich ferner auf den Vorwurf zu verantworten, als alleiniger Vorstand der Gesellschaft nicht alsbald nach eingetretener Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft die Eröffnung des Konkurses beantragt zu haben. Die Angeklagten, welche von den Rechtsanwaltschaften Elsbach, Dr. Wendel und Wahn verteidigt werden, bestreiten ihre Schuld. Da es sich um sehr wertvolle kaufmännische Aktionen handelt, wird die Verhandlung mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Aus der Gesellschaft. Das „Berl. Tagebl.“ meldet: Ein sensationeller Wucherprozeß wird am nächsten Montag vor einer der Berliner Strafkammern seinen Anfang nehmen. Angeklagt ist jene Frau Sartori, deren „Salons“ am Ragdeburger Platz jahrelang einen Mittelpunkt der Welt, in der man sich nicht langweilt, bildeten.

Man erinnert sich noch des ersten Prozesses, dessen Gegenstand sie war und der mit ihrer Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe endete, die sie augenblicklich noch, da sie leidend ist, in der Krankenabteilung des Gefängnisses verbringt. Die neue Anklage, die am Montag zur Erörterung gelangen wird, beschäftigt sich diesmal mit einer anderen Spezialität der vielgewandten Frau, mit ihrer bekannten Tätigkeit als Heiratsvermittlerin. Das Gebiet, das sie sich erkoren hatte und jahrelang mit großem finanziellen Erfolge bearbeitete, war das Zustandekommen von Ehen zwischen adeligen Kavaliere und Töchtern der Hochfinanz. Der Prozeß dürfte in dieser Hinsicht höchst erstaunliche Enthüllungen zur Folge haben. Die Anklage stützt sich darauf, daß Frau Hartert sich in einzelnen Fällen von den Mitgiftjägern, die sich vertrauensvoll an sie wandten, Provisionen versprochen ließ, in deren Höhe eine widerrechtliche Annäherung ihrer Kostlage erblickt wird. So werden wir die grelle Beleuchtung eines der dunkelsten und unerfreulichsten Kapitel unseres modernen Großstadtlebens erleben.

Herner wird berichtet: Eine unaufrichtige Affäre beschäftigt Staatsanwalt und Polizeibehörden zu Charlottenburg. Auf einem unbebauten Grundstück der Schillerstraße war von bemittelten Herren ein geräumiger Schuppen errichtet worden, der als Turnhalle dienen sollte. Mit den Gründern der Halle launen Studenten und Herren in geistlichem Alter zusammen, die der edlen Turnerei mehr oder weniger zugewandt waren. Allen Teilnehmern gemeinsam war eine große Ungezogenheit im Verkehr während der Übungen, in deren Programm zuerst auch die Veranstaltung von Ringkämpfen aufgenommen wurde. In diesen Zusammenkünften zog man schließlich auch Schulknaben heran. Einigen unter diesen scheint die ganze Zuzugenerierung in der Halle so wenig turnerisch vorgekommen zu sein, daß sie ihren Eltern Mitteilung von dem Gesehenen machten. Auf eine Anzeige erfolgte dann die polizeiliche Schließung der Turnhalle, und die Staatsanwaltschaft leitete gegen mehrere Teilnehmer ein Verfahren ein, weil sie schwerer sittlicher Verfehlungen verdächtig sind. Am meisten belastet sind zwei ehemalige Lehrer A. und J., die schon früher in ähnlichen Affären eine Rolle gespielt haben.

Stechbrieflich verfolgt wird jetzt der frühere Polizei-Inspektor Dräger, der in der Kommandantenstraße ein Privat-Detektiv-Institut betrieb, seine Familie und sein Geschäft im Stich ließ und mit seiner Maschinenfabrikantin und Kassiererin, Fräulein P., der Tochter eines Hausbesizers in Friedrichsberg, durchbrannte. Dräger schrieb von seiner Flucht einmal eine Anstandsakte an seine Frau. Seitdem hat man von ihm nichts mehr gehört und seine Spur nicht wiedergefunden. Er wird jetzt nicht nur wegen Entführung einer Minderjährigen verfolgt, sondern auch wegen Betruges, weil er sich unter der Vorpiegelung geleisteter Arbeit Honorar bezahlte ließ, obwohl er sich um die Aufträge gar nicht kümmerte.

Schwarzweiß im Kriegerverein. Aus Weihensee schreibt man uns: Daß auch ein schwarzweißer Schlipf Aergernis erregen kann, mußte ein Mitglied des „Landwehr-Vereins Berlin“ erleben, der als Gast dem Stiftungsfeste des hiesigen Kriegervereins beizuhöhen. Der betreffende Herr hatte die Unvorsichtigkeit begangen, sich nicht nach der Kleiderordnung bei derartigen Veranstaltungen dieses Vereins zu erkundigen, und so kam es, daß er an Stelle eines schwarzen einen schwarz und weißen Schlipf umband, in der Meinung, daß diese Farbzusammenstellung doch nicht etwa revolutionär wirken könne. Anders aber dachte der Herr Vorsitzende, er sah sich veranlaßt, dem betreffenden Kameraden nicht nur Wortworte zu machen, sondern es wurde ihm sogar das Lokal verboten. Dieser Kamerad vom Landwehr-Verein grübelte nun darüber nach, wie es möglich ist, daß, wo heutzutage sowieso schon über Mangel an Kameradschaft geklagt wird, solchen Herren, die sich dieser noch befleißigen, derartig vor den Kopf gestoßen wird.

Einen empfindlichen Verlust erleidet ein Kassenbote Kähler aus Rummelsburg. Im Girobureau der Reichsdruckerei kam ihn ein Laufendmarktschein abhandeln, der bis jetzt noch nicht wieder zum Vorschein gekommen ist.

Ein Stellenwindler wurde gestern in der Person eines beschäftigungslosen Kellners Karl Herrmann festgenommen. Dieser machte sich an einen Hausdiener, der Stellung suchte, bei der Ausgabe des Arbeitsmarktes heran und schwindelte ihm vor, daß er ihn unterbringen könne. Mit Freuden folgte ihm der Hausdiener nach einem Warenhause, wo er im Paktum ankommen sollte. Vor der Tür nahm Herrmann dem Stellungslosen 25 M. ab, weil er drinnen erst „schmieren“ müsse, hat ihn, draußen auf ihn zu warten, und ging dann allein hinein. Der Hausdiener war vorsichtig genug, ihm unbemerkt ins Haus zu folgen und ihn nicht aus den Augen zu lassen. Als Herrmann sich immer nur unter den Kunden herumdrückte und gar keine Miene machte, mit Angestellten des Hauses zu sprechen, ließ er ihn endlich festnehmen. Jetzt stellte sich heraus, daß gar keine Stelle frei war, der Kellner vielmehr nur geschwindelt hatte, um sein Opfer auszuplündern.

Eine Betriebsstörung in einer ganzen Reihe von Fabrikbetrieben entstand gestern in der Dresdenerstraße 80 infolge eines elektrischen Kurzschlusses. In den Quergebäuden und Seitenschlägen des drei Höfe umfassenden Grundstückes befinden sich zahlreiche Fabriken, die zum größten Teil elektrischen Betrieb haben. Das Hauptkraftlabel führt durch einen Keller und liegt dort unmittelbar neben einem Hauptrohr der Gasleitung. Diese war nun an einer Stelle undicht geworden und merkwürdigerweise entstand auch in der Nähe dieser schadhaften Stelle Kurzschluss der elektrischen Leitung. Hierdurch wurde das austretende Gas entzündet und helle Stützflammen schlugen durch die Kellerfenster auf den Hof. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es zwar, eine Explosion zu verhindern und das Gas abzustellen, doch blieb das ganze Haus während der Abend- und Nachtstunden ohne Gas- und elektrische Beleuchtung. Da der Fehler des elektrischen Kraftlabels nicht sofort ausgebessert werden konnte, so blieben sämtliche Fabrikbetriebe am gestrigen Tage ohne Strom, was natürlich empfindliche Störungen zur Folge hatte.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern Abend gegen 6 Uhr vor dem Hause Grimmitzstraße 21, der um so bedauerlicher ist, als er durch das schon so häufig verübte Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen veranlaßt wurde. Eine etwa 50 Jahre alte unbekannte Dame benutzte den auf der Linie 8 (Großer Ring) verkehrenden Motorwagen 1518 und wollte diesen in der Grimmitzstraße an der Diefenbachstraße verlassen. Der Schaffner hatte das Haltesignal gegeben, und der Wagen befand sich auch schon in verlangsamter Fahrt zur Haltestelle, als die Frau, trotz der Warnung des Schaffners, von dem noch in Bewegung befindlichen Wagen hinunterstürzte. Sie glitt aus und fiel bei der Wädicke so unglücklich zu Boden, daß sie im bestunten Zustand nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte, wo sie kurz nach ihrer Einlieferung verstarb. Nach der polizeilichen Feststellung ist die Verstorbene die Frau des in der Rigauerstraße 122 wohnenden Schuldieners Herhold, die in der Diefenbachstraße eine Freundin besuchen wollte.

Eine Falschmünzergilde scheint die Polizeibehörde neuerdings entdeckt und teilweise aufgehoben zu haben. Am 29. vor. Mis. wurde in Rathenow ein angeblicher Arbeiter Dinge aus Berlin, bei dem Versuche, falsche Zweimarstücke auszugeben, festgenommen. Ein unbekannter Mann, der in der Gesellschaft des D. vorher gesehen worden war, ergriff, als er von dessen Verhaftung erfuhr, die Flucht und entkam. Bei dem Festgenommenen wurden noch verschiedene Falschstücke vorgefunden. Vorgefunden wurden in Stendal falsche Zweimarstücke verbreitet, die jenseits aus derselben „Fabrik“ entnommen wie die in Rathenow angehaltenen und vernünftig in Berlin hergestellt worden sind. Einer der Verbreiter wurde in der Person eines obdahlischen Schuhmachers Weeger, der angeblich auf der Wanderschaft begriffen war, verhaftet. Auch er hatte mit einem Kollegen „gearbeitet“, der entkommen ist.

Ein gefährlicher Spaziergang. Auf das Tegeler Schießplatzgelände geriet wieder einmal ein leichtsinniger Spaziergänger und

ließ, trotz Warnungstafeln und Sicherheitsgraben, geraden Weges in die Schützenlinie hinein. Da zur Zeit Schießübungen auf eine Entfernung von 700 Metern stattfanden, hätte leicht ein Unglück passieren können, wenn nicht im letzten Augenblick ein Unteroffizier den Verwegenen bemerkt und auf Einstellung des Feuerns geflaggt hätte. Der Spaziergänger wäre ohne die Aufmerksamkeit des Unteroffiziers schwerlich mit dem Leben davongekommen.

Eine gewaltige Verkehrsstörung verursachte gestern Mittwoch Abend in der siebenten Stunde ein widerpenstiger Stromabnehmer, der in der Kollwitzstraße, kurz vor der gleichnamigen Brücke, sich nicht aus der Unterleitungsdrille herausheben lassen wollte. Bis dahin, vom Potsdamer Platz ab, ist der Straßenbahn belanntlich die Benutzung der Oberleitung untersagt. Es war nun ein eigenartiges Zusammenreffen, daß gerade gestern, an welchem Tage vormittag die Befestigung der Unterleitung am „Großen Stern“ so festlich begangen wurde, diese Art der Stromzuführung den Berlinern vor Augen führte, wie sie, neben ihren „ästhetischen“, auch recht unangenehme Wirkungen haben kann. In kürzester Zeit stauten sich nämlich die Wagen von der Kollwitz- und Bismarckstraße bis zum Südpark und Reichstagsplatz, ja, bis in die Sommerstraße hinein zum Brandenburger Tor. Auf der ganzen Strecke stand Wagen an Wagen, und die elektrisch erleuchteten Jüge boten dem Beschauer einen prächtigen Anblick, es war gleichsam eine Parade der Straßenbahn. In dunter Abwechslung paradierten die Lichter der Linien 2, 7, 9, 12 bis 16, 23 und 24 und dazwischen reichten sich die Ringbahn- und die Einschlagwagen ein. Ein Wunder, daß der kilometerlange Wagenzug nach etwa halbstündiger Betriebsstörung — bei der enormen Stromabnahme — sich regelmäßig wieder in Bewegung setzen konnte. Das Publikum nahm die Sache von der beider Seite auf — es schien aus Warten gewöhnt. . . . Nach lange nachdem das Verkehrs- hindernis behoben, machte sich auf der Rücktour der Wagenmangel empfindlich bemerkbar: alle Haltestellen waren von Wartenden umlagert, alle Wagen „besetzt“.

Eine mutmaßlich aus einem Diebstahl herrührende Kassette ist seit längerer Zeit von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden und kann in den Dienststunden von 9 bis 1 Uhr bei der Kriminalpolizei, Alexanderplatz, Zimmer 326, in Augenschein genommen werden. Die Kassette ist 19 Zentimeter lang, 14 Zentimeter breit, 8 Zentimeter hoch, braun lackiert, inwendig grau gestrichen und trägt links neben der Schloßsicherung die eingemeißelte Buchstaben R. G. M. S. und darunter die Nummer 8293.

Feuerbericht. Dienstag Abend wurde die Wehr nach der Appeniderstraße 1 gerufen, weil dort in einem Lagerraum der Drogenhandlung von H. Vaterloß Feuer ausgebrochen war, das einen größeren Umfang anzunehmen drohte. Die zweite Löschkompanie war indes schnell zur Stelle und es gelang ihr, die Gefahr innerhalb einer halben Stunde zu beseitigen. Der entstandene Materialschaden ist nicht erheblich. — Zur selben Zeit gingen in der Kleinen Andreasstraße 1 in einer Wohnung Möbel und Kleidungsstücke in Flammen auf, während in der Weidenburgerstraße 72 in einer Kürschnerei ein Brand entstanden war. Auch in diesen beiden Fällen konnte die Ablösung leicht erfolgen. — Längere Zeit gab es dann in der Meißnerstraße 28 zu tun. Dort hatte im vierten Stock des Quergebäudes der Frühboden und die Walfenlage Feuer gefangen. Um dasselbe vollständig abzulösen, mußte ein großer Teil des Gebäudes freigelegt werden, was sehr zeitraubend war. — Außerdem wurde die Wehr noch Mittwoch früh gegen 7 Uhr nach der Richardstraße 112 gerufen, wo ein Pferd in eine Grube gestürzt war und trotz aller Anstrengungen nicht wieder herausgeholt werden konnte. Die Wehrgesellschaft das arme Tier herauf, doch sollte man wegen solcher Fälle nicht gleich zur Alarmierung der so viel beschäftigten Feuerwehr scheiten.

Im Zirkus Busch gab es gestern die Premiere dieses Winters. Sie war auf historischer Basis angelegt und entbehrte nicht des tiefsten ethischen Gehalts, wie es ja sein muß, seitdem Zirkus und Theater die Rollen miteinander vertauscht haben. „Athalina“, von „Rusland“ heißt das Zirkusdrama, das in Bildern von glänzender Pracht so naturgetreu, wie dies nur in der Natur möglich ist, Leben und Taten der nordischen Semiramis wiederpiegelt. Athalina II war vorurteilsfrei, sozusagen eine demokratisch veranlagte Natur. Wenigstens in dem Punkt, auf den es hier hauptsächlich ankommt, in der Liebe. Das waren noch glückliche Zeiten Anno dazumal! Da gab es keine Kronprinzessin von Sachsen, die amtlich hochgeehrt wurde, weil sie nach ihrem Geiste sich den Herzensfreund erwählte. Die russische Kaiserin gab in eigener Person das Beispiel, wie man die Männer des Volkes zur Höhe emporziehen soll, und so sehen wir die erlauchte Dame dens im ersten Akt des Dramas mit Eifer ihren Herrscherpflichten genügen. Sie macht auf einer Reise Raft in einem der berühmten Potemkinschen Dörfer, die in der Manege viel schöner noch als der Minister es vermochte, hergerichtet sind. Dort erblickt sie den Bauer Paulow, der gerade im Begriff ist, zwei Lebensaufgaben zu erfüllen. Er will nämlich Hochzeit machen und die russische Regierung stützen. Das erlere mit seiner Braut, das letztere mit seinen Mitverschworenen, die selbstverständlich zur Hochzeit geladen sind. Diesen Mann sehen und lieben, ist für Athalina Sache eines Augenblicks. Paulow weiß sich wunderbar leicht in die aristokratischen Sitten zu fügen; er verläßt spornstreichs sein junges Weib und stellt sich der russischen Kaiserin zu Diensten. Aber mit der aristokratischen Vornehmheit hat auch die aristokratische Reichsfeindschaft in seinem Herzen Platz gegriffen; er war so unvorsichtig, seinen Verschwörungsplan mit an den Hof zu bringen, und nun entsetzt sein Nebenbuhler Delow die Vernehmung. Die Folge für Paulow ist Sibirien, wo er auch seine junge Gattin findet, die wegen eines in der Eifersucht auf die Kaiserin verübten Attentats schon vorher dorthin verbannt worden ist. So jäh ist für uns Menschen der Wechsel irdischen Glücks! Aber die Strafe fällt bei Paulow auch nur für seinen Väterlichen. Viel Ungemach ist noch zu bestehen, aber schließlich begnadigt Athalina das hochverrätherische Paar und ladet es zu sich in den Saal auf der Reba erbauten Eispalast, wo ein wunderherrliches Fest gefeiert wird. Das ist der Inhalt des neuesten historischen Dramas aus dem Zirkus Busch, Wärenjaden, Voudoirjaden, glänzende Feste und eine in tausend bunten Lichtern erstrahlende Schlusshypothese bilden die äußere Gewandlung des mit ungläublicher Pracht hergerichteten Schauspiel. Es ist kein Kunststück, einem so blendenden Werk einen Riesenerfolg zu prophezeien.

Ein Freilichtkonzert für Schüler der Charlottenburger Gemeindeschulen veranstaltet am diesem Sonntagabend sowie am Sonntagabend der nächsten Woche nachmittags 5 Uhr Herr Gutschmutter, der Leiter des Schwanderischen Konservatoriums, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule am Savignyplatz. Es wirken mit an diesem vom Charlottenburger Magistrat unterstützten Unternehmen: Frls. Hedwig Kaufmann (Gesang), Jeanne Robert (Klavier), Herren: Otto Gutschmutter, Theodor Prüsse (Klavier) und der Charlottenburger Lehrergesangsverein.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) geht morgen Freitag das Lustspiel „Die Tyranni der Tränen“ von E. Gaddon Chambers, deutsch von Berta Vogson, in folgender Besetzung der Hauptrollen in Szene: Clemens Forbury: Eric Fiegel, Nabel: Feida Brod, George Gunning: Rudolf Klein-Rohden, Oberst Armitage: Albert Hübener, Erica Gordon: Else Wafa. — Die Regie führt Woldegar Runge. — Im Thalia-Theater geht heute Donnerstag die Reportageposse „Der Weiberkönig“ mit der flotten Musik von Einödhofer zum 50. Male in Szene. Guido Thielicher und Lina Abaranel, Fritz Helmerding und Josefine Dora, Helene Ballot und Bert Belling, Herrm. Bartels und Kurt Olfers und 30 Red spielen nach wie vor die Hauptrollen. — Im Lelling-Theater haben die Proben zur nächsten Novität, Max Dreher's Schauspiel „Die Siebzehnjährigen“, begonnen, deren erste Aufführung für Sonntagabend, den 12. d. M., angesetzt ist. — Im Luisen-Theater geht am nächsten Freitag zum ersten Male Schillers „Don Carlos“ mit den Damen Venzendorf, Sylva, Hästel und den Herren Ruff, Böhm, Wald, Rajewski, Dehmig und Ziegel in Szene.

Aus den Nachbarorten. Aus Schöneberg. Die Einwohnerzahl unseres Ortes betrug Ende August dieses Jahres 125 706 Personen, ist somit gegen den Vormonat um 642 gestiegen, in welchem sie sogar gegen den vorhergegangenen Monat um zwölf Personen gesunken war. Anfang September 1903 war der Bevölkerungsstand 116 912 Personen. Die Zahl der Geburten im Berichtsmonat betrug 249, der Sterbefälle 113; Zugänge fanden statt 3021, denen 2695 Fortzüge gegenüberstehen. Die Fluktuation der Bevölkerung ist immerhin eine ganz bedeutende, die jedoch an den Umzugssterminen weit größer zum Ausdruck kommt (im April dieses Jahres zum Beispiel 8220 Zugänge und 6349 Fortzüge).

Auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben waren im August 1899 Personen (750 männl., 648 weibl.), davon wurden erledigt durch Zuweisung resp. Einstellung 678 Stellen (291 männl., 387 weibl.), durch Streichung 307. Angebote waren vorhanden 1433 (866 männl., 567 weibl.). Am meisten verlangt wurden Aufwärtinnen und Gefinde (347 bezw. 286), denen nur 281 bezw. 87 Gesuche gegenüberstanden.

Beim Gewerbegericht waren am Beginn des Monats August 26 Sachen anhängig, zu denen im Laufe des Berichtsmontats 49 hinzulamen, davon 47 Sachen von Arbeitern gegen Arbeitgeber und in je einem Falle von Arbeitgeber gegen Arbeiter und Arbeiter gegen Arbeiter. Erledigt wurden durch Zurücknahme zwei Sachen, durch Vergleich 32, durch rechtskräftiges Versäumnisurteil neun, anderes Endresultat zehn, auf andere Weise drei und unerledigt blieben 19 Sachen. Ob die hohe Zahl der Vergleiche im Verhältnis steht zum Interesse der meist aus Arbeitern bestehenden klagenden Partei, wollen wir hier unerörtert lassen.

Für die Armenpflege betragen im August die Aufwendungen an insgesamt 1024 Personen 14 181 M., davon an laufender Unterstützung 8180 M. und an außerordentlicher 5951 M. Gegen den Vormonat ist die Gesamtsumme nur wenig gestiegen.

Nach einer statistischen Zusammenstellung betrug im ersten Halbjahr 1904 die Anzahl der neu entstandenen Wohnungen 1380, davon 1—2zimmerige 621, 3—4zimmerige 442 und mit mehr als 5 Zimmern 317; die am meisten begehrten kleinen Wohnungen machten demnach nur 45 Proz. aus, die größeren, zum Teil sogen. herrschaftlichen Wohnungen aber 55 Proz. Die Wohnungsproduktion des letzten Halbjahres hat demnach nicht ganz ihren vorhergegangenen Standpunkt behauptet, indem in der ersten und zweiten Hälfte 1903 die Produktion 1504 bezw. 1492 Wohnungen betrug. Die meisten kleinen, d. h. 1—2zimmerigen Wohnungen (293) entstanden im 9. Stadtbezirk (Seebau, Theresien-, Götter-, Zörgauerstraße), die wenigsten im 1., 6., 7. und 10. Stadtbezirk (9). An größeren Wohnungen mit 5 oder mehr Zimmern erstand die meisten in den nördlichen Bezirken des sogenannten Berliner Ostteils.

Rosenthal gegen Panlow. Die Gemeinde Rosenthal forderte für die Anlegung zweier Wege zur Durchlegung des Druckrohrs der Gemeinde Panlow die hohe Summe von 50 000 M. Die Forderung wurde nach und nach bis auf 10 000 M. herabgesetzt, doch auch diese Summe erschien der Gemeinde Panlow zu hoch, und sie will nunmehr das Enteignungsverfahren einleiten. Der Landrat v. Tressow versucht nunmehr als Schiedsrichter aufzutreten, um eine Einigung zustande zu bringen. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß Rosenthal bei der Enteignung nicht annähernd seine Forderung bewilligt erhält; im Interesse beider Gemeinden läge es aber, friedlich auseinander zu kommen. Es soll nunmehr der Gemeinde Rosenthal nochmals eine einmalige Abfindung von 2000 M. angeboten werden, das bedeutet als Entschädigung für die Einlegung eines Rohres in zwei weitenliegende Wege die Summe von 125 M. für jeden Quadratmeter. Wird dieser Vorschlag nicht angenommen, so soll das Enteignungsverfahren seinen Gang gehen. Im übrigen erscheint es wirklich an der Zeit, daß Vorkehrungen getroffen werden, um Einrichtungen, welche im Interesse der Wohlfahrt ganzer Ortsschaften liegen, nicht durch derartige Schachzüge aufgehalten oder gar verhindert werden.

Die Baumgartenbrücke, welche bei Alt-Gelbow über die Havel führt und die einzige ist, die den Verkehr auf der Berlin-Potsdamer-Brandenburger Chaussee vermittelt, wird im kommenden Frühjahr durch einen Neubau ersetzt. Die Brücke ist eine hölzerne mit Zugflappen und wurde 1874 erbaut. Sie genügt schon lange dem Verkehr nicht mehr und ist mit der Zeit so baufällig geworden, daß sie fortgesetzt größere Erneuerungsarbeiten verursacht. Man wird eine Brücke unterhalb der jetzigen aus Eisen errichten. Die Vermessungen haben bereits stattgefunden.

Lichtenberg. Abermals haben wir einen sozialdemokratischen Gemeindevorordneten durch den Tod verloren, nämlich den früheren Tischler und späteren Gastwirt Hermann Jipster, der in der Nacht zum 1. November im Krankenhaus an Friedriehsberg an einer Lungenentzündung verstorben ist. Mit ihm ist am Ort in kurzer Zeit der dritte sozialdemokratische Gemeindevorordnete gestorben. Wenn Jipster auch nach außen hin nicht sonderlich hervorgetreten ist, so sichert ihm doch sein thätiger Charakter und die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten ein ehrendes Andenken unter den Parteigenossen. Freitag nachmittags 4 Uhr werden die Genossen ihren verstorbenen Freund vom Trauerhause, Frankfurter Allee 181, aus nach dem Gemeinde-Friedhofe am Krugstege zu Grabe geleiten.

Die Besuche der Vollblüherin in Schöneberg, über deren Schließung wir vor etwa vier Monaten berichteten, ist jetzt wieder in beachtlicher Weise der öffentlichen Benutzung übergeben worden. Die vollständige Fertigstellung der gesamten Anlage dürfte indes nicht vor Neujahr zu erwarten sein, da eine Neuaufstellung des Katalogs sich als Notwendigkeit ergeben hat.

Ein herrenloses Pferd hat sich bei einem Gastwirt in Haselhorst angefangen. Es ist ein edler schwarzer Wallach, der bei seinem Eintreffen gefaltet und gezäumt war. Wahrscheinlich hat er seinen Reiter abgeworfen.

Briefkasten der Redaktion.

Bringmann, Theodor. Bitte, teilen Sie umgehend dem Sekretariat des „W.“ Ihre Adresse mit. — Ruffischer Genosse. 1. u. 2. Seiten Sie sich mit der Buchhandlung Vorwärts vertrauensvoll in Verbindung. — Frieda 26. 1. Nicht a—i, sondern a. 2. Deutsche Aussprache wie al, französisch a und i hier getrennt, das „b“ am Schluss fällt weg. 3. Fragen Sie bei der Verwaltung der Berliner Universitäts nach. — Strogl. Noli me tangere. Wörtlich: Wolle nicht mich berühren. — Kuti. „Voll lösen Weiss“. Apokalypse 2, 13.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größtens: 7 Uhr.

H. S. Wenn kann in jeder Umkleekabine nach Deutschland eingeführt werden; der Zoll richtet sich teilweise nach der Art der Umkleekabine. — G. S. Gesinde, welches ohne geschlichen Grund und ohne Einholung der Räumungsbefreiung den Dienst verläßt, ist auf Antrag der Herrschaft strafbar und kann auf Antrag zur Herrschaft zurückgeführt werden. Reicht es das zweite Mal aus, so macht es sich zwar wiederum strafbar, kann aber nach der aus dem Oberverwaltungsgericht gebührenden Ansicht nicht wieder zurückgeführt werden, oder kann mit Erfolg gegen die Rückführung klagen. Die Herausgabe der Papiere, insbesondere der Leistungsbefreiung, kann es bei der Herausgabe beantragen. Trägt die Herrschaft auf Verstrafung an, oder meldet sie sonst den Vorfall der Polizei, so ist eine ausdrückliche Abmeldung nicht erforderlich. — R. Cappel. Soweit die Rechtslage zu ersehen ist (siehe unten), welche Art Beamter der Mann war und wie die auf Dienstentlassung lautende Entscheidung lautet) steht dem Mann eine Pension nicht zu. — M. S. 33. Unbeglücktes Brieföffnen ist auf Antrag strafbar. Auch die Festung der Briefe des anderen Ehegatten kann eine Unbefugte sein. — G. W. Reiden Sie das Aufgebot in der Gemeinde an, wo Sie Ihren Wohnsitz haben. Mitzubringen haben Sie Ihre Militärpapiere und Ihre und Ihrer volljährigen Braut Geburtsurkunden. Ihre Braut brauchen Sie nicht mitzubringen. Will Ihre Braut das Aufgebot anmelden, so muß sie es in ihrem Wohnsitz tun, Sie sind dabei nicht sonntags. Das Aufgebot erfolgt dann in den mehreren in Betracht kommenden Gemeinden. Sonntags erhältlich, kommt hierbei Berlin überhaupt nicht in Betracht, da Sie beide an anderen Orten wohnen. — E. W. S. Soweit ersichtlich, ist der Ehe

im Unrecht. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Darlegung, in welcher Art Geschäft (Kaufmann?) Sie tätig sind und für welche Tage der Schluss um 6 Uhr sein soll. — **A. P. 3.** Sie irren. — **W. St.** Gemüth haben Sie und Ihr Kind mit Recht das Gefühl gehabt, daß Ihnen unrecht geschah, als Sie polizeilich weitergewiesen wurden, als Sie Ihrem Kinde Belehrung auf seine Fragen über Schloß und Verfassung gaben, während Sie sich auf einem sonst menschenleeren Inselperon des Schloßplatzes befanden. Inbes berechtigt die Straken-Polizeierordnung den Polizeibürger zu solcher Aufforderung im Interesse des Verkehrs. Eine Beschwerde wäre nutzlose Zeitverschwendung. Vielleicht können Sie den Vorfall zu einer Belehrung Ihres Kindes darüber benutzen, daß wer die Nacht hat das Recht hat und daß also wer Recht haben will, die Nacht sich verschaffen muß. — **W. W. 100.** 1. und 2. Ja. 3. und 4. Nein.

Groß-Viehfelder. Sie können nur gegen den Winkelfonduenten auf Herausgabe und Schadenersatz klagen, dem Sie Vollmacht erteilt haben. Dadurch, daß mehrere Winkelfonduenten sich als Vereinigung Rechtshilfe, von Rechtsfreunden u. dergl. bezeichnen, folgt noch nicht die Haftung der Gesamtheit. Wenn etwa Unterabteilung oder Teilnahme an einer solchen vorliegt, so können Sie die Sache der Staatsanwaltschaft unterbreiten. Aus dem Vorfall sollten Sie die Lehre ziehen, sich vor dem Winkelfonduenten insbesondere dann zu hüten, wenn diese Leute sich selbst öffentlich als tüchtig, zuverlässig u. dergl. anpreisen. — **C. Z. 30.** Für Handlungsgeschäften, die nur zu vorübergehender Ausschüsse angenommen sind, trifft die Vorschrift, daß die Winkelfonduentenfrist einen Monat zu betragen hat, nicht zu, es sei denn, daß das Ausschußverhältnis länger als drei Monate dauert. Es kann also jegliche, auch längliche Kündigungsfrist vereinbart werden. Ist weder schriftlich noch mündlich eine Kündigungsfrist vereinbart, so gilt die sechsmonatliche zum Quartalszeiten. — **S. G. 10.**

Im Namen. In jedem Strafprozeß können die dem Freigesprochenen erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden. Zu diesen Auslagen gehören die Reisekosten und Vereidigungsanwaltschaft. Außerdem kann das freisprechende Urteil dem Einzelnen die dem Beschuldigten erwachsenen Auslagen auferlegen, wenn es nach Anhörung des Angeklagten zu der Überzeugung gelangt, daß die Angeklagte auf großer Fahrlässigkeit beruht. Von beiden Befugnissen wird, insbesondere von der letzten Beamten gegenüber, außerordentlich selten Gebrauch gemacht. Ist in Ihrem Falle die Verurteilung nicht verhandelt, so können Sie diesen Weg zu betreten versuchen. Der Kompetenzkonflikt kann bei diesem Verfahren nicht erhoben werden. Neben und außer diesem strafprozessualen Wege steht Ihnen der Weg des zivilrechtlichen Schadenersatzprozesses nach dem Gesetz gegen den Beamten offen, der für lässliche Taten gegenüber der ihm obliegenden Amtspflicht beruht. Hier kann Ihnen aber der Kompetenzkonfliktshof in den Arm fallen. Zuständig für die Klage ist das Landgericht. Ohne Einvernehmen mit Ihrer Gewerkschaft den Klagen zu beschreiben, ist nicht ratsam. — **L. P.** Leider ja. Der Ehemann ist in allen Fällen zur Beschaffung des Unterhalts für seine Frau verpflichtet, in denen die Frau mit seiner Einwilligung getrennt von ihm lebt. Anders liegt es, wenn die Frau sich vom Manne ohne dessen Zustimmung oder Genehmigung getrennt hält. In Ihrem Falle hat der Ehemann einen völlig falschen Weg eingeschlagen. Das Verfügungsrecht über die Wohnung steht ihm zu. Durch Verlassen der Wohnung hat er sich lediglich in Nachteil gesetzt. Er kann auf Vermittlung der erwachsenen Mütter Kinder erster Ehe klagen. — **Spezialrichter.** 1. Nicht die Polizei, sondern das Gewerbeamt ist zuständig für zivilrechtliche Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis. Stellen Sie eine Klage an und erwirken Sie eine schleunige einstweilige Verfügung beim Gewerbeamt. 2. Ja. — **W. W. 100.** Ja. — **Beitrag.** Wird die Entscheidung bei der Gewerbeamtdeputation verzögert, so beschweren Sie sich beim Oberbürgermeister. Im übrigen läßt sich aus Ihrer Schilderung nicht entnehmen, ob und welche Rechte Ihnen gegen die Kasse zustehen, da uns weder das Statut zur Verfügung steht, noch der Sachverhalt aus Ihrer Schilderung erhellt. — **W. W. 100.** Wegen Steuerrecht kann wie wegen jeder vollstreckbaren Forderung Offenbarungseidesleistung begehrt werden. Von dieser Befugnis wird in der Regel nur in Fällen Gebrauch gemacht, in denen Anlaß zu der Vermutung vorliegt, daß der Schuldner Vermögens verheimlicht. Die Offenbarungseidesleistung besteht in der eideschwörenden Erklärung des Vermögensstandes. Öffentlicher Reueid aus Offenbarungseidesklagen ist mit Haftstrafe bedroht. — **P. 10.** In der Regel: Nein. Ob ein Gegenstand unentbehrlich und deshalb unpfeindbar ist, hängt in erster Linie von dem billigen Ermessen des Gerichtsvollziehers und im Beschwerdewege des Gerichts davon ab, ob unter den Umständen des speziellen Falles (Gewerbe, Familienanzahl usw.) der Gegenstand unentbehrlich ist. Allgemeine Vorschriften für bestimmte Arten von Gegenständen gibt das Gesetz nicht und kann es nicht geben. — **Oskar W., Regel.** Vor dem Vertritt zu Schwindschulden haben wir stets gewarnt. Ob auch vor der von Ihnen angegebenen Kasse die Warnungstafel unter Namensnennung aufgestellt ist, ist uns nicht erinnerlich. Wollen Sie wissen, ob sie die Warnungstafel verdient, so schicken Sie die Statuten ein. — **W. St. 1.** Die unentbehrlichen, jeder Pfändung entzogenen Gegenstände unterliegen auch dem Pfändungsrecht des Vermieters nicht. 2. Leider nein. — **W. St.** Nein. Rückzahlung

der Beiträge erfolgt nicht, da der Verfallene schon Invalidentrente hatte. — **A. P. 58.** Ihnen steht ein Anspruch auf Rückzahlung nicht zu. Wenn Sie durch eine Annonce des „Koch-Anzeigers“ oder der „Kochpost“ verlockt sind, um ein Darlehen zu bitten, dann auf Erfordern des Geldmenschen 4 W. zwecks Beschaffung einer Auskunft über Ihre Person, Verhältnisse usw. gezahlt haben, so haben Sie eine recht hohe Steuer für Mangel an Umsicht bezahlt. Derartige Steuern sind aber nur dann rückzahlbar, wenn Sie beweisen könnten, daß der Annoncen von vornherein nicht die Absicht hatte, Darlehen zu geben, sondern durch Annahme der Geschäftsbücherei sich Vorteile zu verschaffen. Diesen Nachweis können schwerlich Sie, vielleicht die Polizei liefern, wenn diese den Annoncen ein Behnheit der Ausmerksamkeit zuwenden würde, die Sie Leute für andere Dinge verwendet. Trüben Sie sich übrigens, daß Sie ein Darlehen nicht erhalten haben. Dätten Sie auf diesem Wege ein Darlehen erhalten, so würde Ihnen in sehr kurzer Zeit die Krawatte so fest gefressen haben, daß Sie auch das Wenige was Sie noch besitzen verlieren und nur eine neue Schuldenlast gewonnen hätten. — **W. St. 101.** Wir kommen dem Wünsche bald nach. — **999.** Kleine, höchstens aus zwei Zimmern bestehende Wohnungen sind, wie zutreffend angegeben ist, „an demselben Tage“ zu räumen. Da der Tag nicht um 12 Uhr mittags endet, so ist die Wohnung bis zu einer den Verkehrsverhältnissen entsprechenden Zeit, also etwa 8 Uhr abends, zu räumen. — **P. 27.** 1. Nein. 2. Ja nichts anderes vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist für Handlungsgeschäften ohne Unterchied des Geschlechtes sechs Wochen zum Quartalszeiten. — **A. W. 100.** **W. W. 100.** Starke Bruchanlage. — **J. W. 107.** § 616 B. G. B. ist maßgebend. Danach wird der Arbeiter des Lohnanspruchs nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch Krankheit oder einen anderen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Arbeitsleistung verhindert ist. — **100 2. Ja.** — **C. G. 2.** **W. St. 107.** in B. Ist die Arbeit abgebrochen, so hat nach zutreffender Ansicht der Arbeitgeber Lohn für die Kündigungsfrist zu zahlen. Eingehendere Darlegung des Rechtsstandes und der Rechtsprechung finden Sie S. 104 und 102 der 4. Auflage des „Arbeiterrechts“. — **100 Gericht.** Sie sind voller Mitleid Ihrer Mutter. Da aber das während der Ehe erworbene Ihrem Stiefvater gehört und Ihre Mutter nichts befehlen, also auch nichts hinterlassen hat, so wäre, soweit erheblich, eine Klage nutzlos. — **A. W. 10.** Heimarbeit, die ohne Gehälter und nur für einen Arbeitgeber tätig sind, sind nach ständiger Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts und der obersten Verwaltungsgerichte kassenpflichtig. Ob diese Voraussetzungen auf Sie zutreffen, ergibt Ihre Frage nicht. Sind die Voraussetzungen nicht zutreffend, dann geben Sie Art und Umfang der Arbeit und die Entgeltshöhe an, teilen auch mit wie alt Sie sind, damit Ihnen Auskunft erteilt werden kann, ob Sie versicherungsberechtigt sind. — **A. W. 10.** Fremde und Kellende, welche sich nur vorübergehend aufhalten und ihren Hund von außerhalb mitbringen, sind hundesteuerfrei, wenn ihr Aufenthalt vier Wochen nicht übersteigt. Kassenpflichtig sind Besuchende in demselben Umfang wie anständige. — **J. St., Neu-Westfalen.** 1. Mittel gegen vermeintliche Krankheiten ohne ärztliche Untersuchung zu verschreiben, ist gewisslos. Wir lehnen grundsätzlich jede derartige Kurpfuscherei ab. 2. Innerhalb zwei Jahren können Sie nachstehen erwirken. Den Antrag haben Sie an den Landrat zu richten. 3. Werden Sie sich an den Vorstand Ihrer Krankenkasse. — **D. W. 21.** 1-4. Ja. 5. Bis die Kinder sich selbst zu ernähren in der Lage sind. Zweck Freigebung beantragen Sie erst Sühnetermin beim Amtsgericht. Nach fruchtlosem Ablauf dieses Termins erwirken Sie das Armenrecht. Sie können schon vor dem oder gleichzeitig auf Gewährung hinreichenden Unterhalts klagen. — **C. P.** Leider steht dem Unfallverletzten ein Anspruch auf Aufnahme in ein Krankenhaus nicht zu, vielmehr hat nur die Berufsgenossenschaft das Recht, an Stelle anderer Leistungen die Aufnahme usw. zu bewirken. Ihr Unfel kann aber ärztliche Hilfe von der Berufsgenossenschaft verlangen. — **W. St. 77.** Im Falle einer Klage würden Sie beurteilt werden, weil Sie nach Ihrer Darstellung kein Recht für eine Nichtannahme der von Ihnen bestellten Waren gehabt haben. — **W. St.** Sie würden, falls Sie die von Ihnen geschulderte Sachlage darlegen, mit einer Klage durchbringen. Die Kosten, auch die von Ihnen hernach erhobenen, fallen dem Schuldner zur Last. — **Jokant.** Schwärzwälder Uhren (Uhren mit hölzernem Gestell) sind nach dem österreichischen Tarif und Handelsvertrag, falls Sie nicht unter höher belegte Kategorien fallen, mit 40 Gulden Zoll für 100 Kilogramm belegt. — **W. St. 100.** 1. Der Arzt hat die Ihrem Zustande entsprechende Beschleunigung auszustellen. Hat er Ihrer Ansicht nach eine Ihnen unangenehme falsche Ansicht in das Aktiest geschrieben, so können Sie bei der Gewerbeamtdeputation trotz des Aktiestes auf Krankenunterstützung gegen die Kasse klagen, haben aber den Beweis für Ihre Behauptungen zu führen. 2. Das ist nicht möglich. — **A. P. 3.** Sie irren. — **A. 96.** 1. und 2. Gläubiger des Mannes können aus Gegenstände, die den Familienangehörigen gehören und sich im Gewahrsam des Mannes befinden, pfänden lassen, müssen aber auf Intervention der Eigentümer hin die Sachen freigeben. Ist der Vermögenserwerb seitens der Frau oder

Kinder erfolgt, um Gläubiger des Mannes zu beschuldigen, so ist der Vertrag, durch den das Eigentum übertragen wurde, anfechtbar und unwirksam. Es kann auch Strafbarkeit der Vertragschließenden vorliegen. Unrechtlch ist für die Wirkung die Form des Vertrages. Es empfiehlt sich für ernst gemeinte, nicht in der Absicht einer Gläubigerbenachteiligung zu stehenden Verträge die gerichtliche oder notarielle Form. 3. Das Vormundschaftsgericht kann jederzeit Bericht und Rechnungslegung verlangen. Es ist, falls keine andere Anordnung getroffen ist, jährlich Bericht zu erstatten. — **Streit.** Ihrer Verpflichtungspflicht als Oesterreicher können Sie nicht in Deutschland genügen. Werden Sie sich an die österreichische Botschaft wegen Aufstuf und um Auskunft. — **W. W. 100.** Ist der Antrag nicht passend, so hätte eine Klage von Ihrer Seite Aussicht auf Erfolg. Paßt aber der Antrag, so würden Sie voraussichtlich abgewiesen werden, weil es als schändlich erachtet würde, daß Sie aus der Verpötung um eine Nacht Rechte herleiten. — **C. Z. 20.** Die Mutter hätte Anspruch auf den Pfändel, das ist in Ihrem Falle auf ein Viertel des Nachlasses des Mannes nach Abzug des Haushaltsinventars. — **A. 2. Ja.** 3. A. Sollen Sie Hebamme werden, so richten Sie zunächst ein dahingehendes Gesuch an das Polizeipräsidium. Von dort erhalten Sie Nachricht, wann und mit welchen Papieren Sie sich beim Stadtpflicht einzufinden haben. Dort erfolgt eine Vorprüfung (im Schreiben, Lesen, Rechnen, Sehen, Hören). Mit dem Zeugnis der bestandenen Prüfung wenden Sie sich dann an das Polizeipräsidium und beantragen Zulassung zum Lehrkurs. Der Lehrkurs (Charakter) dauert etwa 300 W. Kosten und dauert etwa sechs Monate. Wer über 30 Jahre alt ist, kann als Hebamme nicht zugelassen werden. Da ein großer Aufwand besteht und die Zulassungen der Reihe nach erfolgen, so kann eine Hebamme eher älter als 26 Jahre alten Hebammenbewerberinnen selten auf Erfolg rechnen. — **Th. R. 500.** Wenn Ihr Vertrag nicht das Gegenteil vorsieht, ist der Miet, nicht der Mieter, zur Bezahlung der Wasserregulatoratur verpflichtet. — **Mag. G.** Werden Sie Ihre Forderung als bevorzugte zum Konkurs an. Wird dann von den Gläubigern und dem Konkursverwalter Ihre Forderung nicht anerkannt, so gilt Ihre Forderung als bevorzugt. Danach folgt aber noch keineswegs, daß Sie vollbezahlt werden. Wird dies Vorrecht nicht anerkannt, so können Sie auf Anerkennung klagen. Inbes dürfte Ihr Anspruch auf Vorrecht sehr zweifelhaft sein, da Sie, so weit Ihre Schilderung erkennen läßt, als selbständiger Unternehmer, nicht als Arbeiter dem Fabrikanten gegenüber zu stehen scheinen. Darauf deutet von anderem abgesehen, der Umstand hin, daß Sie Ihre Forderung bis zu 1500 W. haben anwachsen lassen.

Marktpreise von Berlin am 1. November. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Bentner: Weizen**), gute Sorte 17,55-17,53 W., mittel 17,51-17,49 W., geringe 17,47-17,45 W., Roggen**), gute Sorte 13,80-13,79 W., mittel 13,78-13,77 W., geringe 13,76-13,75 W., Futtergerste**), gute Sorte 15,70-14,50 W., mittel 14,40 bis 13,20 W., geringe 13,20-12,10 W., Hafer**), gute Sorte 16,40-15,50 W., mittel 15,40-14,60 W., geringe 14,50-13,70 W., Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 W., Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 W., Linsen 60,00-30,00 W., Kartoffeln 9,00-7,00 W., Rübstrich 5,00-4,22 W., Heu 9,20-7,00 W., für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 W., Eier per Schock 4,50-3,00 W. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 1. November. Elbe bei Kuffig - 1,10 Meter, bei Dresden - 1,51 Meter, bei Magdeburg + 0,51 Meter. — Unstrut bei Strausfurt + 0,80 Meter. — Oder bei Rathor - 1 Meter, bei Dresden Ober-Bogel + 5,28 Meter, bei Dresden Unter-Bogel + 0,96 Meter, bei Frankfurt - 1 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,74 Meter. — Warthe bei Posen + 0,12 Meter. Rabe bei Ulf - 1 Meter.

Witterungsübericht vom 2. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C	
Swinemünde	770	SW	1	Dunst	6	Laparanda	758	SW	2	halb bed.
Hamburg	772	SW	2	bedeckt	5	Betersburg	759	SW	1	bedeckt
Berlin	771	SW	1	bedeckt	4	Goet	-	-	-	-
Kranz a. M.	772	W	3	bedeckt	6	Werdeen	773	SW	2	bedeckt
München	770	SW	1	Regen	5	Paris	772	NO	3	bedeckt
Wien	770	SW	1	Regel	6					

Wetterprognose für Donnerstag, den 3. November 1904.
Etwas wärmer, zeitweise auflockernd, vielfach neblig bei schwachen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

A. JANDORF & CO

SPITTELMARKT 16/17 BELLE ALLIANCE-STR. 1/2 GROSSE FRANKFURTER-STR. 113 BRUNNEN-STR. 19/21
Ecke Leipziger Strasse Am Büchlerplatz Ecke Andross-Strasse Ecke Veteranen-Strasse

Donnerstag, Freitag, Sonnabend soweit der Vorrat reicht

PELZWAREN



- Kanin-Collier mit 4 Schwelven, ca. 190 cm lang 3²⁵ M.
- Seal-Kanin-Collier mit 4 Schwelven ca. 190 cm lang 4⁷⁵ M.
- Seal-Kanin-Stola mit 4 Schwelven ca. 200 cm lang 7⁵⁰ 8⁷⁵ M.
- Thibet-Stola schwarz oder weiss mit 4 Schwelven ca. 225 cm lang, breite Façon, 14⁷⁵ M.
- Nerzmurmel-Stola mit 4 Schwelven ca. 190 cm lang 6⁵⁰ M.
- Nerzmurmel-Stola mit 4 Schwelven ca. 190 cm lang 9⁵⁰ M.

- Seal-Kanin-Muffen 1⁹⁵ 2⁷⁵ M.
- Nerzmurmel-Muffen 3²⁵ 4²⁵ M.
- Nutria-Muffen 3⁶⁵ 4⁷⁵ M.
- Kinder-Garnituren
- weiss Lammfell, Muff und Kragen 2⁴⁰ 3⁷⁵ M.
- weiss Thibetine, Muff und Kragen 5⁵⁰ M.

- Golf-Câpes neueste Façons 5⁷⁵ 7⁷⁵ 9⁵⁰ 11⁵⁰ M.
- Damen-Paletots schwarz, neueste Geisha- od. Reversa-Façons, gute Verarbeit. 8⁷⁵ 11⁵⁰ 14⁵⁰ M.
- Costüm-Röcke fussfrei, graue moderne Stoffe 3⁴⁵ 4⁷⁵ 6⁵⁰ M.
- Blusen „Velour-Barehend“ neueste Façons u. Stoffe regulärer Wert bis 3⁵⁰ 2³⁵ M.
- Blusen „Reine Wolle“, moderne Schotten, elegante Verarbeit., regul. Wert bis 9⁵⁰ 5⁹⁵ M.



Kennen Sie unser Patent-System?
Verantw. Redakteur: Paul Dittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wieder ein „kleines“ Blutbad.

Warschau, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Der Nordbefehl des Generalgouverneurs Czertkow, über den wir feinerzeit berichteten (s. den „Vorw.“ Nr. 210) hat bereits verhängnisvolle Folgen gezeitigt. Was dem einen recht, ist dem andern billig. Der Mas, bei Zusammenstößen mit Arbeitern von der Schießwaffe Gebrauch zu machen, war zwar an die Truppen des Warschauer Militärbezirks gerichtet, die Polizei beeilte sich aber ihrerseits zuerst der freundschaftlichen Einladung ihres Höchstkommandierenden Folge zu leisten. Das offizielle Warschauer Regierungsorgan, der „Warszawski Dziennik“, meldet eben in seiner Nummer vom gestrigen Tage:

„Am Sonntag, den 28. Oktober, nach 5 Uhr nachmittags hat sich eine außerhalb der Stadtgrenze, bei dem Woiwoden Kirchhofe, versammelte Menge nach der Stadt in Bewegung gesetzt, wobei sie Ordnungstörungen hervorrief und Flugblätter verteilte. Am Woiwoden Kirchhof wurde die Menge von einer Polizei-Abteilung angehalten, die, mit Steinen überschüttet, gezwungen war, von der Schießwaffe Gebrauch zu machen; darauf hat sich die Menge zerstreut, einige von ihren Anführern sind ergriffen worden.

„Während des Zusammenstoßes mit der Menge sind verwundet worden: der Kommissär des 7. Reviers Kollegienassessor Fuchs und der Unterkommissär Hauptmann Kifizow; gestört durch einen Steinwurf ist der älteste Polizeiwachmeister Lewandowski.“ Folgt die Dienstliste des letzteren, aus der hervorgeht, daß der Verstorbene römisch-katholisch, also Pole war, sich stets gut aufgeführt hatte und eine Witwe hinterläßt.

Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß das offizielle Elabrat, das erst nach vier Tagen, als das Vorkommnis im Volksmunde bereits übertriebene Dimensionen angenommen hatte, erscheint, in seiner erlogenen Darstellungweise den Sachverhalt auf den Kopf stellt. Es beschweigt geflissentlich, daß die Menge in friedlicher Weise demonstrierte und daß sie sich zur Wehr setzte, erst nachdem sie sich von der Polizei aufs ärgste bedrängt und geradezu in den Zustand der Notwehr versetzt sah, und es beschweigt ferner, indem es nur die Opfer auf Seiten der Polizei aufzählt, daß zahlreiche Personen aus der Menge von den Ordnungsbahnen durch Schüsse schwer verletzt worden sind.

Der wirkliche Tatbestand ist folgender. Aus Anlaß der in die zweite Hälfte des Oktober fallenden Rekrutenausscheidung ließ das Warschauer Komitee der Sozialdemokratie Russisch-Polen ein Flugblatt „An die Rekruten“ in 6000 Exemplaren in den Fabriken und in der Stadt verbreiten und eine Versammlung der Dienstpflichtigen unter freiem Himmel auf den 28. einberufen. Es fanden sich auch an dem angegebenen, etwa 20 Minuten von der Stadt entfernten Orte über 200 Rekruten ein. Nachdem sie eine Rede über den Militarismus, den Krieg und die am gleichen Tage in Russisch-Polen begonnene Mobilisation der Reservisten ruhig angehört hatten und die Versammlung zu Ende war, stellten sie sich in Reihen auf und marschierten unter Gefang von revolutionären Liedern nach der Stadt. Auf dem Wege schlossen sich zahlreiche Gruppen älterer Arbeiter, die in der Nähe warteten, dem Zuge an, und als die Menge den Stadtschlagbaum erreichte, wo die Säbel-Anstiftungskompetenz der Warschauer Polizei beginnt, zählte sie bereits weit über 1000 Köpfe. Hier wurde sie von einem überaus starken Polizei-Aufgebot empfangen. Ohne irgend eine Aufforderung an die Demonstranten zu richten, zogen sofort die Schußleute blank und hielten mit blinder Wut auf die Menge ein. Die Stimmung der Warschauer Arbeiter ist aber gegenwärtig nicht derart, daß sie sich passiv niederlassen ließen. Der Polizeikommissär, der mit dem Revolver in der Hand bis in die Mitte der Demonstranten eindrang, mußte sich bald unter tüchtigen Stoßhieben und einem Hagel von Steingewürfen schleunigst retirieren, ebenso sein Gefolge und die besonders eifrigen Polizeisoldaten. Darauf griffen sie zu den Revolvern und gaben aus nächster Nähe in einer Entfernung von wenigen Schritten auf die Menge Feuer. Der Demonstration Bemächtigte sich nunmehr eine begriffliche Erbitterung. Ein Arbeiter rang den Polizeikommissär nieder, entriß ihm seinen Revolver und verwundete ihn durch einen Schuß an der Seite. Dem Wachtmeister Lewandowski wurde von einem anderen Arbeiter ein Stilet in die Brust gestoßen, gerade als der Polizist sich anschickte, den Säbel wie eine Art mit beiden Händen schwingend, einem der Demonstranten den Schädel zu spalten. Ob Lewandowski insgedessen oder an einer Verletzung durch einen Steinwurf verstarb, wie dies die offizielle Darstellung behauptet, läßt sich natürlich nicht feststellen. Noch einige andere Polizeibeamte haben ebenfalls Spuren von Schlagringen und Steinwürfen nach Hause mitnehmen müssen. Auf Seiten der Demonstranten waren aber, wie erwähnt, bereits mehrere Personen verwundet gewesen. Den meisten von ihnen gelang es, sich in Sicherheit zu bringen, sechs schwerer Verwundete fielen jedoch in die Hände der Polizei, und dies machte ihre ganze Kriegsbeute in der glorreichen Schlacht aus. Die Verhafteten gehören übrigens nicht zu den „Anführern“. Es sind entweder unbeteiligte Passanten, oder Leute, die sich bloß aus Neugierde den Demonstranten angeschlossen haben; soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist kein Mitglied der sozialdemokratischen Organisation festgenommen worden — trotz der entgegengesetzten Behauptung des Regierungsorgans.

Der Vorkall hat inzwischen den achtzigjährigen Czertkow von einem neuen Mas entbunden. Die heilige Hermandad beflagte sich offenbar bei ihm über die Wichtigkeit der erhaltenen Prügel, und nun verbietet der Satrap in seinem offiziellen Platte einem Teile seiner Untertanen, nämlich den Einwohnern der Städte: Warschau, Lodz, Czernichow und Tomaszow und der Bezirke von Warschau und Bendzin, wo die Arbeiterbewegung bekanntlich am stärksten ist, angesichts der häufigen „Ausläufe“ auf öffentlichen Straßen und Plätzen, das Führen von Schlagringen, von Stöcken mit schweren Handgriffen oder mit verborgenen Stiletts und dergleichen — und sprach unter Androhung einer Strafe von 500 Rubel oder von drei Monaten Haft, welche Strafe die Uebertreter auf administrative Wege treffen wird. Im ersten Mas an die Truppen hieß es: Schießt die Arbeiter nieder! Der zweite — an die Arbeiter — lautet: Laßt Euch widerstandslos niederknallen, damit ja meine tapferen Soldaten und Polizisten kein blaues Auge davontagen! Daß die sozialdemokratischen Arbeiter in dieser bellakten Angelegenheit etwas abweichender Meinung sind, verheißt sich am Rande, und es wird ihnen hoffentlich auch schließlich doch gelingen, in den militärischen Hohlköpfe der eingetrunkenen Kamie etwas mehr Verständnis für die soziale Frage hineinzupaulen.

Soziales.

Nach agrarischen Rezepten.

Die Junker des preussischen Landtages sind eifrig beschäftigt, die Annale, die die preussische Regierung baut — vorläufig aller-

dings nur mit Worten — wieder zuzuschütten — mit Parlementsdruckpapier. Nach diesem Rezept, aber in handgreiflicher Wirklichkeit, hat die westfälische Provinzialverwaltung in einem Konflikt mit der Stadt Hörde gearbeitet. Die beiden Verwaltungen streiten sich über das Weidrecht der im Gebiete der Stadt Hörde gelegenen Gassen. Während dieses Streites hat die Stadtverwaltung die Fußwege dieser Gassen instand setzen und befestigen lassen. Nachdem dies geschehen war, schickte die Provinzialverwaltung eine Arbeiterkolonne aus und ließ die von der Stadt ausgeführten Arbeiten wieder zerstören.

Provinzialstraßen dürfen nicht in verkehrsfähigerem Zustande sein. Die erste Seite dieses Vorkommnisses ist, daß die Steuerzahler die Kosten der Karotte der Provinzialverwaltung zu tragen haben.

Die Kerkstammer Brandenburg-Berlin muß jetzt eingestehen, daß ihre Aktion mit dem Ehren-Reverend ins Wasser gefallen ist. Zu Anfang dieses Jahres hatte bekanntlich die Kerkstammer beschlossen, ein Schuh- und Trugbündnis der Kerkte des Kammerbezirks herbeizuführen zu dem Zwecke, bei den Kassen ganz allgemein allmählich die freie Arztwahl durchzuführen. Im ganzen Kammerbezirk haben daraufhin 49,8 Proz. der Kerkte den Verpflichtungsschein unterschrieben, in Berlin sogar nur 46,1 Proz. Da der Schein aber erst dann Gültigkeit haben sollte, wenn 90 Proz. der Kerkte sich auf ihn verpflichteten, war die ganze Aktion mißglückt und die Kerkstammer beschloß nach langen Verhandlungen und Beratungen, den Verpflichtungsschein allen Kerkten, die ihn unterzeichnet, zurückzugeben, aber die Vertragskommission bestehen zu lassen.

Gesundheitsschädigungen durch Bohrmaschinen in Bergwerken.

Die Maschinentechnik hat in den letzten zehn Jahren durch Verwendung der elektrischen Kraft große, für die Unternehmer sehr gewinnbringende Verdollkommnungen erfahren. Auch im Bergbau sind diese Neuerungen vielfach verwertet worden. Namentlich die amerikanischen und englischen Grubenbesitzer verwenden zum Betriebe mächtiger Bohrmaschinen, Fördermaschinen und Wasserführungen vielfach elektrische Kraft. Aber so nutzbringend diese Neuerungen für die Unternehmer sind, für die Bergleute sind sie in manchen Fällen recht verhängnisvoll geworden. Nach dem Bericht der Grubeninspektoren J. S. Halsbaue, Joseph S. Martin und A. Arthur Thomas über den Gesundheitszustand der cornwallischen Bergleute an den Staatssekretär des Home-Departements war die Sterblichkeit unter den Arbeitern in den Zinngruben in Cornwallis bei Personen im Alter von über 40 Jahren von jeher hoch gewesen. Neuerdings hat jedoch die Zahl der Todesfälle auch bei den jüngeren Arbeitern erheblich zugenommen. In den Jahren 1900 bis 1902 war die Sterblichkeit bei den Arbeitern im Alter von 25 bis 50 Jahren drei- bis viermal größer als unter der Belegschaft der englischen Kohlen- und Eisenbergwerke. Diese hohe Sterblichkeit wurde durch Lungenkrankheiten, besonders Lungenentzündung verursacht. Die Todesfälle infolge dieser Krankheit waren bei ihnen acht- bis zehnmal so häufig als in anderen Bergwerksbezirken. Hauptursache wurden die Rannschichten betreffen, die mit der Bohrmaschine gearbeitet hatten. Von 142 bei diesen Leuten beobachteten Todesfällen waren 120 durch Schwindel und 13 durch andere Krankheiten der Atmungsorgane verursacht. Die Bedeutung der Bohrmaschine hatte eine fünfzehnfach größere Sterblichkeit an Erkrankungen der Atmungsorgane und eine achtmal größere Gesamtersterblichkeit als die übrigen männlichen Arbeiter des Bergwerkes aufzuweisen. Das durchschnittliche Alter der Verstorbenen war nur 37,2 Jahre, während die nicht mit der Bohrmaschine arbeitenden Bergleute ein Durchschnittsalter von 53 Jahren erreicht hatten. Die Ursache dieses ungünstigen Gesundheitszustandes wird allgemein auf das Einatmen des Staubes, der sich beim Bohren, Sprengen und Fördern des Gesteins bildet, zurückgeführt, wenn auch in diesen Zinngruben noch andere gesundheitsschädliche Umstände mitwirken mögen, wie nach der Bemerkung im Anfang des Berichtes, daß die Sterblichkeit der über 40 Jahre alten Bergleute auf diesen Gruben von jeher hoch gewesen ist, anzunehmen ist. Um die Staubbildung, die sich bei Verwendung von Bohrmaschinen in erhöhtem Maße geltend macht, zu vermindern, hat man empfohlen, das Gestein durch Anwendung eines Wasserstrahls feucht zu erhalten, obgleich das in diesen Gruben, nicht wie in Kohlengruben, wegen Explosionsgefahr nötig wäre. Es ist zu wünschen, daß die Durchführung dieser und anderer Schutzmaßnahmen durch gesetzliche Vorschriften gesichert werde.

Die cornwallischen Bergleute haben ja nicht so sehr wie ihre deutschen Kameraden unter der Bournkrankheit, dem Typhus und dem Trachom zu leiden, aber die große Ausbreitung der Schwindelkrankheit, die durch den bei Benutzung der Bohrmaschinen entstehenden Ergaß gefordert wird, zeigt, daß in England die Bergleute wohl durch die Mitwirkung der Arbeiterkontrollen bei der Grubenaufsicht gegen Anfälle und Betriebsstörungen besser geschützt sind als in Deutschland — denn hier verunglückten von 1000 Mann Belegschaft im Jahre 1900 224 tödlich, während es in England nur 120 waren —, daß aber die englischen Bergleute gegen Gesundheitsschädigungen nicht besser geschützt sind als die deutschen. Doch ist anzunehmen, daß nach Bekanntwerden der eingangs erwähnten Ausbreitung der Schwindelkrankheit unter den Bohreern die Regierung sich bald zu Maßnahmen in bezug hierauf verstehen wird.

Eine städtische Milchsterilisierungsanstalt ist in W. Gladbach eröffnet worden. Die sterilisierte Milch wird zum Preise von 40 Pf. pro Liter an jeden Bürger abgegeben, doch sind auch Ausnahmepreise vorgeesehen. Familien, die ein Einkommen unter 2000 M. haben, erhalten nach jedem Vierteljahr die Hälfte des Preises zurückvergütet, jedoch diese also 20 Pf. zahlen. Auserwählte Arbeiterfamilien zahlen pro Liter 10 Pf. Durch diese Einrichtung hofft man eine Verminderung der Säuglingssterblichkeit unter der Arbeiterbevölkerung herbeizuführen.

Hus Industrie und Handel.

Suders-Hausse. In den letzten Tagen hat sich am Hamburger wie Rogdeburger Juckermarkt eine starke Aufwärtsbewegung der Juckerpreise vollzogen, die ungefähr 1,50 M. pro Doppelpentner Rohzucker beträgt. Noch in den ersten Tagen der vorigen Woche zeigte sich infolge starken Angebotes ein Rückgang der Preise. Vornehmlich weil ein Teil der Zuckerproduzenten versuchte, nächstjährige Ernte vorzuverkaufen. Einen Umschwung beachten zunächst größere Kaufordere aus England, welchen sich dann als weiteres Stimulierungsmittel die ungünstige Schätzung der „Internationalen Vereinigung“ zugefügte, die sofort von der Großhandelstour zur Preissteigerung ausgenutzt wurde. Wie weit die englischen Käufer zur Deckung eines tatsächlichen Bedarfs der englischen Raffinerien dienen oder es sich um bloße Spekulationskäufe aus Grund der Vermutung handelt, das demnächst die Preise weiter ansteigen werden, läßt sich schwer beurteilen. Der Gesamtstand der Märkte nach dürfte jedoch kaum das Steigen der Preise lange anhalten, zumal die deutschen Raffinerien sich gegenüber dem Angebot der Fabriken zurückhaltend zeigen. Außerdem wird aber die kubanische Rohzuckerproduktion sich voraussichtlich höher herausstellen, als sie gewöhnlich geschätzt wird.

Goldbestand. Nachdem die Monate Januar bis August eine stetige Zunahme der deutschen Goldbestände durch Zufuhren aus dem Auslande gebracht haben, hat diese Bewegung im Monat September nicht nur angehalten, sondern sich noch härter ausgeprägt, so daß das dritte Jahresviertel mit einem sehr beträchtlichen Ueberschuß der Goldzufuhr über die Goldausfuhr abschließt. Im ersten Viertel hatte der Ueberschuß der Goldzufuhr über die Ausfuhr nur 1119000 M., im zweiten Viertel 13751000 M. betragen, und im dritten Jahresviertel stieg sie auf nicht weniger als 109921000 M. Für die ersten neun Monate des laufenden Jahres ergibt sich daher nach einer

Zusammenstellung der „Königlichen Zeitung“, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum der Vorjahre, folgendes Bild:

Table with 4 columns: Year (1901, 1902, 1903, 1904) and 3 rows of gold import/export data.

Das hiernach auch der diesjährige Ueberschuß der Goldzufuhr die vorjährige Höhe noch nicht ganz erreicht, so ist er doch außerordentlich beträchtlich und namentlich ganz wesentlich höher als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1902. Für den Monat Oktober und für den laufenden Monat ist zunächst mit der Fortdauer des Ueberschusses der Goldzufuhr über die Goldausfuhr zu rechnen, so daß das Jahr 1904 mit einer ziemlich beträchtlichen Vermehrung der deutschen Goldbestände abschließen dürfte.

Fünf Millionen Mark „Nebeneinnahmen“ soll der Eisenbahnfiskus jährlich durch die übliche „Aufrundung“ des Gütergewichtes erzielen. Bei 21 Kilogramm wird nämlich die Fracht für 30 Kilogramm und bei 31 für 40 Kilogramm berechnet. Der Ueberschuß der Verkehrsinteressenten hatte nun in der letzten Sitzung der Ständigen Tarifkommission beantragt, die Gewichtsrundung in der Weise vorzunehmen, daß unter 5 Kilogramm nicht berücksichtigt und über 5 Kilogramm auf 10 Kilogramm abgerundet werden, ein Grundsat, der ja z. B. auch bei postalischen Gebührentariffen beobachtet wird. Der Berichterstatter meinte aber, bei Annahme dieses Antrages würden die deutschen Eisenbahnen einen Ausfall von zirka fünf Millionen Mark haben! Dem wurde entgegnet: Dies sei kein „Frachtausfall“, sondern die Bahnen bezögen die fünf Millionen zu Unrecht, da sich jeht Leistung und Gegenleistung nicht decken. Die jetzige Frachtberechnung entspräche nicht der Billigkeit; sie bestche schon seit dem Jahre 1875 und danach hätten die Eisenbahnen seitdem 150 Millionen Mark mehr eingenommen, als ihnen zustände. Es sei zwar nicht zu hoffen, daß dieser Betrag jemals zurückgezahlt werde, weshalb solle man den Modus aber jetzt nicht ändern können? Der Vertreter der Eisenbahndirektion legte gegen die Behauptung, daß die Bahnen aus dem Abrundungsverfahren unrechtmäßige Einnahmen bezögen, Verwahrung ein: formell sei das Verfahren durch die Bestimmungen des Tariffs gerechtfertigt, die seit Jahrzehnten beständen und eventuell sei zu betonen, daß das Abrundungsverfahren nur den Stückgut-Verkehr treffe, der „kaumlich“ nicht die Selbstkosten einbringe.“ Diesen Vortrag sei erst vor wenigen Jahren eine weitgehende Ermäßigung (Staffel-Tarif) zu teil geworden und auch sonst hätte die Stückgut-Beförderung hinsichtlich ihrer Schnelligkeit und Pünktlichkeit wesentliche Verbesserungen erfahren — weitere „Vergünstigungen“ könnten ihr jetzt nicht zugewendet werden. Der Antrag des Ausschusses wurde danach abgelehnt.

Außenhandel Russlands. Der „Wesnik Finansow“, das Blatt des russischen Finanzministeriums veröffentlicht die Außenhandelsstatistik Russlands in der ersten Hälfte des laufenden Jahres. Danach gestaltete sich die Einfuhr und Ausfuhr Russlands über die europäische Grenze in den Hauptwarengruppen während der ersten Hälfte 1904 im Vergleich zu demselben Zeitraum 1903 folgendermaßen:

Table with 5 columns: Year, Lebensmittel, Rohstoffe, Halbfabrikate, Fabrikate, Zusammen. It compares 1904 and 1903 for both import and export.

Obgleich das erste Halbjahr 1904 nur zum Teil unter der Einwirkung des ostasiatischen Krieges stand, ist diese doch deutlich zu erkennen. Die Lebensmittelausfuhr hat zugenommen, während zugleich die Ausfuhr um ca. 48 Millionen Rubel zurückging. Vor allem hat die Ausfuhr von Roggen und Hafer abgenommen, insgesamt um ungefähr 28 Millionen Rubel.

Gerichts-Zeitung.

Wie die Gerichte überlastet werden. Eine Räubergeschichte unterlag gestern der Prüfung der ersten Strafkammer des Landgerichts II. Auf der Anklagebank saßen zwei minderjährige Schulmädchen aus Königs-Wusterhausen, die sich auf die schwere Anklage der räuberischen Erpressung zu verantworten hatten. Es war an einem Wintertage als ein halbwachsendes Mädchen N. aus Kiebusch nach Königs-Wusterhausen geschickt worden war, um aus der dortigen Apotheke etwas zu kaufen und noch einige Besorgungen zu machen. Es hatte stark geschneit und der Schnee lag in dichten Massen auf der Erde. Auf dem Wege nach Wusterhausen begegneten die beiden Mädchen der N. und eröffneten ein Schneeball-Bombardement auf diese, so daß sie vor Angst nicht aus noch ein wußte. Sie war in einer ählichen Lage, denn sie trug in der einen Hand die Medizinflasche und in der anderen ihren Ruff und ihre Hände hatten daher keine Bewegungsfreiheit. Das Mädchen hat, sie zufrieden zu lassen, das Bombardement hörte aber nicht auf, selbst als sie ausgerufen und zur Erde gefallen war. Auf ihr wiederholtes Witten, sie unbehelligt zu lassen, erhielt sie die Antwort, daß das Bombardement nur aufhören würde, wenn sie sich mit 5 Pf. Loskaufen würde. Dies geschah denn auch und die beiden Rangen liefen vergnügt von dannen. Aber der hinkende Wote kam in Gestalt einer Anklage wegen Mißhandlung nach. Das Schöffengericht hatte sich seinerzeit für unzuständig erklärt und die Sache an die Strafkammer verwiesen, da nach seiner Meinung räuberische Erpressung vorlag. Die Strafkammer schloß sich aber der Ansicht des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Liebknecht dahin an, daß den beiden Angeklagten die Erkenntnis von der Strafbarkeit ihrer Handlung gefehlt habe. Es erfolgte daher deren Freisprechung.

Es ist unglücklich, daß wegen solcher Kinderdummheit sich ein Staatsanwalt bemüht hat. Weich ein solcher Beamter denn gar nicht, was es für ein paar harmlose Kinder und deren Eltern bedeutet, einer derartigen Lappalie wegen überhaupt unter Anklage gestellt zu werden; hat der Herr keine Ahnung davon, daß die jungen Mädchen wahrscheinlich während der ganzen Zeit, wo die Anklage „schwebte“, keine ruhige Stunde verlebten haben? Man darf wohl erwarten, daß dem Staatsanwalt, der diese Anklage veranlaßte, von seinem Vorgesetzten der Standpunkt klar gemacht wird!

Die Rache des Verschmähten. Eine sonderbare Brandstiftungsgeschichte beschäftigte heute das Schöffengericht des Landgerichts I. Der Angeklagte, Hausdiener Hugo Wieland war beschuldigt, am Abend des 21. August in dem Hause Wilmannsstraße 9 eine Wohnungsgelinde in Brand gesetzt zu haben. Er ist ein ziemlich verkommenen Mensch, der schon wiederholt mit den Gefängnissen Bekanntschaft gemacht hat und mit der Arbeit nicht auf allzu gutem Fuße steht. Er hatte zuletzt einen Unfall durch den Schlag mit einem Eisen es-

ten und war Aspirant auf eine Unfallrente. Im Juni war er zu der in der Bahnhofsstraße 9 wohnenden separierten Arbeiterfrau Krug gezogen, die in ihrer kleinen Wohnung außer ihm noch einen Schlafkammerling und drei Kinder beherbergte. Er trat zu der Frau Krug in Beziehungen und verabredete mit ihr, daß er gegen Hingabe des Krankengeldes freie Kost und freien Aufenthalt erhalten sollte. Da er auch mit der ihm später zu gewährenden Unfallrente renommierte, so war Frau Krug nicht abgeneigt, später mit ihm die Ehe einzugehen. Ende Juni wurde der Angeklagte in die Charité gebracht und in der Zwischenzeit hörte Frau Krug, daß es mit der Unfallrente nicht ganz seine Richtigkeit habe. Ihre Uneinigkeit zu ihm eskalierte daher vollständig und als Wieland am 15. August aus der Charité, wo er bezüglich des Grades seiner Invalidität beobachtet worden war, wieder zu Frau Krug ziehen wollte, fand er keinen Einlaß mehr und hörte, daß inzwischen ein anderer Schlafkammerling eingezogen war. Darab geriet der sehr nervöse und leicht erregbare Angeklagte in helle Wut und es kam zwischen ihm und der Frau Krug wiederholt zu lebhaften Auftritten. Er versuchte mehrfach, sich gewaltsam Zutritt zu der Wohnung zu verschaffen. Er verfolgte die Frau auf der Straße und machte sie schlecht, er laufte sich auch einen Revolver und ging eines Tages mit dieser Waffe immer vor dem Hause der Frau Krug hin und her, wobei er dieser den Revolver zeigte. In der Nacht zum 21. August betrat er das schon verschlossene Haus, indem er durch ein dort belegenches Schanklokal ging und dem Wirt erklärte, er wohne bei Frau Krug. Er machte sich dann mit einem Draht an der Tür der letzteren zu schaffen, um zu versuchen, sich den Eingang zu erzwingen. Ein Hausbewohner störte ihn und veranlaßte ihn, sich schleunigst nach der dritten Etage zu flüchten. Er ging aber bald wieder zur Tür zurück. Ein anderer Hausbewohner, der durch das Geräusch aufmerksam geworden war, leuchtete mit einer Lampe auf die Treppe und sah den Angeklagten, der schleunigst die Treppe hinabstie und durch das Schanklokal flüchtete. Auch Frau Krug war nicht nur durch das Geräusch aufmerksam geworden, sondern auch durch den Qualm, der ihre Küche erfüllte. Als sie die Tür öffnete, schlugen ihr die hellen Flammen entgegen und es zeigte sich, daß die Tür mit Petroleum begossen und in Brand gesetzt worden war. Das Feuer wurde durch einige Eimer Wasser schnell gelöscht. Auf dem Treppenaufgang des dritten Stockes fand man eine zu dreiviertel geleerte Petroleumflasche vor. Der Angeklagte ist nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Hoffmann zwar leicht erregbar und nervös, aber im Vollbesitz seiner Geisteskräfte. Wieland bestritt entschieden, das Feuer angelegt zu haben und wollte glauben machen, daß hier ein Nachbargenosse der Frau Krug vorliege, die auf diese Weise ihn endgültig habe loswerden wollen. — Die Geschwornen konnten diese Darstellung nicht als glaubwürdig anerkennen; sie sprachen den An-

geklagten der versuchten Brandstiftung schuldig. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die vom Angeklagten behauptete niedrige Gefinnung 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof berücksichtigte, daß der Angeklagte ein leicht erregbarer Mensch ist und wohl auch unter dem Einflusse des Alkohols gestanden hat und verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis. Wegen Verletzung anerkannter Regeln der Baukunst wurde gestern der Abbruchunternehmer Moriz Lichtenstein vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen, obgleich ein Schaden durch die dem Angeklagten vorgeordnete Unterlassung nicht entstanden ist. Der Kaufmann Schloß beabsichtigte auf dem Grundstück Magazinstr. 16a ein Gebäude aufzuführen. Der Angeklagte übernahm die Abbrucharbeiten; diese waren erst am 26. Mai beendet, so daß erst an diesem Tage die Mauerarbeiten begonnen werden konnten. Durch die Abbruch- und Ausschachtungsarbeiten wurde das Baugrundstück längs der Seite, wo es an das Quergebäude, Schillingstr. 36, grenzt, bis zur Fundamentsohle dieses Quergebäudes, teilweise sogar noch 30 Zentimeter tiefer, aufgeschichtet. Gleichwohl unterließ es der Angeklagte, die an das Grundstück Magazinstr. 16a angrenzende Hinterwand des Grundstücks Schillingstr. 36 abzustützen. Dadurch entstand nach dem Gutachten des Regierungsbauführers Gebhard die Gefahr, daß das Quergebäude Schillingstr. 36 einstürzen und Personen beschädigt werden könnten. Der Angeklagte bestritt, daß er für das Fehlen der Abstützung verantwortlich sei, da diese Abstützungsarbeiten außerhalb des Rahmens seines Vertrages lagen. Rechtsanwält Ulrich beantragte aus diesem Grunde die Freisprechung. Der Gerichtshof hielt aber doch die Verantwortlichkeit des Angeklagten für vorliegend und verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe. **Vermischtes.** **Einsturz eines Kirchenneubaus.** Aus Riblingen bei Diedenhausen wird gemeldet, daß die im Neubau begriffene katholische Kirche gestern früh eingestürzt ist. Blättermeldungen, daß ein Dynamitanschlag auf die Kirche vorliege, haben veranlaßt, daß die Behörden die Aufbaumbeiten mit größter Vorsicht ausführen lassen; jedoch nimmt man an, daß ein Konstruktionsfehler vorliegt, da für einen Dynamitanschlag keine triftigen Anhaltspunkte vorhanden sind. **Unfall einer Großherzogin.** Wie die „Münchener Neuesten Nachr.“ aus Schloß Hohenburg bei Kötz melden, hat die Großherzogin von Luxemburg gestern infolge eines Unfalles im Zimmer den rechten

Unterarm gebrochen; der Zustand der Patientin ist den Umständen nach befriedigend. **Das neue Verbrechen von Bologna.** Der rätselhafte Tod des Offiziersburischen in Bologna beschäftigt weiter die Gerichte. Der neue Bericht der Sachverständigen schlägt wie der erste den Selbstmord aus. Auf Grund ihres Befundes glauben die Sachverständigen schließen zu müssen, daß 1. die Wunden dem nackten oder leicht bedeckten Körper beigebracht sein mußten; 2. die Schußwunde unter dem Arm nach bereits eingetretenem Stillstand der Blutzirkulation, also nach dem Tode, dem Verurteilten zugefügt wurde. Da man den Verurteilten bekleidet fand, so hätten die Schuldigen den Toten erst zurecht gemacht, ehe sie Lärm schlugen. Nun finden sich auch mehrere Zeugen, die um 6.55 morgens einen Schuß gehört haben wollen, während die Kleine des Hauptmanns um 7.30 um Hilfe rief und der Hauptmann selbst gegen 7 Uhr das Haus verließ. Sowohl die verhaftete junge Frau als ihr auf freiem Fuße befindlicher Gatte verhalten sich sehr ruhig und verschließen ihre Unschuld. Es handelt sich um einen äußerst kompliziert liegenden Kriminalfall, der nach der Erledigung der Wahlkampagne das öffentliche Interesse stark in Anspruch nehmen dürfte. **Kleine vermischte Nachrichten.** Dresden. Straßensportler Adersmann wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. — Offenburg (Baden). In der Nähe des hiesigen Bahnhofs stieß eine Rangierabteilung auf einen Güterzug; es entstand dadurch Materialschaden. Ein Heizer wurde schwer, ein anderer Bahndienstleister leicht verletzt. — Bruneck. Bei einem Ballonaufstieg entwich in der Höhe von circa 200 Metern das Gas. Der Ballon stürzte in die Nieng, jedoch der Luftschiffer mit leichten Verletzungen davonkam. **Verband der Freireisenden Deutschlands.** Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 3. d. Mts., abends 10 Uhr, Hotelstr. 57: Versammlung. Anträge zur Konferenz. Wahl des Delegierten. Nachweisanlagen. **Verband der Freireisenden Deutschlands.** Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 3. d. Mts., abends 10 Uhr, bei Fr. Hoppe, Berlinerstr. 14: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. **Berliner Tanzlehrer-Verband.** Freitag abends 9 Uhr, Alte Jakobstr. 76: Übungsstunde mit Damen. Monatsversammlung fällt aus. **Eingegangene Druckschriften.** Dr. W. Kuntz. Jahrbuch unseres Ueberseehandels, 148 Seiten. Preis 3 M. Franz Siemenroth, Berlin, Dammstr. 2. Ernst Paetzel. Der Konsumband. Tischen zur Organisation des Konsums. 12 Seiten. Neuer Frankfurt Verlag, Frankfurt a. M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Donnerstag, 3. November. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Zannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Neues königl. Opern-Theater. Theodora.

Deutsches. Dagland. Berliner. Im bunten Rod. Leistung. Florian Geier.

Westen. Die Dogenmotten. Thalia. Der Weibertöchter. Belle-Alliance. Wer? (Auf der Totenbank.) Hierauf: Die Jugendglode.

Rational. Ragda. Metropol. Die Herren von Marlin. Anfang 8 Uhr:

Zentral. Der Generalkonjul. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Kreuzelschreiber.

Schiller N. (Friedrich Wilhelmshildisches Theater.) Die Jüdin von Toledo.

Neues. Die Kronpräsidenten. Anfang 7 Uhr.

Carl Weiß. Senta Wolfsburg. Kleines. Fräulein Julie. Reibens. Eine Hochzeitnacht. Lustspielhaus. Wiederleute.

Leuten. Krieg im Frieden. Trianon. Gastons Frauen. Kasino. Wildes Blut.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Leich. Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten. Palast. Im Zukunftsstaat. Spezialitäten.

Gerritsfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.

Passage-Theater. Hans Frede. Diba. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau. Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

National-Theater. Weinbergsweg 12a-13b. Donnerstag, den 3. November 1904: 2. Gastspiel Eleonora Duse mit ihrer Gesellschaft: **Magda (Die Heimat).** Anfang 7 1/2 Uhr:

Zentral-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. **Der Generalkonjul.** Operette in 3 Akten v. O. Reinhardt. Morgen und folgende Tage: Der Generalkonjul. Abends: Der Generalkonjul.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.** Freitag zum erstenmal: Don Carlos. Sonnabend: Gastspiel des Theaters des Westens: Die Fiebermännchen. Sonntag nachm.: Don Carlos. Abends: Robert und Bertram. Montag: Rein Leopold.

Volksgarten-Theater. (früher Weimann). Donnerstag, den 3. November: **Keine Vorstellung.** Nächste Vorstellung: Sonntag, den 6. November: Ohne Gefant.

Urania. Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: **Im Bannkreis der Jungfrau.** Invalidenstr. 57/62. Abends 8 Uhr: **Tierleben in der Wildnis.**

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. **Allerseelen** melodramatische Illusion. einer rumänisch. Elite-Konzert Damen-Kapelle. Vormittags, Mittags, Nachmittags, Abends.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Zum Gastspiel Adolf Philipp. **388. Ueber'n grossen TEICH.** Anfang 8 Uhr. MALE: Ende 10 Uhr 30 Min. Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: „Ueber'n grossen Teich“.

Kasino-Theater. Rolfingerstr. 37. Anf. 8 Uhr, Sonntag 7 1/2. **Wildes Blut.** Gefangnisse in 3 Akten v. Mannsb. Vorher d. vollst. neue Novemberprogr. II. a.: „Die Original-Noranas.“ Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Grabort.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Gastons Frauen.** Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Eine Hochzeitnacht.** Schwank in 3 Akten von O. Kéroul und H. Barre. Sonntag, nachm. 3 Uhr: 300 Tage.

Apollo-Theater. 8 Uhr: Debuts der neuen November-Spezialitäten. Hierauf: **Berliner Luft.** Unter persönlicher Leitung des Komponisten Paul Lincke. Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, bei ermäßigten Preisen: Frühlingluft und Spezialitäten.

Herrnsfeld-Theater. Letzte Woche! **Nur eine Nacht Am andern Morgen** (mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen). Sonnabend: Premiere **Prinz Levy in Ahlbeck.** Schwank in drei Akten von H. und D. Herrnsfeld. Premierabend! Heute an der Theaterkasse von 11-2 Uhr. Anfang (auch Sonntag) 8 Uhr.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Kreuzelschreiber.** Bauernkomödie in 3 Akten von Ludwig Angenruder. Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Tyrannol der Tränen. Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Tyrannen der Tränen.** Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmshildisches Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.** Historisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer. Freitag, abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.** Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Kreuzelschreiber.**

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr. **Fräulein Julie.** Freitag: Das Pastors Rieko. Sonnabend: Nachtsyl.

Neues Theater. Anfang 7 Uhr. **Die Kronpräsidenten.** Freitag: Minna von Barnhelm. Sonnabend: Die Kronpräsidenten. (7 Uhr.)

Freie Volksbühne. Sonntag, den 6. November, nachm. 2 1/2 Uhr: **Berliner Theater: 2. Abteilung.** **Metropol-Theater: 7. Abteilung.** **Die Karlsschüler.** **Die Komödie der Liebe.** 4. Serie: **Die Juden** von Tschirikow. (Novität!) Erstaufführung am 27. November er. **Humoristisch-satirisches Winterfest** Sonntag, den 19. November Brauerei Friedrichshain: **Das verbotene Reich.** Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen. 229/19

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Palast-Theater. Burgstr. 22, früher Feen-Palast. Direktion: Rich. Winkler. **Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz.** Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas. Heutige Ringkämpfe: 1. Weltmeister Jurik (Russe) gegen Francois de Ridder (Belgier). 2. Giovanni (Italiener) gegen Beiroff (Bulgare). 3. Hüler (Münchener) gegen Manzari (Belgier). 4. Kibel gegen Dickmann (Rheinländer). 5. Ali Achmed (Lärle) gegen Kramer (Deutschland). Vorher: Spezialitäten. — „Am Zukunftsstaat“. Vorlesung in 1 Akt. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von 10-11 Uhr an der Kasse. Eröffnung 7 Uhr.

Zirkus Busch. Zum drittenmal: **Katharina II.** **Coco** der menschliche Wunderaffe. Norwegischer Akrobate a. D. Herr Grimsgaard und die vorzüglichsten Programmnummern. **Carl Weiß-Theater.** Große Frankfurter Straße Nr. 132. Direktion: M. Ed. Fischer. **Senta Wolfsburg.** Schauspiel in 5 Akten von C. Wendt. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Senta Wolfsburg. Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Schneewittchen.

Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. **Biederlente.** Abends 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Biederlente. **Victoria-Brauerei.** Lützowstr. 111-112. Jed. Montag, Donnerstag u. Freitag: **Horst's Norddeutsche Sänger.** Jeden Donnerstag nach der Sotree: **Tanz-Kränzchen.** Täglich: Gr. Bürgerl. Mittagssch. 8 Uhr zu Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen usw. zu kulant. Bedingungen.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 3. November, abends präz. 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend. Gala-Programm.** Zum 2. Male: **Noch nie dagewesen!** Die größte Neuheit. Sensationell. Münstedts

Liliput-Zirkus. bestehend aus Vorführungen von Freiheitssperden, Stehvolllige, Dogcart, hohe Schule, Jodel, Akrobaten, Jongleure, Malabaristen etc., dargestellt von den kleinen Liliputanern. Vorher: Das großartige Programm u. **Konsul H. Billy,** die legenden Marno-Truppe, die Akrobaten. Der anerkannt beste Banjo-Solist der Gegenwart **Franco Piper** usw. Um 9 1/2 Uhr: Das große mimische Drama in 8 Bildern: **Der Kurier des Zaren.**

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Der Orig.-Prod. magische Kessel. d. erstklassige Madel. **Lucie König,** Einfach-u. schlicht **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **14 neue glänzende Nummern.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. **Extra-Güte-Vorstellung.** **Katharina Howard** oder: Kron- und Schallott. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.** Freitag: Die Eise vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. **Chrlische Arbeit.** Volkstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen (6 Bildern) v. H. Bülsen. Rust von H. Dial u. B. Holländer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, 6. November: Philippina Welsor.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Novemberprogramm Neu! **Lily Durand** Neu! mit ihrer Verwandlungsnummer **Großtafelleben.** Neu! **Ostarr Trio** Neu! großartige Kopsbalancé auf schwebendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Skala-Theater. Einienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). **Sensationelles Programm!** **Löwys Duell** Posse mit Gesang in einem Akt, sowie **30 international. Spezialitäten.** Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Sanssouci. Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerst.: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger.** Nach jeder Sotree: **Tanzkränzchen.** Jeden Dienstag und Mittwoch: **Theater-Abend.** Alle ausgegebenen Vorzugsarten gelten.

Reichshallen-Theater. Täglich: **Stettiner Sänger.** Vorlesung: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagssch. In den unteren Elen jeden Abend 8 Uhr: **Militär-Konzert.** Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Fritz Steidl-Sänger.** Nach jeder Vorstellung im Kaiserfaal: **Tanz.**

Otto Pritzkows **Abnormitäten - Ausstellung** Münzstraße 16. Täglich Vorstellung **lebender Kuriositäten!** Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. **Riesen! Zwerge!**

Ost-Kasino Frankfurter Allee 106. Empfehle meine Festfeste mit Nebenräumen den geübten Vereinen und Werkstätten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch Sonnabende und Sonntage sind noch frei. 8512

Karl Pirnau.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Der Orig.-Prod. magische Kessel. d. erstklassige Madel. **Lucie König,** Einfach-u. schlicht **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **14 neue glänzende Nummern.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. **Extra-Güte-Vorstellung.** **Katharina Howard** oder: Kron- und Schallott. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.** Freitag: Die Eise vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. **Chrlische Arbeit.** Volkstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen (6 Bildern) v. H. Bülsen. Rust von H. Dial u. B. Holländer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, 6. November: Philippina Welsor.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Novemberprogramm Neu! **Lily Durand** Neu! mit ihrer Verwandlungsnummer **Großtafelleben.** Neu! **Ostarr Trio** Neu! großartige Kopsbalancé auf schwebendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Der Orig.-Prod. magische Kessel. d. erstklassige Madel. **Lucie König,** Einfach-u. schlicht **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **14 neue glänzende Nummern.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. **Extra-Güte-Vorstellung.** **Katharina Howard** oder: Kron- und Schallott. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.** Freitag: Die Eise vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. **Chrlische Arbeit.** Volkstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen (6 Bildern) v. H. Bülsen. Rust von H. Dial u. B. Holländer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, 6. November: Philippina Welsor.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Novemberprogramm Neu! **Lily Durand** Neu! mit ihrer Verwandlungsnummer **Großtafelleben.** Neu! **Ostarr Trio** Neu! großartige Kopsbalancé auf schwebendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Der Orig.-Prod. magische Kessel. d. erstklassige Madel. **Lucie König,** Einfach-u. schlicht **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **14 neue glänzende Nummern.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. **Extra-Güte-Vorstellung.** **Katharina Howard** oder: Kron- und Schallott. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.** Freitag: Die Eise vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. **Chrlische Arbeit.** Volkstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen (6 Bildern) v. H. Bülsen. Rust von H. Dial u. B. Holländer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, 6. November: Philippina Welsor.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Novemberprogramm Neu! **Lily Durand** Neu! mit ihrer Verwandlungsnummer **Großtafelleben.** Neu! **Ostarr Trio** Neu! großartige Kopsbalancé auf schwebendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Passage-Theater. Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr. Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr. Der Orig.-Prod. magische Kessel. d. erstklassige Madel. **Lucie König,** Einfach-u. schlicht **Dida** die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. **14 neue glänzende Nummern.**

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16. **Extra-Güte-Vorstellung.** **Katharina Howard** oder: Kron- und Schallott. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. **Ball.** Freitag: Die Eise vom Erlenhof.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters. **Chrlische Arbeit.** Volkstück mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen (6 Bildern) v. H. Bülsen. Rust von H. Dial u. B. Holländer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf. Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.** Sonntag, 6. November: Philippina Welsor.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85. Das großartige Novemberprogramm Neu! **Lily Durand** Neu! mit ihrer Verwandlungsnummer **Großtafelleben.** Neu! **Ostarr Trio** Neu! großartige Kopsbalancé auf schwebendem Trapez sowie die noch übrigen erstklassigen Spezialitäten.

Reichshallen-Theater. Täglich: **Stettiner Sänger.** Vorlesung: 8 Uhr. Sonntag: 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagssch. In den unteren Elen jeden Abend 8 Uhr: **Militär-Konzert.** Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Fritz Steidl-Sänger.** Nach jeder Vorstellung im Kaiserfaal: **Tanz.**

Otto Pritzkows **Abnormitäten - Ausstellung** Münzstraße 16. Täglich Vorstellung **lebender Kuriositäten!** Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. **Riesen! Zwerge!**

Ost-Kasino Frankfurter Allee 106. Empfehle meine Festfeste mit Nebenräumen den geübten Vereinen und Werkstätten zu Festlichkeiten und Versammlungen. Auch Sonnabende und Sonntage sind noch frei. 8512

Karl Pirnau.



Metropol-Theater

Zum 6. Male:
Die Herren von Maxim.
 Große Ausstattungssosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern mit freier Benützung von C. Flor's „Messalinette“ von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
 Hauptrollen:
 Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritzi Massary a. D. Mary Behrens, Joh. Junker-Schatz.
 Im 5. Bild:
Das Fest des Lichtes.
 (Ballett.)
 Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Anne Dancrey,
 Pariser Sängerin und Tänzerin.
 Cooke u. Rothert
 amerikanische Excentrics.
 Baptiste u. Franconi Kopfläufer.
 Eyerhart Reifenkünstler.
Wunderkessel, The Magic Kettle
 Cliffe Berzac dress. Ponies u. Esel.
 Pas de Fleurs
 Morcaschani Creolische Sängerin.
 Permain Bros Komiker.
 Romsakoffs weibliche Kosaken.
Heloisa Titcomb
 amerikanische Sänger.
 The Austins austral Jongleure.
 Patty-Frank-Truppe Turner.
 Der Biograph.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuelt Katalog m. Empf. viel. Ärzte u. Prof. gen. u. fr.
H. Unger, Gummivarwarenfabrik,
 Berlin N., Friedrichstr. 131e.

Eine Mark

wöchentliche Zeitabteilung liefert eleg. fertige **Herren-Moden.**
 Bestellungen u. Maß, tabell. Maßf. in eigener Werkstatt.
 Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**
 Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitzbrücke 1. I.
 Bahnhof Jannowitzbrücke.

Pelzwaren-Fabrik

Begr. 1884
 Neue Königstraße 21, II.
 verkauft nach beendetem Engros - Saison Reismuster, Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu billigsten Engros-Preisen.
 Es gelangt nur wirklich reelle Kürschnerware zum Verkauf.
 Reparaturen jeder Art werden billigt und sauber ausgeführt.

Steppdecken

Similiseide, alle Farben 6⁰⁰
 Normal-Schlafdecken 2⁰⁰, 3⁰⁰
 Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Oranienstrasse 158.

Berliner Volks-Chor.

(Dirigent Dr. Zander.)
 Montag, den 28. November cr., abends 8 1/2 Uhr pünktlich und in Wiederholung am
 Montag, den 5. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr pünktlich in der
 „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:
Das Paradies und die Peri
 von **Robert Schumann.**
 Mitwirkende:
 Frau Grumbacher de Jong, Das verstärkte Berliner Tonkünstler-Orchester (33 Künstler), der Berliner Volks-Chor (ca. 200 Sänger u. Sängerinnen).
 Einlaßkarten im Vorverkauf 60 Pfennige sind zu haben: In sämtlichen Zahlstellen der Freien Volksbühne, der Neuen Freien Volksbühne, bei den Unterrichts-Abenden der Arbeiter-Bildungsschule, in den Verbands-Bureaus der Bildhauer, Buchbinder, Holzarbeiter, Lithographen u. Steindruckere, Maler, Metallarbeiter, Sattler, Schneider und im Gewerkschafts-Bureau, sämtlich im Gewerkschaftshaus; auch im Bureau der Buchdrucker, Ritterstraße 88. Außerdem bei Augustin, Rest. I. Vorwärts-Gebäude; Siemerling, Mus.-Handlung, W., Nürnbergerstr. 69a, Ecke Kurfürststr.; Röhls, Mus.-Handlung, Moritzplatz, und Bickhardt, Buchhdlg., Rixdorf, Bergstr. 13.
 Eintrittskarten an der Abendkasse 75 Pf.
 Der Vorstand.
 I. A.: Heiman, Fiedrichstraße 18.

Centralverband der Glaser

Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Glaser!
 Die Abstempelung der roten Arbeitserleichterungskarten (zweite Bohrenrubrik) findet Freitag abends von 6 Uhr an statt bei **Augustin, Lindenstr. 69** („Vorwärts“-Gebäude).
 Die Bauarbeiter werden ersucht, die Glaser auf diese Befestigung aufmerksam zu machen und nach den roten Karten zu fragen.
 Die Tarifkommission. J. U.: C. Zahn.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schmargendorf.

Am 31. Oktober verstarb im 60. Lebensjahre unser alter Parteigenosse und Mitkämpfer, der Buchdrucker-Invalide **Rud. Schaarsehmidt.**
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schmargendorfer Friedhofe statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.

Gegen Keuchhusten

wird seit Jahren **Reichels Keuchhusten-Saft** aus der waldwachsenden schwarzen Holznussbittere mit großartigem Erfolge angewandt. Gibt nur in 1/2 a 50 Pf. u. 1.-. **Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden!
 Jetzt nach beendet. Engros-Saison **Einzelverkauf enorm billig**
Saccos, Havelocks, Capes, Abend-Mäntel, Kostümröcke, Kinder- und Backfisch-Paletots.
Robert Baumgarten,
 Hausvogteiplatz 11, 2. Et. (an der Jerusalemstrasse).
 Bei Vorzeigung dieses Inserats an d. Kasse werd. 5% Rabatt vergütet.
 Auch Sonntags geöffnet!

Verloren!

Große schwarze, verflochtene **Altenmappe** mit Alben, Büchern, Plänen am 1. November etwa 1/5 nachmittags Bahnhof Savigny-Platz Stadtbahn III. Klasse auf Bank liegen gelassen. Gegen gute Belohnung abzugeben **Friderici, Sautstr. 48.** 26955

Central-Kranken-u. Sterbekasse der Tapezierer

Filiale Berlin III.
 Am 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Robert Jentsch** im Alter von 47 Jahren.
 Die Beerdigung findet am 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomasschloßhofs, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 178/4
 Die Erbsverwaltung.

Am Dienstag, den 1. d. Mts., verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Paul Gützw
 im Alter von 52 Jahren. [26885]
 Ehre seinem Andenken!
 Die Kollegen der Buchdruckerei Otto Walter.

Allen Freunden und Bekannten

hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schankwirt **Hermann Zipter** am Dienstag, den 1. November, nach kurzen, aber schweren Leiden im Alter von 50 Jahren verstorben ist.
 Um stille Teilnahme bitten.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 181, aus nach dem Friedhof am Krugstege statt. 26906

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Todes-Anzeige.
 Dienstag, den 1. November, verstarb unser Mitglied, der Gemeindevorsteher Schankwirt **Hermann Zipter** im Alter von 50 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 181, aus nach dem Friedhofe am Krugstege statt. Um zahlreiches Beteiligung ersucht.
 Der Vorstand.

Extra-Preise A. Wertheim

Warenhaus

Donnerstag Freitag Sonnabend

soweit der Vorrat reicht:

Porzellan		Glas		Sturzflecken	
weiss	bunt	Weingarnitur „Schleifenmuster“	Rotweinglas 25 Pf.	Rheinweingl. 25 Pf.	Madeiraglas 23 Pf.
Speiseteller nach 13, tief 18 Pf.	Butterdosen 42, 65 b. 95 Pf.	Biertulpe 33 Pf.	Likörglas 20 Pf.	Wassergläser geschliffen 22 Pf.	Wasserflaschen „ 38 Pf.
Dessertteller 8 Pf.	Leuchter 25 Pf.	Champ.-Gl. 33 Pf.	Bowlenglas 30 Pf.	Weinflaschen St. Louis „ 1.20 Mk.	Weinflaschen Münchener Kindl 32 Pf.
Kompotteller 6 Pf.	Dessertteller 16, 25 Pf.	Bierbecher 20 Pf.		Butterdosen geschliffen 60 Pf.	Fruchtschalen geschliffen 1.10 Mk.
Terrinen 1.15 u. 1.40 Mk.	Kuchenteller 40, 48 Pf.	Teebecher 20 Pf.		Fingerschalen 35, 38 Pf.	Bierbecher mit Bordüre 10 Pf.
Kartoffelschüsseln 75 Pf.	Tassen 25, 30, 45 Pf.	Seiterbech. 20 Pf.		Römer graviert 25 Pf.	Bierkannen gepresst 35, 38, 48 Pf.
Saucieren 45 Pf.	Milchtöpfe Satz 4 Stück 48, 6 Stück 1.90			Leuchter gepresst 15 Pf.	
Bratenschüsseln 25 Pf. b. 1.20	Tassen mit Goldrand 18, 20 Pf.				
Salatieren 15 bis 38 Pf.	Kaffeesevice f. 6 Personen dekoriert 1.90, 2.10, 2.90, 3.75, 5.50 Mk.				
Zuckerdosen 5 Pf.	5 teil. 6 teil. 1.90, 2.10, 2.90, 3.75, 5.50 Mk.				
Milchtöpfe 5 Pf.	Dejeuners 1.30, 1.65, 2.50, 5.90				

Eisen- u. Blechwaren		Holz- u. Borstenwaren	
Ofenvorsetzer 3 St. 1.80 b. 2.85	Wärmflaschen oval 1.60 Mk.	Wäscheleinen Längen 1.50 u. 3 Mk.	Hosenstrecker lackiert 50 Pf.
Schirmständer 2 St. 2.85 u. 3.50	Vorratsbüchsen 25 Pf.	Wäscheklammern 10 u. 18 Pf.	Poliertücher für Metall 15, für Möbel 18 Pf.
Reibemaschinen 1.05 Mk.	Teebüchsen 8 Pf.	Küchenbretter kleine 15 u. 30 Pf.	Polierbürsten 70 Pf.
Ascheimer 3 Größen 40 b. 80	Frühstücksdosen 15 Pf.	Tablets m. bunt. Einlage 85 b. 1.15	Haarbesen graue Borsten 65 b. 1.20
Ascheimer 3 Größen stark 1.10 b. 1.35	Waschfässer Zink 8 Gr. 7.75 b. 10.50	Bürstenbleche m. Spülbürsten 90 b. 1.80	Rosshaarbes. 4 Sort. 1.25 b. 2.10
Kohlenkästen 3 Gr. stark 1.25 b. 1.65	Waschzuber 2 Gr. 9 Mk. b. 11 Mk.		

Gaskocher 4 Loch, 4 Brenner 8 Mk.	2 Loch, mit Bratofen 13 Mk.
-----------------------------------	-----------------------------

Alle Arten **Emaillé-Geschirre**

In der Lebensmittel-Abteilung: **Amerikanische Äpfel Pfund 15 Pf.**

